

Leitende Beamte der Marburger Kreisverwaltung im Nationalsozialismus

Zur politischen Biografie von Ludwig Seuffer,
Wilhelm Kempf und Albert Wagner¹

von Klaus-Peter Friedrich

Einführung

Verwaltungshandeln der NS-Zeit wurde von 1945 an danach bewertet, ob und inwieweit die verantwortlichen Spitzenbeamten der Kreisverwaltungen sachgerechte Entscheidungen getroffen hatten – oder sich unter dem Druck der neuen Verhältnisse seit 1933 politisch-ideologischen Vorgaben gebeugt hatten. Das belegbare Festhalten am vor- oder unpolitischen Handeln wurde somit zum Pluspunkt bei der öffentlichen Bewertung einer zwölfjährigen Verwaltungsarbeit.

Schwerpunkte beim kritischen Rückblick mussten folglich jene Bereiche sein, in denen (nationalsozialistische) Politik und Propaganda einen ungebührlichen Einfluss ausübte, quasi in die an der Sache orientierte Verwaltungstätigkeit hineinregierte. Dies erforderte wiederum, eine Vorstellung darüber zu gewinnen, was überhaupt als politisch galt, wo sich das politisch motivierte Handeln vom Sachlichen abhob. Am ehesten zu greifen schien dies bei der Verfolgung politischer Gegner des Nationalsozialismus. Damit kamen oftmals Handlungen bei der nationalsozialistischen Machtübernahme und -konsolidierung sowie die Repressionen nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 in den Blick.

Da die Judenverfolgung mit dem NS-Regime untrennbar verbunden war, wurde auch sie dem Politischen im weiteren Sinn zugeordnet. In den Spruchkammerverfahren musste es dann immer wieder um die damalige Haltung gegenüber der jüdischen Bevölkerung gehen, und persönliche Stellungnahmen in Bezug auf die Judenverfolgung nahmen mitunter breiten Raum ein. Wer glaubte, dass man ihm in dieser Beziehung wenig vorwerfen könne, nutzte dies als entlastendes Moment, mit dem sich politisch Belastendes ausgleichen ließ.

Ein weiterer Prüfstein war der Umgang mit den im Dritten Reich befindlichen Personen aus dem Ausland. Dabei ging es um Entscheidungen, die Kriegsgefangene und ausländische Arbeitskräfte betrafen.

Über die Amtsführung informieren im Hessischen Staatsarchiv Marburg einzelne Akten aus dem Bestand des Landratsamts Marburg,² die als Quellengrundlage heranzuziehen

1 Ich danke der Geschichtswerkstatt Marburg, die das Zustandekommen des vorliegenden Forschungsbeitrags unterstützt hat.

2 Hessisches Staatsarchiv Marburg (= HStAM), Best. 180 Marburg.

sind. Daneben finden sich verstreut weitere Materialien, die aus anderen Zusammenhängen überliefert sind.

Die Rolle der Landräte bei den Verfolgungsmaßnahmen im Dritten Reich ist insgesamt vergleichsweise wenig erforscht. German PENZHOLZ hat in seiner Dissertation die Entwicklungen in den Landratsämtern in Bayern dargestellt.³ Eine vergleichbare systematische Untersuchung der Verhältnisse in den preußischen Kreisverwaltungen, zu denen der Kreis Marburg gehörte, steht bislang noch aus. Erst neuerdings ist eine vom Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf beauftragte Studie über »das Führungspersonal der Landratsämter Marburg und Biedenkopf in der NS-Zeit« vorgelegt worden.⁴ Den Schwerpunkt bilden hier die nationalsozialistischen Landräte Ernst Schwebel und Hans Krawielitzki, die an der Spitze der Verwaltung standen. Häufige Erwähnung findet in Bezug auf die Geschehnisse im Kreis Marburg auch der für rund ein Jahrzehnt lang als stellvertretender Leiter der Marburger Kreisverwaltung tätige Kreisoberinspektor Ludwig Seufer.⁵ Weitaus seltener genannt werden die übrigen das »Führungspersonal« bildenden Verwaltungsbeamten. Marcel SPANNENBERGERS Darstellung beleuchtet somit einen Teil des Hintergrunds, auf dem sich die Zuordnung von Verantwortlichkeiten bei den Untergebenen der Landräte durchführen ließe.

Die vorliegende Untersuchung über leitende Beamte der Marburger Kreisverwaltung beruht weitgehend auf Nachforschungen in den Spruchkammerakten.⁶ Ihnen lassen sich etliche Begebenheiten entnehmen, bei deren Thematisierung es in der Rückschau aus den ersten Monaten und Jahren nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus um die Auffassung von einer korrekten, angemessenen Amtsführung ging. Dabei stehen drei Personen im Mittelpunkt, die als leitende nationalsozialistische Beamte in der Marburger Kreisverwaltung anzusprechen sind. Die hier näher Betrachteten waren sämtlich unter den beiden Landräten zwischen 1933 und 1945 tätig: der bis 1943 häufig als Stellvertreter des Landrats handelnde Ludwig Seufer, Kreisverwaltungsdirektor Wilhelm Kempf und Regierungsinspektor Albert Wagner.

Mit Blick auf den Ablauf der Spruchkammerverfahren ist darzulegen, wie es dazu kam, dass sich die angestrebte Zuordnung von Verantwortlichkeiten bei den unmittelbaren Untergebenen der Landräte nur äußerst schwer vornehmen ließ, ja dass sich die Kammern mitunter außer Stande sahen, deren Handeln angemessen zu bewerten.

Grundlage der politischen Neuordnung in der US-amerikanischen Besatzungszone war das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946. Demnach mussten alle Deutschen über 18 Jahre vorab per Fragebogen Rechenschaft über ihre politische Tätigkeit ablegen. Zweck der Überprüfung war eine Unterscheidung in Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer, Entlastete und Nichtbetroffene. Durch gestaffelte Strafen sollte eine möglichst systematische Entfernung von ehemaligen Nationalsozialisten aus

3 German PENZHOLZ: »Beliebt und gefürchtet«. Die bayerischen Landräte im Dritten Reich, Baden-Baden 2016.

4 Marcel SPANNENBERGER: Das Führungspersonal der Landratsämter Marburg und Biedenkopf in der NS-Zeit. Eine wissenschaftliche Studie im Auftrag des Landkreises Marburg-Biedenkopf, Marburg 2022, <https://www.marburg-biedenkopf.de/2022-06-13-Marcel-Spannenberger-NS-Studie-Landkreis_2.pdf> (abgerufen 15.6.2022).

5 SPANNENBERGER: Führungspersonal (wie Anm. 4), S. 4, 25, 27-30, 32-34, 37-40, 49 f., 52-61, 65 f., 70, 73-76, 79-82, 84 f., 87 f., 146, 155, 160 u. Anhang.

6 Sie befinden sich im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (= HHStAW).

öffentlichen Ämtern und Führungspositionen erreicht werden. Das Befreiungsgesetz in der US-Zone übertrug die Entnazifizierung deutschen Spruchkammern und als zweiter Instanz Berufungskammern. Die Kammern formulierten am Ende des Verfahrens einen Entscheid – *Spruch* genannt –, der begründet sein musste.

Ludwig Seufer

Ludwig Seufer, 1890 geboren, entstammte einer Kaufmannsfamilie aus Gelnhausen.⁷ Er machte die Mittlere Reife in Hanau und begann 1912 die Ausbildung zum Beamten am Regierungspräsidium in Trier, die er 1917 mit der Prüfung abschloss. Von 1919 bis 1924 war er im Landratsamt des Kreises Saarburg tätig und dort bis 1924 Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP).⁸ In seinem Spruchkammerverfahren erklärte er über seinen Lebensweg, er sei von seinem Großvater erzogen worden, früh kränklich gewesen, auch dann, als er in Trier war. Nachdem er in Saarburg einen *Nervenzusammenbruch* erlitten hatte, wurde der Kreisinspektor 1924 aus gesundheitlichen Gründen nach Marburg versetzt.⁹ Mit Ernst Schwebel,¹⁰ der im gleichen Jahr zum Landrat im Kreis Marburg ernannt wurde, arbeitete er gut zusammen. In der Weimarer Republik war Kreisinspektor Seufer u. a. Stiftungsverwalter des Marburger Universitätsbunds und der mildtätigen Hombergk-Schenklengsfeld'schen Stiftung.¹¹

1933 bemühte sich Seufer um den Anschluss an die NSDAP, deren Mitglied er wurde (Nr. 3217418). Er erklärte später vor der Spruchkammer, er habe 1933 in die NSDAP eintreten *müssen*. Nach eigener Aussage unterschrieb Seufer seinen Aufnahmeantrag am 30. April 1933.¹² Er führte für seine Entscheidung mehrere Begründungen an: *Ich war der Letzte, der noch nicht in der Partei war. Dennoch habe der gegen ihn gerichtete Kampf der Partei [...] schon im Mai 1933 angefangen.*¹³ Außerdem machte er geltend, dass auch Landrat Schwebel damals in die NSDAP eingetreten sei.¹⁴

7 Sein Vater war Friedrich Seufer (gest. 1934), seine Mutter Karolin Seufer geb. Ruppel (gest. 1895). Ludwig Seufer war verheiratet und hatte einen 1923 geborenen Sohn.

8 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 121 (Spruchbegründung); Seufers »Politisches Zeugnis« für Kempf vom 10. Januar 1947, HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 59.

9 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 87RS.

10 Ernst August Schwebel (1886, Winningen/Mosel – 1955, Marburg), Verwaltungsjurist; 1924–1934 Landrat im Kreis Marburg, von 1930 an Mitglied der Konservativen Volkspartei; siehe auch SPANNENBERGER: Führungspersonal (wie Anm. 4).

11 Im Mai 1928 berichtete Bürgermeister Hilberg in Wetter über eine Mitteilung des Pfarrers Willy Krause, der im Zugabteil mitgehört habe, dass der frühere Rendant Heinrich Schneider im Gespräch mit Lehrer Creß *Kreissekretär* Seufer mit der Behauptung verleumdet hatte, dieser habe sich an minderjährigen Kindern vergangen. Schneider musste deswegen 1928 eine Geldstrafe über RM 300 entrichten; HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. 3453.

12 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 90, so auch HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 59RS, 10. Januar 1947: *Ende April*. Auf einem Beiblatt aus dem Jahr 1946 heißt es über Seufer: *Politische Liste. Wehrhausen. NSDAP 29.3.1933*, HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 20 (c).

13 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 90.

14 Schwebels NSDAP-Eintritt erfolgte zum 1. Mai 1933.

Seufer übernahm kein Amt in der NSDAP und umging den Eintritt in die SA. Gewöhnlich blieb er Veranstaltungen der NSDAP *unter dienstlichem Vorwand* fern.¹⁵ Allerdings war er von 1933 bis 1939 förderndes Mitglied der SS. 1934 schloss er sich dem Reichsbund der Deutschen Beamten (RDB),¹⁶ 1935 der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und 1936 dem Reichskolonialbund (RKB) an, überdies setzte er sich von 1938 bis 1941 für das Deutsche Rote Kreuz (DRK) ein.

Nachdem Mitte 1934 Landrat Schwebel nach Berlin berufen worden war,¹⁷ folgte ihm der langjährige örtliche NSDAP-Chef Hans Krawielitzki als Landrat nach. Wie Seufer später ausführte, sei dies für ihn Anlass gewesen, sich um eine andere Stellung zu bemühen. Er habe versucht, *aus dem Landratsamt auszuschneiden*, sein Antrag sei aber abgelehnt worden, und Stellungen als Bürgermeister habe er nicht annehmen wollen, weil er *mit politischen Dingen nichts zu tun haben* wollte; er habe dann versucht, in den Ruhestand zu kommen.¹⁸ Tatsächlich stand seitens des Preußischen Innenministeriums im Dezember ein größeres Revirement an, wobei Seufer zum Jahresbeginn 1935 *im Interesse des Dienstes* ans Landratsamt nach Bad Wildungen versetzt werden sollte. Doch Anfang Januar wurde im Landratsamt vermerkt, dass die Versetzung von Seufer *nicht durchgeführt* werde.¹⁹ Inzwischen zum Kreisoberinspektor befördert, blieb er als Stellvertreter des Landrats einer der engsten Mitarbeiter Krawielitzkis im Landratsamt.

Letzterer war vorerst auch noch Kreisleiter der NSDAP im Landkreis Marburg. Er begriff seine Funktion in der Staatsverwaltung und die damit einhergehenden Verpflichtungen nicht als Vollzeitbeschäftigung. Seine häufige Abwesenheit brachte für seine unmittelbaren Untergebenen entsprechende Mehrarbeit mit sich. Bei Seufer äußerte sich dies in einer zunehmenden Arbeitsbelastung. Ein Kreisinspektor erläuterte im Mai 1947, Seufer habe viel zu verantworten gehabt, weil *der Landrat die meiste Zeit nicht anwesend war*.²⁰ Regierungssekretär Adam Kiem²¹ erklärte, Seufer habe an Überarbeitung und gesundheitlichen Problemen (Bluthochdruck) gelitten.²² Auch Regierungsobersekretär Wilhelm Brandis²³ schilderte die Zustände im Landratsamt: Da der Landrat dauernd abwesend war, sei *Seufer als Vertreter des*

15 Aussage eines nicht namentlich genannten Kreisinspektors und SPD-Mitglieds (Jakob Schrodt?), HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. a, 29. Mai 1947. Zum Verhältnis zur NSDAP siehe auch Bl. 54–56.

16 Der Reichsbund der Deutschen Beamten war ein der NSDAP angeschlossener berufsständischer Verband, der 1933 als Einheitsorganisation der Beamtenschaft gegründet wurde.

17 Siehe SPANNENBERGER: Führungspersonal (wie Anm. 4), S. 23 f.

18 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 87RS.

19 HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. 3453, 6. Dezember 1934 u. 7. Januar 1935.

20 Aussage eines nicht namentlich genannten Kreisinspektors und SPD-Mitglieds (Jakob Schrodt?), HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. a, 29. Mai 1947.

21 Adam Kiem (1901, Sorga Kreis Rotenburg/Fulda – 1972, Marburg), Verwaltungsbeamter, als Regierungssekretär Sachbearbeiter für Ausländerangelegenheiten; verheiratet mit Elisabeth Schott (1904–1973), eine Tochter; nach seiner Entnazifizierung zum Mitläufer wieder im Landratsamt Marburg tätig; siehe auch SPANNENBERGER: Führungspersonal (wie Anm. 4), S. 66, 73, 80–82 u. 149.

22 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 10, 29. Mai 1947.

23 Wilhelm Brandis (1887, Elsdorf/Anhalt – 1952, Marburg), Verwaltungsbeamter; in Gelnhausen zum Obersekretär befördert, dann August 1939 als Nichtmitglied der NSDAP nach Marburg versetzt, 1944/45 in Fritzlar eingesetzt, 1945 nach Reddehausen und 1946 zurück nach Marburg.

Landrats dienstlich stark überlastet und dadurch sehr nervös gewesen, und dem Personal gegenüber habe er sich manchmal sehr schroff verhalten.

Johannes Brunnet aus Dreihausen, Arbeiter im dortigen Steinbruch und Vater von sechs Kindern, sagte aus: *Als mein Sohn Heinrich [...] im Jahre 1933 [...] als kom[m]unistisches Mitglied verhaftet wurde, suchte ich [...] Hilfe nur bei Herrn Seufer, der [...] meinem Sohn zur Freiheit verholfen hat. Er habe Seufer nie als Nationalsozialist[en] gekannt, sondern nur als hilfsbereiten Menschen [...].*²⁴ Auch der SPD-Politiker Heinrich Schneider (1905–1980) aus Marbach dankte dem Verwaltungsbeamten dafür, dass er ihn *stets höflich behandelt* und von ihm *wie von anderen politisch mir nahestehenden Personen manche Benachteiligung und manche Unbill abgewehrt* habe.²⁵ In einem entlastenden Schreiben des Tierarztes Dr. Franz Uhlenhaut (*1912) hieß es, Seufer habe kurz vor dem Einmarsch der US-Truppen in seiner Blockhütte in Neuhöfe den Demokraten Siebecke mit Familie untergebracht, um sie vor dem Zugriff der Gestapo zu bewahren.²⁶ Adolf Schweitzer (*1896), Justiz-Oberwachtmeister in der Marburger Strafanstalt, erinnerte sich an den verstorbenen Kreisbauernführer Nau,²⁷ der damit gerechnet habe, in ein KZ *gesteckt [zu] werden*; Nau habe ihm anvertraut, *den guten Ausgang kann ich nur Herrn Seufer verdanken.*²⁸

Bis 1943 war der Kreisoberinspektor in der Marburger Kreisverwaltung der wichtigste Beamte nach dem Landrat.²⁹ Im Juli 1943 teilte Seufer diesem mit, dass er auf längere Sicht erkrankt und für sechs Monate dienstunfähig sein werde. Ende 1943 habe er dann die Stellvertretung des Landrats *niedergelegt*.³⁰ Seufer erklärte später auch, sie sei ihm *entzogen* worden. Er blieb aber Leiter der staatlichen Abteilung des Landratsamts.³¹

Zum 1. September 1945 wurde Seufer pensioniert. Er verzog in den Marburger Vorort Wehrshausen nach Neuhöfe und betätigte sich dort *als Kleintierzüchter*, der politisch nicht auffiel.³² Erste Ermittlungen gegen ihn führte die Spruchkammer Marburg-Land durch, die für den Bereich des Kreises jenseits der Marburger Stadtgrenzen zuständig war. Der öffentliche Kläger dieser Spruchkammer, Hans Arnold, wandte sich am 14. April 1947 an seinen Amtskollegen bei der Spruchkammer Marburg-Stadt: *Seufer [...] übte die Polizeiherrschaft aus und wurde im Volksmund als ›Gestapo-Seufer‹ bezeichnet.* Im Spruchkammerverfahren gegen den Kirchhainer Rechtsanwalt Pfeiffer³³ trat er als *Entlastungs-Kronzeuge* auf und gab sich als *Be-*

24 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 49, 14. Januar 1948.

25 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 46, 17. Januar 1948.

26 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 40, 4. Februar 1948; siehe auch Bl. 117RS, Aussage Eva Allendorf. Der Sozialdemokrat Eugen Siebecke (1891–1959), der seit 1934 in Marburg ansässig war, amtierte 1945/46 als Marburgs erster Oberbürgermeister nach der Befreiung vom Nationalsozialismus.

27 Johannes Heinrich Nau (1888–1945), Landwirt, entstammte einer Baptistenfamilie in Beltershausen, bis 1933 Mitglied im Kreisausschuss; 1945 Kreisbauernschaftsvorsteher und Bürgermeister von Beltershausen; Nau starb im Nov. 1945, schwer herzkrank, in einer Marburger Klinik.

28 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 116.

29 HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. A 1816, 22. November 1943 (Weiterbeschäftigung der heimgekehrten Kriegsteilnehmer 1943–1945).

30 So Seufers Rechtsanwalt Steffen, HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 87RS.

31 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 88.

32 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 20.

33 Georg Pfeiffer (*1894), Rechtsanwalt und Notar, 1933 NSDAP- und SA-Eintritt, 1944 Scharführer im SA-Sturm 25/J 11.

auftragter der Geheimen Reichssache [...] (Vorbereitung und Planung des Krieges) aus: *Wir haben es im vorliegenden Falle offenbar mit einem einzigartigen Fall zu tun, wo es sich um einen stark Belasteten handelt, der aus mir unbegreiflichen Gründen nach wie vor Pension bezieht.* Da Seufer im Kreisgebiet wohne, bat Arnold in Erwägung zu ziehen, den Fall ihm zu überlassen.³⁴ Dazu kam es nicht. Weil Seufer zuvor in Marburg gewohnt hatte, sei *nur* die Verhandlung vor der Spruchkammer Marburg-Stadt zulässig. Sie übernahm den Fall.³⁵

Zu Beginn seines Spruchkammerverfahrens rechnete sich Seufer selbst der Gruppe V der Entlasteten zu und nannte als Begründung seine *nachweisl. häufige Unterstützung von Opfern u. Gegnern der NSDAP, stete Verbindung mit evang. u. kath. Kirche, Degradierung im Amt.*³⁶

Belastet wurde Seufer von Balthasar Stauzebach, dem im Juni 1933 durch *polizeiliche Verfügung* mitgeteilt worden war, dass politische Vertreter der SPD ihre (Wahl-)Ämter nicht mehr ausüben dürften.³⁷ Der Maurer war früher Gemeindevertreter in Bürgeln und Vorsitzender der Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gewesen: Als am 8. Juni 1933 der Landjägermeister die Fahne des Reichsbanners beschlagnahmen wollte, stritt Stauzebach ab, sie noch im Besitz zu haben. Einige Tage später durchsuchten zwei SA-Leute aus Cölbe und zwei SS-Männer aus Marburg seine Wohnung. Der Landjäger Karl Rosemund und der Cölber SA-Führer Orthwein³⁸ verhafteten ihn sodann. Am gleichen Tag fuhr SA-Führer Wolf³⁹ ihn unter Aufsicht Rosemunds mit seinem PKW zum Landratsamt. Dort habe Seufer zu ihm gesagt: *Sie roter Hund, warum liefern Sie Ihren Judenfetzen nicht gleich ab? [...] Ich lasse Sie ins Konzentrationslager bringen.*⁴⁰ Stauzebach habe dem Beamten widersprochen, der dann in Wut geraten sei und ihn ins Gerichtsgefängnis bringen ließ. Stauzebach kam nach zwei Wochen wieder frei, nachdem er sich verpflichtet hatte, sich von politischer Betätigung völlig zurückzuziehen.

Der Schneider Wilhelm Seip (*1896) in Rauischholzhausen, ehemals Mitglied im Reichsbanner, der mit Franz Kaiser⁴¹ in Rauischholzhausen *damals gut befreundet war*, sag-

34 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 14.

35 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Meldebogen mit der Prozessregisternr. Marburg-Land 1147/46 vom 28. Mai 1946; lt. Vermerk vom 14. August 1946 wurden die Akten des dortigen öffentlichen Klägers abgegeben an die Spruchkammer Marburg-Stadt, Bl. 15; das Verfahren lief hier unter der Nr. Mst 2208/47.

36 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, 28. Mai 1946.

37 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, 13. Juni 1933.

38 Heinrich Orthwein (1900, Cölbe – 1983, Marburg), Diplom-Volkswirt, Finanzprüfer; 1917/18 Kriegsteilnahme, 1929–1934 Gemeinderechner in Cölbe, 1. Juni 1931 Eintritt in die NSDAP (Nr. 538904), in der er zum Hauptstellenleiter aufstieg, in der SA Sturmführer z. b. V.; laut Aussage von David Buchheim im August 1933 beteiligt am Pranger-Umzug mit Alfred Stern in Wetter, 1934 Abschluss des Studiums der Volkswirtschaft in Marburg, Kirchenaustritt, 1934/35 Angestellter der NSDAP-Gaukassenverwaltung Kurhessen, Dezember 1934 vom Cölber Ortsgruppenleiter Ernst Peter in Cölbe sexueller Übergriffe beschuldigt, 1935 Wechsel zum Gemeindeprüfungsamt der Regierung in Kassel; 1939 zur Wehrmacht, zuletzt Hauptmann, von Dezember 1941 an Landrat in Melsungen; kam 1945 nach Cölbe, wo er als Hilfsarbeiter bei seinem Bruder tätig war.

39 Über Fritz Wolf (1902–1965) siehe Klaus-Peter FRIEDRICH, Albrecht KIRSCHNER, Corinna LÜTZOFF u. Katharina NICKEL: Zur Geschichte der »Marburger Jäger«, Marburg 2014 (Marburger Stadtschriften für Geschichte und Kultur 101), S. 137 f.

40 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 16.

41 Zu Franz Kaiser siehe Annamaria JUNGE: Niemand mehr da. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Rauischholzhausen 1933–1942, Marburg 2012, S. 84 f., 137 f., 171 f., 191, 202 u. 235.

te als Zeuge, er sei 1936 oder 1937 von Kaiser bei dessen Freund Ludwig Seufer angezeigt worden, weil er zusammen mit Juden *Radio Moskau* höre. Der Oberinspektor kam zu ihm nach Hause, gab sich als Gestapobeamter aus und vernahm ihn. Seufer habe sich *von der Grundlosigkeit dieser Anschuldigung* überzeugt.⁴² Seufer selbst erklärte, dass er *nicht im Auftrage der geheimen Staatspolizei* zu Seip gekommen sei. Die Anzeige erfolgte 1934/35 vielmehr ans Landratsamt. Sie sei mit dem Namen Ebinger⁴³ unterzeichnet gewesen. Später stellte sich heraus, dass Kaiser damit unterschrieben habe,

*was dieser mir [Seufer gegenüber] auch zugab. Ursache zu dieser Anzeige waren rein persönliche Mißhelligkeiten zwischen Kaiser und Seip [...]. Meiner Ansicht nach ist Kaiser von Frau Seip zu dieser Anzeige aufgehetzt worden. [...] Soweit mir erinnerlich, war die Anzeige sachlich berechtigt, wenn vielleicht auch übertrieben. Ich ließ Kaiser einen kleineren Betrag der NSV, Winterhilfe oder Rotes Kreuz [sic] einzahlen. Außerdem habe ich beide verwarnt.*⁴⁴

Seufer versicherte, er habe Kaiser zuvor gar nicht gekannt.⁴⁵ Er teilte Seip mit, dass der Denunziant *seine Strafe bereits bekommen* hätte, und Seip musste Seufer versprechen, die Sache damit ruhen zu lassen.⁴⁶

Heinrich Bodenbender (*1903) aus Rauischholzhausen hatte im Verfahren gegen den *Judenhasser* Ludwig Grün (*1900) erklärt: *Mit Seufer stand Grün sehr gut. Seufer gab sich mir gegenüber als Vertreter der Geheimen Staatspolizei aus. Grün habe oft die Hauptleute der RAD. Lager*⁴⁷ *und auch genannten Seufer als seine Gäste eingeladen, wo dann meistens den Juden abends die Fenster eingeschlagen wurde[n].*⁴⁸ Auch der frühere Pfarrer Rauischholzhausens Heinrich Francks⁴⁹ berichtete, bei ihm sei Anfang 1935 Seufer als Kriminaloberinspektor der Gestapo erschienen, weil *einer aus dem Dorf* ihn wegen Äußerungen von der Kanzel und auch seine Frau Anna Maria Francks angezeigt habe, weil sie die Synagoge fotografiert und das Foto an ihren Bruder in der Schweiz geschickt hatte.⁵⁰

Gastwirt Peter Kirch aus Cyriaxweimar äußerte sich dahingehend, dass Seufer *den ganzen Betrieb im Landratsamt geleistet* habe.⁵¹ Er zeigte Seufer gleich am 8. Januar 1946 beim Amtsgericht Marburg wegen falscher Anschuldigung und Freiheitsberaubung an. Kirch hatte sich im Gespräch mit seinem Bekannten Kaspar Schmidt aus Schönstadt Anfang

42 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 17795, Bl. 21, Aussage gegenüber dem öffentlichen Kläger Friedemund Habermann; siehe auch Seufers mündliche Äußerungen in der Verhandlung gegen Kaiser, Bl. 78 f., 103–104RS, sowie Kaisers Angaben Bl. 103RS.

43 Über den Waldarbeiter Heinrich Ebinger (*1898), der sich als *fanatischer Judenfeind* aufführte und 1937 der NSDAP anschloss, siehe HHStAW, Best. 520/27, Nr. 13997.

44 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 17795, Bl. 25, 16. Januar 1948.

45 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 17795, Bl. 80, 16. Januar 1948.

46 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658.

47 Lager des Reichsarbeitsdienstes.

48 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 22.

49 Heinrich Francks (1885, Exten bei Rinteln – 1968, Hamburg) war von 1932 bis 1946 evangelischer Pfarrer in Rauischholzhausen, dann nach Hamburg verzogen.

50 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 31–33.

51 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 38.

1943 über die Kriegslage geäußert, wobei er mit einer deutschen Niederlage rechnete. Diese Äußerungen habe Schmidt dann gegenüber Seufer erwähnt, dann sei Gestapo zu Schmidt gekommen, habe ihn vernommen und gegen Kirch wurde Anklage erhoben.⁵² Mitte September 1943 sei dieser zur Gestapo vorgeladen worden, Kriminalsekretär Wilhelm Matthäi (*1894) habe ihn mit Vorwürfen konfrontiert: Er gehe fremd, sei (wegen seiner Geschwister in den USA) spionageverdächtig und höre und verbreite – wie Kaspar Schmidt erklärt habe – Nachrichten von Auslandssendern. Dann sei Kirch ins Gefängnis gebracht worden. Bei den folgenden Verhören habe er jedoch alles abgestritten, und so durfte Kirch unter Drohungen mit KZ-Haft nach einer Woche wieder nach Hause.⁵³ In der Verhandlung vor dem Amtsgericht im November 1943 wurde Kirch offenbar aus Mangel an Beweisen freigesprochen.⁵⁴ Im November 1946 drängte Kirch darauf, das Verfahren gegen Seufer rasch durchzuführen, da er nationalsozialistischer Aktivist sei, und Anfang 1948 empfahl er der Spruchkammer Marburg-Stadt, auch den Bauern Heinrich Kessler aus Hermershausen zu vernehmen, der seinen polnischen Arbeiter am gemeinsamen Tisch essen ließ und dafür von Seufer belangt und am Ende für zwei Monate eingesperrt wurde.⁵⁵

Auch die Witwe Katharina Zimmermann belastete Seufer. Infolge eines Streits über die im Krieg vorgeschriebene Verdunkelung wurde ihr verstorbener Ehemann Heinrich Zimmermann in Cyriaxweimar Nr. 2 – wohl im Oktober 1939 – im Landratsamt vernommen. Er sollte 50 Reichsmark ans Rote Kreuz zahlen und ging, weil er sich weigerte, zwei Wochen ins Gefängnis.⁵⁶ Denn Seufer *hatte Haftberechtigung, [...] konnte Schutzhaft verhängen bis zu 14 Tagen.*⁵⁷ Katharina Zimmermann suchte Seufer auf, um die Befreiung ihres Ehemanns zu erreichen, doch bedrohte er sie und sagte: *[D]en sehen Sie nie wieder.*⁵⁸ In der Verhandlung im Januar 1948 äußerte sie, ihr Mann sei verhasst gewesen, weil er zu wenig Heu ablieferte, einmal schlecht verdunkelt hatte, mit Juden handelte und geheim wählen wollte. Nachdem Seufer sie angeschrien hatte, sei Landrat Krawielitzki erschienen, der ihr *die Bescheinigung* gab, mit der sie ihren Mann im Gefängnis besuchen durfte.⁵⁹

Breiten Raum nahmen die Vorwürfe der jungen Katharina E. geborene L. (*1925) ein. Sie entstammte einer Großseelheimer Familie. Der dortige Bürgermeister wollte sie, weil er in ihr *eine Gefahr für die Truppen* sah, und wegen schwieriger Familienverhältnisse anderswo unterbringen. So kam sie mit Seufers Unterstützung als Hilfskraft zur Polizeischule in Neuhöfe, die damals als Landjahrheim diente.⁶⁰ Katharina E. erklärte in Seufers Verhandlung, ihr Vater sei sterilisiert worden, und ihr habe man dies auch antun wollen.

52 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 2; siehe auch Stadtarchiv Marburg (= StadtA MR), N 18, Nr. 46.

53 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 21, Abschrift 23. Juli 1946, auch Bl. 25.

54 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 2.

55 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 15, 38 u. 46.

56 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 104.

57 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 105.

58 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 2, Bericht des Ermittlers der Spruchkammer Marburg-Stadt (Heinrich?) Fett, u. Bl. 69.

59 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 103. Das Gefängnis machte am 23. November 1939 Unkosten von RM 21 geltend, die Zimmermann am gleichen Tag beglich.

60 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 123.

Der hier einhakende Seufer begründete dies damit, dass *sie einen schlechten Lebenswandel führte. Für die Nachkommen bestand eine Gefahr*.⁶¹ Das Landjahrheim wurde aufgelöst, als dort ein KLV-Lager⁶² eingerichtet wurde. Von da an arbeitete sie im Seufer'schen Haushalt für ein Taschengeld. Von einer polnischen Arbeiterin lieh sie sich einmal 5 Reichsmark, die sie nicht zurückgeben konnte. Als Seufer davon erfuhr, habe er gedroht, sie nach Dachau zu bringen. Er gab auch zu, Katharina mit Stockschlägen gezüchtigt zu haben. Katharina E. erklärte, nachdem sie bei *eine[r] krumme[n] Sache mit einem Ausländer* vergewaltigt worden war und Anzeige erstattet hatte, habe Seufer sie dazu veranlasst, alles zurückzunehmen, weil sie Angst vor ihm hatte.⁶³ Als Entschädigung für ihre *Arbeit und nicht gezahlten Lohn*⁶⁴ habe Katharina E. erst nach dem US-amerikanischen Einmarsch ein Sparbuch über RM 400 erhalten.

Regierungsoberssekretär Brandis sagte aus, dass der ungehaltene Seufer einmal einem Fahrer der Molkerei in Wohra *ins Gesicht geschlagen* habe.⁶⁵

Mit Blick auf die antijüdischen Verbrechen äußerte Seufers ehemaliger Untergebener Kiem, bei der *Synagogenaktion* 1938 habe der Kreisoberinspektor sofort Leo Klawitter⁶⁶ zu sich beordert, sei mit ihm durch den Kreis gefahren – und sie hätten *Einhalt geboten und die Täter festgestellt und zur Anzeige gebracht. In der Synagoge Kirchhain soll Herr Seufer einen Täter festgenommen haben*.⁶⁷ In Kiems Augen sei der Oberinspektor *nie Nationalsozialist gewesen*.⁶⁸

Auch Klawitter berichtete über Seufers *Einstellung zu der Synagogengeschichte: Im Jahre 1938 wurde ich angerufen, nach Kirchhain, Neustadt und Treysa zu kommen, weil die Synagogen demoliert worden waren. Auch der jüdische Leichenwagen war in Kirchhain in die Klein [...] gefahren worden. Seufer habe befohlen, dass die Feuerwehr die Synagogen bewachen soll, damit diese Schweinerei endlich aufhöre. In Kirchhain war die Synagoge nur demoliert worden, sie hat nicht gebrannt. Klawitter erklärt, dass Seufer nach diesen Vorfällen der Synagogenbrände zu mir gesagt hat: »Hitler ist geisteskrank, er ist ein Idiot.« Dieses hat er öfters zu mir gesagt.* Das Fehlschlagen des Anschlags vom 20. Juli 1944 habe Seufer bedauert.⁶⁹

Anfang September 1947 legte der Erste öffentliche Kläger der Spruchkammer Marburg-Stadt Matthias Kraus⁷⁰ seine Klageschrift gegen Seufer vor und beantragte, ihn der Gruppe II

61 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 96.

62 Lager, in denen deutsche Kinder untergebracht wurden, die der Kinderlandverschickung unterlagen.

63 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 97.

64 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 12.

65 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 9, 30. Mai 1947; siehe auch Bl. 101+RS. Dieser Vorfall ließ sich später nicht weiter aufklären: Die Molkereigenossenschaft schrieb am 19. Januar 1948 an Seufer, in der Molkerei in Wohra sei *nichts darüber bekannt, daß ein Milchfuhrmann oder Beifahrer hier jemals von Ihnen geschlagen worden ist*, Bl. 45.

66 Leo Klawitter (1891–1962) war von 1938 an 1. Gendarmerie-Abteilungskommandant und damit Chef im Gendarmerie-Abteilungsbereich Marburg.

67 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 10.

68 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 118RS. Zu Kiems und Seufers von der NS-Ideologie geprägtem Verhalten gegenüber einem deutsch-polnischen Liebespaar, das Anfang 1941 verhaftet wurde, s. u., S. 267, und siehe auch SPANNENBERGER: Führungspersonal (wie Anm. 4), S. 80.

69 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 116RS.

70 Matthias Kraus (1883, Altenmünster Landkreis Augsburg – 1960, Wehrda bei Marburg), Kaufmann; von 1909 an in Marburg, später Inhaber eines Geschäfts für Haus- und Küchengeräte, nach 1948 als

der Aktivisten zuzuordnen.⁷¹ Außerdem sah er Sühnemaßnahmen vor: zwei Jahre Arbeitslager, Einzug der Hälfte des Vermögens, Entzug der Pension usw.⁷² Wenig später übernahm der Marburger Rechtsanwalt Karl Theodor Steffen (1912–1995) Seufers Vertretung.⁷³

Steffen listete 35 Zeugen und Zeuginnen auf, die seitens der Verteidigung zur Hauptverhandlung am 21. Januar 1948 geladen werden sollten.⁷⁴ Er wies zudem darauf hin, dass der Oberinspektor am 16. Januar 1946 vom Regierungspräsidenten⁷⁵ nicht entlassen, sondern in den Ruhestand versetzt wurde, was Seufers Wunsch entsprach. Zwar hätten die Spannungen mit Krawielitzki dessen Gesundheit *völlig zerrüttet*, doch habe Krawielitzki auf diesen *Verwaltungsfachmann* nicht verzichten können.⁷⁶ Zum 1. Januar 1944 hörte er auf, Stellvertreter des Landrats zu sein, nachdem er sich angeblich in ständiger Abwehr und Auseinandersetzung gegenüber dem *Kreisleiter-Landrat* befunden habe. Dass der Beamte seine Untergebenen und Bittsteller mitunter beschimpfte, lag in den Augen des Rechtsbeistands an Seufers *impulsiver und leicht erregbarer Art* und sei Folge *der Tatsache, daß er [...] seine Gesundheit durch eine ungewöhnliche Arbeitsüberlastung im Dienst und durch seinen ständigen Kampf gegen die nationalsozialistische Weltanschauung vollkommen zerrüttet hatte*.⁷⁷ Die *Feinde des Nationalsozialismus* habe er *nicht verfolgt [...], sondern grundsätzlich [...] geschützt und oft auch unterstützt*. Er habe nämlich *in Ausführung eines von ihm gefassten grundsätzlichen Entschlusses gehandelt [...], den Auswirkungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Rahmen seines Amtsbereiches [...] Widerstand entgegenzusetzen [...]*.⁷⁸ Selbst Kirch habe er nicht selber angezeigt, das von diesem beim Amtsgericht angestoßene Verfahren gegen Seufer sei vielmehr im Februar 1947 eingestellt worden;⁷⁹ seine dreimonatige Gefängnisstrafe aufgrund einer Verurteilung 1935 wegen Verleumdung habe sich Kirch selber zuzuschreiben, weil er gegen den damaligen Bürgermeister, den er als *Sozialdemokraten* abzusetzen trachtete, intrigiert hatte.⁸⁰ In der Verhandlung räumte Seufer ein, er habe die Anzeige gegen diesen *vor dem 22. Juni 1942* [!] an die Gendarmerie weitergeleitet, wozu er verpflichtet war.⁸¹ Er sah in Kirch einen Intriganten, der sich 1933 als Nazi aufspielte, um einen *fähigen Bürgermeister* loszuwerden.⁸²

Unterdessen habe Seufer laut Anwalt Steffen ganze *Personengruppen* geschützt, darunter die Juden in Lohra, die 1935 *Ausschreitungen* zum Opfer fielen: Mit dem Bürgermeister und dem Polizeibeamten habe er *die Ermittlungen nach den Tätern aufgenommen*, die

Handelsvertreter in der Keramikbranche tätig.

71 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 27, 2. September 1947 (Mst 2208/47 B/G).

72 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 28.

73 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 51, 20. September 1947.

74 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 53, 13. Januar 1948.

75 Dr. Fritz Hoch (1896, Zürich – 1984, Kassel), Jurist, 1945–1962 Regierungspräsident in Kassel.

76 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 54 f., 13. Januar 1948.

77 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 57–58.

78 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 59–60.

79 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 58–59, 122RS, mit Bezug auf das Verfahren 3 Ms 29/35 bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Marburg.

80 Siehe StadtA MR, Best. N 18, Nr. 46.

81 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 92.

82 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 122+RS.

festgestellt und durch das Schöffengericht Marburg zu mehrmonatigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden.⁸³

Bei den *November-Aktionen 1938* sei es angeblich Seufer gewesen, der dafür gesorgt habe, dass *in einzelnen Orten überhaupt keine Schäden vorkamen und in anderen Gemeinden sie auf ein Mindestmaß beschränkt wurden*. Für das Geschehen in Roth, Neustadt und Rauischholzhausen führte Steffen vier Zeugen an.

Heinz Güttel (*1912), Ermittler und öffentlicher Kläger bei der Spruchkammer Marburg-Land, hatte bereits im November 1947 einen *Entlastungspunkt* zugunsten von Seufer aus einer Stellungnahme Alfred Sterns mitgeteilt. Dieser hatte seiner Erklärung in New York über seine Misshandlung in Wetter im Sommer 1933 ein *P. S.* hinzugefügt: *Als Zeuge, der damals die Sache untersuchte und mir bestimmt das Leben rettete, erkenne ich noch Oberkreisispe[k]tor Seufer [...]*.⁸⁴ Anwalt Steffen zitierte nun aus dem *Schreiben der Ehefrau Alfred Stern*⁸⁵ in New York: *›Lieber Herr Seufer, wie danke ich Ihnen, daß Sie uns in 1933 aus den Händen der Bestien befreit und geschützt haben. Sie galten als rettender Engel, denn ohne Sie wären bestimmt meine Söhne nicht mehr am Leben.*⁸⁶ In der Verhandlung erklärte Förster Ernst Derichsweiler (*1873) aus Wetter: *[...] ungefähr [im] September 1933 war in Wetter ein Jude Stern verhaftet worden.*⁸⁷ *Herr Seufer fragte, weshalb dieser Jude verhaftet worden sei und nahm ihn dann in seinen Schutz, damit er ihn vor den SS-Leuten schützen konnte.*⁸⁸ Steffen hob ferner hervor, dass Seufer verhindert habe, dass die Ehefrau des Lohraer Gendarmeriebeamten Johannes Wetterau⁸⁹ verhaftet und *in ein Konzentrationslager eingeliefert wurde.*⁹⁰

83 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 62. Zum Pogrom in Lohra am 13. August 1935 siehe Barbara WAGNER: Das Hochzeitsfoto. Eine hessische Familiengeschichte nacherzählt von Barbara Wagner, Marburg 2022, S. 70 f.; siehe auch <http://www.lohra-wiki.de/index.php5?title=Flucht_wegen_Rassenschande> (abgerufen 15.6.2022); HStAM, 180 Marburg, Nr. 3935.

84 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 35–37, 3. November 1947.

85 Alfred Stern (1907, Wetter – 1975, Dade/Florida) heiratete 1935 in New York Gerda (Gerta) Blum (1901, Frankenau Kreis Frankenberg – 2006, Santa Barbara). Die von Steffen zitierten Sätze gehen wohl zurück auf Hilda Stern geb. Katz (1887, Hatzbach – 1969, New York), Witwe von Pferdehändler und Landwirt Albert Stern (1881, Wetter – 1947, New York) und Mutter von Alfred Stern.

86 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 62.

87 Alfred Stern wurde gleich nach dem mit ihm veranstalteten Pranger-Umzug am Abend des 30. August 1933 verhaftet; StadtA Wetter, Nr. B.1.053, Schreiben von Bürgermeister Hilberg vom 1. September 1933.

88 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 111.

89 Johannes Wetterau (1888, Willershausen Kreis Eschwege – 1954, Wehrda bei Marburg), Gendarmeriebeamter; bei den Dragonern in Hofgeismar stationiert, von 1909 an mit Ida Mandelbaum (1890, Wabern – 1956) liiert, 1914 Kriegsteilnahme, 1916 Geburt der Tochter Irma, 1919 heirateten die Eltern (beide evangelisch), von 1922 an war Johannes Wetteraus Dienstbezirk Lohra, von 1945 an als Landjägerskreiskommissar tätig. Am 26. Juni 1941 stellte Dr. Friedrich August Knost vom Reichssippenamt Irma Wetterau einen Abstammungsbescheid aus und erteilte ihr die Heiratsurlaubnis.

90 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 63. Dass er 1936 *gegen* die Pensionierung des Gendarmeriemeisters Wetterau gewesen sei, hielt sich auch der damalige Landrat vor dem Spruchgericht Bielefeld zugute; Bundesarchiv Koblenz (= BArch KO), Best. Z 42, Nr. IV-1527, Bl. 114–116, Zusammenstellung von 51 Begebenheiten, bei denen Krawielitzki *erkennbar gewordenem Unrecht und Unrechtstendenzen* in seinem Amtsbereich *entgegengetreten* sei; die Absätze 38–51 betrafen sein Handeln *[a]uf russischem Gebiet*, hier Pos. 39.

Er habe überdies eine *vorbildliche Haltung* [...] *gegenüber den ausländischen Arbeitern eingenommen*,⁹¹ habe sich *schützend vor die Zwangsverschleppten gestellt* – und vor die Kriegsgefangenen, *insbesondere Feindflieger*. Dadurch habe er sich einem Risiko ausgesetzt.⁹² Seufer habe außerdem *durch seine besondere Art der Berichterstattung einen wesentlichen Beitrag geleistet, um über den Kreisleiter Krawielitzki mäßigend in der Verwaltung zu wirken* [...].⁹³ Bei der *Gitteraktion*, durch die gegen diejenigen vorgegangen werden sollte, welche hinter dem Attentat vom 20. Juli 1944 steckten, habe Seufer keinen einzigen gemeldet, der früher als Demokrat bekannt war. Und dank dieser *Widerstandshandlung* sei der Kreis Marburg angeblich der einzige im Regierungsbezirk Kassel gewesen, in dem nach dem 20. Juli 1944 keine Verhaftung von Gegnern des Nationalsozialismus stattgefunden habe.⁹⁴

Der langjährige Kurator der Marburger Universität Ernst von Hülsen sah sich als Leidensgenosse Seufers. Er versicherte, dass Seufer *kein Nazi-Aktivist war, sondern daß er Widerstand leistete und gegen die Partei kämpfte*. Er habe das brutale Vorgehen der SA kritisiert, habe den Bau eines Flugplatzes bei Schröck verhindert, und bei ihren Treffen habe er von 1943 an mehrfach über die Spannungen mit dem Landrat geklagt, einmal sogar einen kritischen Brief des Freiherrn von Stumm⁹⁵ dabeigehabt.⁹⁶

Der Diplomat Ferdinand von Stumm, einst NSDAP-Mitglied, sagte aus, er habe Seufer Anfang der 1940er-Jahre kennen gelernt. 1944 habe dieser ihn gefragt, ob er sich vorstellen könne, nach einem Umsturz Landrat zu werden: *Später wurde mir gesagt, sie hätten mich zum Landrat machen wollen, aber aus gewissen Gründen sei Herr v. Boxberger⁹⁷ Landrat geworden*. Als nach dem 20. Juli 1944 von Stumm verhaftet wurde, habe Seufer dafür gesorgt, dass er nach 10–12 Tagen freigelassen wurde.⁹⁸ Dr. Wilhelm Bach⁹⁹ verstieg sich gar zu

91 Siehe auch Bl. 48 über den polnischen Arbeiter Nowak in Großseelheim, der dank Seufer *vom Kz. verschont* wurde.

92 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 63–65.

93 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 65.

94 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 67, Aussage Kreisinspektor Ludwig Will. Landrat Krawielitzki nahm das Verdienst für diese Meldung an die Gestapo vor dem Spruchgericht Bielefeld für sich in Anspruch; BArch KO, Best. Z 42, Nr. IV-1527, 5. Februar 1948. Über Karl Breitstadt, den NSDAP-Kreisleiter in Waldeck, heißt es übrigens, auch er habe die Durchführung der *Gitteraktion* nach dem 20. Juli 1944 verhindert; Gerhard MENK: *Waldeck im Dritten Reich. Voraussetzung und Wirken des Nationalsozialismus im hessischen Norden*, Korbach 2010, S. 279.

95 Vermutlich Ferdinand von Stumm (1880, Zarskoje-Zelo/St. Petersburg – 1954, Schwaigen-Grafen-schau Landkreis Garmisch-Partenkirchen), Diplomat; 1925 Erbe des Schlosses Rauischholzhausen, das er 1936 an die NS-Volkswohlfahrt verkaufte, 1928 Geburt des Sohns Nikolaus in Marburg.

96 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 110RS. Von Hülsen behauptete: *Ich selbst führte einen schweren Kampf gegen den Nationalsozialismus*. Zu seiner Rolle siehe Albrecht KIRSCHNER: *Universitätskurator Ernst von Hülsen und der Nationalsozialismus*, Marburg 2016, S. 56; <<http://dx.doi.org/10.17192/es2016.0007>> (abgerufen 15.6.2022).

97 Dr. Leo von Boxberger (1879, Schenkklengsfeld – 1950, Marburg), Verwaltungsjurist, Ornithologe; kam 1905 nach Marburg, lebte später zeitweise auch in Barten im ostpreußischen Kreis Rastenburg, in Berlin und in Spanien; verheiratet mit Marie geb. Leiß (*1884), drei Töchter.

98 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 111RS.

99 Dr. Wilhelm Bach (1888–1965, Ranstadt), Volkswirt; 1928–1933 Studium des Fachs Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Philipps-Universität, 1930 Direktor der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft

der Behauptung, Seufer habe *Mut* bewiesen und sei *innerlich ein klarer Gegner des Nationalsozialismus* gewesen: *Er hat seinen Sturz jahrelang herbeigesehnt und daran intensiv mitgearbeitet. [...] Er hat dabei dauernd sich selbst aufs Höchste gefährdet.*¹⁰⁰ Laut Anwalt Steffen habe Seufer sich von 1933 bis 1945 ständig in *akute[r] Gefahr* befunden. Damit seien die Voraussetzungen des Artikels 13 des Befreiungsgesetzes erfüllt, und Seufer müsse daher entlastet werden.¹⁰¹ Kurz vor der Verhandlung im Januar 1948 benannte Seufer weitere Zeugen, darunter *Gendarmeriemeister Lisiecki in Cappel bei Marburg.*¹⁰²

Die Vorbereitungen für die Verhandlung vor der Spruchkammer Marburg-Stadt,¹⁰³ die am 27. Januar 1948 beginnen sollte, machten den Umfang des Verfahrens deutlich. Es war eine Zeugenliste mit 52 Namen erstellt worden.¹⁰⁴ Dem Protokoll zufolge gab sich Seufer am 1. Verhandlungstag zerknirscht und gestand: *Ich bin ausgenutzt worden. Dabei habe er den Menschen nur helfen wollen. Gleichzeitig nahm er für sich in Anspruch, zuletzt selbst mit einem Fuß im KZ gestanden zu haben.*¹⁰⁵ Denn er sei *mit allen Mitteln gegen [s]eine Vorgesetzten vorgegangen.*¹⁰⁶ In der NSDAP sei er *nichts* gewesen.¹⁰⁷

Für seinen früheren Vorgesetzten sprach sich Kreisinspektor Jakob Schrodt aus,¹⁰⁸ der 1933 seiner Entlassung nur knapp entging. Im Frühjahr 1933 war er von NSDAP-Vertretern angefeindet und öffentlich *gebrandmarkt [worden], weil er noch Bestellscheine für ein*

Mitteldeutschland (Kassel), 1934 Promotion, 1943 in Gießen Heirat mit Ursula Brick (*1917, Stettin), eine Tochter.

100 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 68, 20. Oktober 1947.

101 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 67. Nach Artikel 13 war entlastet, »wer trotz seiner formellen Mitgliedschaft oder Anwartschaft oder eines anderen äußeren Umstandes, sich nicht nur passiv verhalten, sondern nach dem Maß seiner Kräfte aktiv Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistet und dadurch Nachteile erlitten hat«; <<https://web.archive.org/web/20180817161208/http://www.verfassungen.ch/de/bw/wuerttemberg-baden/wuertt-b-befreiungsgesetz46.htm>> (abgerufen 15.6.2022).

102 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, 23. Januar 1948, Bl. 70. Ludwig Lisiecki (1890, Helbra – 1957, Marburg), Gendarmeriebeamter; 1. Mai 1933 NSDAP-Eintritt; als bekennender Katholik hatte er in Langenselbold und Großauheim einen schweren Stand, daher 1937 Versetzung nach Wabern, 1. Dezember 1939 zum Meister der Gendarmerie befördert und als Gruppenpostenführer nach Cappel versetzt, April 1940 – März 1942 Leutnant der Feldgendarmerie im besetzten Norwegen; 1945 nach Entlassung als Hilfsarbeiter tätig; im April 1947 ordnete die Spruchkammer Marburg-Land ihn den Entlasteten zu, denn er habe *aktiven Widerstand* geleistet, *insbesondere auf weltanschaulichem Gebiet*, habe *wiederholt [...] Juden vor den Übergriffen der Partei in Schutz genommen*, darunter Familie Frenkel in Wabern. Siehe auch Thomas SCHATTFNER: Stolpersteine für Familie Frenkel, <<https://www.seknews.de/2018/01/21/stolpersteine-fuer-familie-frenkel>> (abgerufen 15.6.2022).

103 Der Spruchkammer Marburg-Stadt gehörten an: Freiherr von Massenbach (Vorsitz), Heinrich Peter, Jakob Kombächer, Rudolf Schmidt, Alexander Mergler (Beisitzer) und als öffentlicher Kläger Matthias Kraus; HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 86.

104 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 81.

105 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 87.

106 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 88RS.

107 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 89.

108 Jakob Schrodt (1900–1981), Verwaltungsbeamter; 1929–1933 (und wieder ab 1946) SPD-Mitglied, 1932 ins Beamtenverhältnis übernommen, Leiter des Wohlfahrtsamts im Kreis Marburg, 1934 zum RDB, 1935 zur NSV, zum RKB, 1937 VDA- und NSDAP-Eintritt, 1943 aushilfsweise Vertreter eines

*jüdisches Geschäft ausgestellt hatte.*¹⁰⁹ Schrodt fühlte sich danach von Seufer unterstützt, der *nicht nachtragend* gewesen sei; er habe *nie an einer Versammlung* [der NSDAP] *teilgenommen*, habe auch *vielen geholfen*, die vor 1933 als Gegner des Nazismus aufgetreten waren.¹¹⁰ Seufer führte zu seinen eigenen Gunsten an, dass er beim Besuch Görings in Marburg 1933 *als einziger Beamter nicht dabei* gewesen sei. Sein Anwalt brachte vor, dass Seufer 1944 eine – nicht näher beschriebene – *Auseinandersetzung mit dem Gauleiter* gehabt habe.¹¹¹

Als der Beisitzer Jakob Kombächer (*1907) in der Verhandlung den Beamten Dulz¹¹² erwähnte, der nach Usingen versetzt wurde, erklärte Seufer: *Herr Dulz war ein guter Beamter. Er hat viel mit Juden verkehrt.*¹¹³ Pfarrer Aloisius Hill in Nieder Klein hielt dem Kreisoberinspektor zugute, dass er – vermutlich 1933 – *tagelang in Nieder Klein* gewesen sei, *um die Judensache aufzuklären*. Dort hatte die SS *befohlen und einen Anschlag gemacht, daß die Leute, die bei Juden einkaufen, verhaftet werden. Herr Seufer hat sich für diese Leute eingesetzt.*¹¹⁴

Dr. Walther Naumann¹¹⁵ berichtete über Jüdinnen, die das Arbeitsamt 1944 der Allendorfer Sprengstofffabrik WASAG zugewiesen hatte. Naumann besprach sich demnach mit Seufer, der ihm abgeraten habe,

diese Leute zu nehmen. Ich hielt es für eine Schweinerei, die Jüdinnen zur Zwangsarbeit zu betätigen [sic]. [...] *Ich sollte mit den Jüdinnen Straßen bauen.* [...] *Von mir wurden diese dazu nicht verwandt. Herr Seufer hat in allen Dingen vor mir gestanden.*¹¹⁶

Blockleiters; zunächst von der Militärregierung entlassen, stimmte sie im Nov. 1945 seiner Wiedereinstellung zu, 1947 als Mitläufer entnazifiziert und mit Geldsühne von RM 500 belegt.

109 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4708.

110 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 92+RS u. (a), 29. Mai 1947.

111 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 92RS.

112 Paul Dulz (*1900, Magdeburg), Kreissekretär im Kreis Kirchhain, dann Marburg, wohnte in Kirchhain, Sept. 1933 Versetzung nach Usingen *weil Kreisführer d. Reichsbanners, Freigewerkschaftler u. SPD-Redner*; HHStAW, Best. 520/07, Nr. 1014. 1937 Kreisobersekretär, von 1940 an im Landratsamt Dillenburg tätig, 1943–1945 im Landratsamt Biedenkopf eingesetzt, 1946 als Mitläufer entnazifiziert und mit Geldsühne belegt.

113 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 89.

114 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 114.

115 Dr. Walther Naumann (*1893, Leipzig), Chemiker; Anthroposoph, Mitglied der Christengemeinschaft; 1916 bei der Feldluftschifferabteilung, 1933 Promotion an der Technischen Hochschule Danzig, 1933–1940 in Wittenberg, 1934 zur DAF, 1937 zur NSV, zum NS-Bund Deutscher Techniker und NSDAP-Eintritt (Nr. 4046810), von 1940 an in Allendorf Abteilungsleiter und stellvertretender Betriebsleiter und seit 1943 vom Oberkommando der Marine als Wehrwirtschaftsführer eingesetzter *Betriebsführer* der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoff-Actien-Gesellschaft (WASAG), zugleich *Abwehrbeauftragter* des Oberkommandos der Marine und dadurch Ende 1944 *Abwehrbeauftragter der Gestapo*; 27. August 1945 von der Militärregierung als Treuhänder der WASAG eingesetzt. Nachdem der öffentliche Kläger für ihn zunächst die Gruppe I als Hauptschuldigen beantragt hatte, von der Spruchkammer Marburg-Land der Gruppe IV (Mitläufer) zugeordnet und mit Geldsühne von RM 2000 belegt.

116 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 93+RS. Es handelte sich um Jüdinnen aus Ungarn.

Die Hausfrau Eva Allendorf (*1889) sagte, dass Seufer *mit dem Rechtsanwalt Dr. Reis¹¹⁷ (Jude) oft verkehrt hat. Es war doch damals für einen solchen Herrn gefährlich, mit Juden zu verkehren.*¹¹⁸

Stauzebach berichtete, dass sich andere für seine Freilassung eingesetzt hätten, Seufer hingegen sei *ein richtiger Nazi* gewesen. Dieser stritt die ihm vorgeworfenen Äußerungen jedoch ab: *Ich habe die Juden in Schutz genommen, da kann ich doch nicht sagen Judenfetzen.*¹¹⁹ In der Verhandlung im Januar 1948 entlastete Seufer der ehemalige Lehrer der Gemeinde Göttingen im Kreis Marburg Wilhelm Grebing (*1884), der sich ebenfalls als Verteidiger der schwarz-rot-goldenen Reichsfahne ausgab und erklärte, Seufer habe *sich voll und ganz vor mich gestellt*. Er behauptete: *Herr Seufer war nie und nimmer Nationalsozialist.*¹²⁰ In den Augen von Amtsgerichtsrat *Walter Massengeil*,¹²¹ der 1933 in die NSDAP eingetreten und zwischenzeitlich als Mitläufer entnazifiziert war, erschien Seufer *mit seinen Nerven völlig runter*, als er in Kirchhain an einer Verhandlung gegen Stauzebach teilnahm, für den er sich *sehr eingesetzt* habe.¹²²

Am 2. Verhandlungstag gab Seufer zu Protokoll: *Die politischen Sachen mußte ich selbst machen, alles andere verteilte ich und wälzte ab, was ich abwälzen konnte.*¹²³ Auf die Frage, ob er Leiter der Gestapo-Außendienststelle gewesen sei, antwortete er: *Die Sachen, die von der Gestapo kamen, lagen dem Landrat vor, sie mußten von mir bearbeitet werden.*¹²⁴ Er behauptete auch, der Name des Marburger Gestapobeamten Malecki sei für ihn zunächst *kein Begriff* gewesen. Nachdem die bereits erwähnte Katharina E. einen Tschechen beschuldigt hatte, sie vergewaltigt zu haben, sorgte Seufer aber dafür, dass Malecki keinen Bericht machte, welcher den Angeschuldigten *ins KZ* gebracht hätte, weil nach Seufers Überzeugung *das*

117 Zu Dr. Hermann Reis (*1896, Allendorf/Eder), der wie seine nächsten Angehörigen – seine Frau Selma geb. Levi (*1902, Treysa) und seine Tochter Marion (*1925) – im September 1942 nach Theresienstadt und im Herbst 1944 nach Auschwitz in den Tod deportiert wurde, siehe Barbara HÄNDLER-LACHMANN u. Thomas WERTHER: »Vergessene Geschäfte – verlorene Geschichte«. Jüdisches Wirtschaftsleben in Marburg und seine Vernichtung im Nationalsozialismus, Marburg 1992, S. 226–228; Barbara WAGNER: Marburg, in: Klaus-Peter FRIEDRICH (Hg.): Von der Ausgrenzung zur Deportation in Marburg und im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Neue Beiträge zur Verfolgung und Ermordung von Juden und Sinti im Nationalsozialismus (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 108), Marburg 2017, S. 17–48, hier S. 21 f., 36 u. 40; Marita METZ-BECKER: Marie Luise Hensel, eine »Gerechte unter den Völkern« aus Marburg, ebd., S. 340–344; bei John K. DICKINSON: German and Jew. The Life and Death of Sigmund Stein, Chicago 2001, erscheint Reis unter dem Namen Sigmund Stein.

118 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 117RS. Die Behörde Landratsamt hatte mit Hermann Reis als Sprecher und Vertreter der in Marburg verbliebenen jüdischen Menschen zu tun.

119 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 93RS.

120 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 109.

121 Zu Werner Massengeil (*1895), der 1931 nach Kirchhain kam, siehe Georg D. FALK: Die Karrieren des Kriegerichters und späteren Marburger Amtsgerichtsdirektors Werner Massengeil, in: Wolfram WETTE u. Joachim PERELS (Hg.): »Mit reinem Gewissen«. Wehrmachtrichter in der Bundesrepublik und ihre Opfer, Berlin 2011, S. 220–239.

122 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 113.

123 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 101, 30. Januar 1948. Stellvertreter Seufers war u. a. Albert Wagner, s. u.

124 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 102.

Mädchen unzuverlässig war.¹²⁵ Dieser Auffassung schloss sich auch die Spruchkammer an, die Katharina E.s *an die KZ.-Maßnahmen erinnernde[n] Darstellung* keinen Glauben schenkte. Dass sie einen Kraftfahrer der *angeblichen Vergewaltigung* beschuldigte, wurde ihrer *blühende[n] Phantasie* zugeschrieben. Auch zeigte die Spruchkammer Verständnis dafür, dass Seufer sich darüber *empört[e]*, dass die von ihr geprellte Polin ihren kargen Arbeitslohn nicht den Eltern zukommen lassen konnte.¹²⁶

Der Gendarmeriebeamte Heinrich Schröder, der laut eigenem Bekunden als ehemaliger Sozialdemokrat *[v]on der Partei [NSDAP] und der SA* nach Ebsdorf versetzt und *auf der schwarzen Liste geführt* wurde, erklärte, er habe 1942 mit Seufer einen *Schwarzhörner* gedeckt, nachdem dieser angezeigt worden war. Seufer war laut Schröder *kein Nationalsozialist*.¹²⁷ Auch habe er im Ebsdorfer Grund abgeschossene Feindflieger zu ihrem Schutz der Wehrmacht überstellt. Lehrer Paul Panse¹²⁸ bestätigte dies: Meldungen über die Gefangennahme feindlicher Flieger seien dem Fliegerhorst Bracht, nicht der Kripo zugegangen.¹²⁹

Der Kirchhainer Kaufmann Emil Noll¹³⁰ berichtete am 3. Verhandlungstag reichlich über den Gegensatz zwischen dem örtlichen SS-Führer Karl Schäfer und Seufer bzw. Landrat Krawielitzki.¹³¹ Ferner hielt Adam Kiem seinem früheren Vorgesetzten zugute, er habe in Stimmungsberichten Kritik geübt und seine Meldungen genutzt, um antipolnische rassistische Bestimmungen abzuschwächen.¹³²

Der öffentliche Kläger beantragte nach der Beweisaufnahme die Einreihung Seufers in die Gruppe III der Minderbelasteten, verbunden mit einem Jahr Bewährung, einer Geldsühne von RM 1000 und der Übernahme der Kosten. Rechtsanwalt Steffen forderte, seinen Mandanten den Mitläufern zuzuordnen.

Das Entnazifizierungsverfahren endete mit dem Entscheid der Spruchkammer Marburg-Stadt vom 11. Februar 1948, der am 7. Juni 1948 rechtskräftig wurde.¹³³ Seufer wurde der Gruppe IV der Mitläufer zugeordnet und musste RM 1000 entrichten.¹³⁴

125 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 110.

126 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 123+RS.

127 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 113RS.

128 Paul Panse (*1896, Homburg/Efze), Lehrer; 1915 Lehrprüfung in Eschwege, danach Kriegsteilnahme, 1919 in den Schuldienst, 1931/32 Volksschullehrer im Kreis Gelnhausen, 1932–1937 in Lohra, dann in Niederweimar; Mai 1933 zum NSLB und NS-Kriegerbund, 1. November 1933 zur SA-Reserve (Rottenführer) 1934 zur NSV, 1935–1939 Luftschutzzführer, 1936 zum VDA, 1937 zum RKB, 1940–1945 »DRK-Wachf.«, 1945 als Luftschutzbüroarbeiter zum Landratsamt notdienstverpflichtet; im Januar 1947 ordnete ihn die Spruchkammer Marburg-Land II den Mitläufern zu.

129 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 118.

130 Emil Noll (*1896), Fahrlehrer und Autovermieter in Kirchhain, der im November 1938 bei den Pogromen in Kirchhain jüdischen Verfolgten half. Der damalige Landrat hielt sich vor dem Spruchgericht Bielefeld übrigens ebenfalls zugute, *die Unsicherheitbringung vieler jüdischer Familien durch Emil Noll* gebilligt und eine Verfolgung Nolls vereitelt zu haben; BArch KO, Best. Z. 42, Nr. IV-1527, Bl. 114–116, Pos. 44, auch Bl. 81.

131 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 117, 11. Februar 1948.

132 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 118RS.

133 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 109, 125RS.

134 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 86. Streitwert: RM 6700.

In der Begründung¹³⁵ resümierte die Kammer, es stünden *wenigen Belastungszeugen eine große Zahl von Entlastungszeugen* gegenüber, die Seufer *das allerbeste Zeugnis ausstellen*.¹³⁶ Demnach habe er *viel Unglück verhütet*.¹³⁷ Dabei verneinte sie den politischen Hintergrund der gegen Seufer erhobenen Anschuldigungen. Ihm wurde zugute gehalten, er habe die Kirchen geschützt,¹³⁸ und ihm sogar abgenommen, er habe den Kontakt mit den Pfarrern gemieden, *weil sie [...] nicht tätig genug gegen den Nat.Sozialismus waren*.¹³⁹

Unterdessen kam seine *christlich-religiöse Einstellung* angeblich den Ausländern zugute, und

[d]as gleiche Eintreten zeigt sich gegenüber den Juden vor allem anlässlich der Abbrennung der Synagoge [sic], wobei durch sein energisches, furchtloses Eingreifen nicht nur viele der letzten auf dem Lande erhalten blieben, sondern auch Leben und Eigentum der Juden mit Hilfe der von ihm beordneten Gendarmerie geschützt wurde. In welcher Weise er für die bedrohten Juden bei dem Pogrom in Wetter eintrat, geht eindeutig aus einem Schreiben der duagewanderten [sic] Frau Stern aus Amerika hervor [...].¹⁴⁰

Daher sei Seufer kein Aktivist nach § 7 und habe vielmehr Anspruch auf Anwendung von § 39 II, 4, des Befreiungsgesetzes.¹⁴¹ Die Spruchkammer attestierte ihm, *kein Nat.Sozialist innerer Überzeugung* gewesen zu sein, sah den *Erfolg seiner Arbeit* als *segensreich* an, weil sie *einen Mißgriff bei der Wahl seiner Mittel um ein Vielfaches aufhebt*. Dabei habe Seufer *nur das beste gewollt*. Nach Auffassung der Kammer musste er 1943 gar *die Ehrenkränkung erleben, daß er seiner Stellung als Vertreter des Landrats enthoben wurde*.¹⁴²

Wilhelm Kempf

Die Stellung des Vertreters des Landrats im Landkreis Marburg übernahm zum Jahresbeginn 1944 Wilhelm Kempf (*1900). Der Chef der Kreiskommunalverwaltung fungierte 1943/44 auch als *geschäftsführender Beamter der staatlichen Abteilung*.¹⁴³ Kempf stammte aus Treysa, wo sein Vater eine Buchdruckerei besaß. Kempf besuchte die Oberrealschule in Marburg und fing 1915 eine Ausbildung im Landratsamt Ziegenhain an. 1922 wurde er zur staatlichen

135 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 120–125RS.

136 Die Spruchkammer zählte nun sieben Belastungs- und 30 Entlastungszeugen, HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658.

137 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 124.

138 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 60–62.

139 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 118.

140 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 125.

141 Nach Artikel 39/II/4 fiel zu Gunsten des Entnazifizierten ins Gewicht die *nachweisbare wiederholte Förderung und Unterstützung von Opfern und Gegnern des Nationalsozialismus, sofern sie auf antinationalsozialistischen Beweggründen beruhte*; <<https://web.archive.org/web/20180817161208/http://www.verfassungen.ch/de/bw/wuerttemberg-baden/wuertt-b-befreiungsgesetz46.htm>> (abgerufen 15.6.2022).

142 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 125+RS.

143 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 138.

Abteilung am Landratsamt Marburg versetzt; 1926 wechselte er zur Kreiskommunalverwaltung, wo er zum Kreisausschussoberinspektor und 1929 – mit jungen Jahren – zum Kreisverwaltungsdirektor aufstieg.¹⁴⁴ 1927 schloss er die Ehe mit Gertrud Ludwig (1905–1966) aus Treysa; das Paar hatte vier Kinder.

Aus der nachnationalsozialistischen Zeit zurückblickend, nahm er eine unpolitische Haltung in Anspruch. Sympathien habe er für die Partei Hitlers nicht gehegt, da er den *Kampf der NSDAP gegen die Kreisausschufsverwaltung Marburg ab 1928* miterlebt habe, darunter die haltlosen Vorwürfe der NS-Presse (*Sturm, Westdeutscher Beobachter*) gegen Landrat Schwebel, den Kreisdeputierten Johannes Heinrich Nau u. a.¹⁴⁵ Dass er dennoch in die NSDAP eintrat, sei auf die Veranlassung des Landrats zurückzuführen.¹⁴⁶ So wurde er zum 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP,¹⁴⁷ wenngleich er laut Mitgliedsbuch *erst im Jahre 1936 aufgenommen* worden sei.¹⁴⁸ Ein Amt übernahm er erst zu Beginn der 1940er-Jahre: Als *Ersatzbeisitzer* war er *Vertreter des 1. Beisitzers am Kreisparteigericht, der gleichzeitig den Vorsitzenden zu vertreten hatte*. Auch schloss er sich im Juni 1933 der SA an, in der er sich von 1934 an als Verwaltungsscharführer betätigte. Bis 1939 war er zugleich förderndes Mitglied der SS und von 1936 bis 1943 im Reichskolonialbund engagiert, für den er sich als Geldverwalter einsetzte. In der Wehrmacht als bedingt kriegsverwendungsfähig (*bed. kv.*) gemustert,¹⁴⁹ war er wegen seiner Stellung im Verwaltungsapparat von der Kriegsteilnahme befreit.

Nach dem Regimewechsel belastete ihn vor allem sein Einsatz im Kreisparteigericht, außerdem seine Stellung in der SA. In seiner Klageschrift ging der öffentliche Kläger näher darauf ein. Demnach wurde Kempf im November 1933 zum SA-Mann, schon drei Monate später zum Sturmmann und im November 1934 zum Rottenführer befördert. Zum Scharführer stieg er im April 1935 auf, und später war er bis November 1935 *Verwaltungsführer bei der Standarte*, 1936 auch Fürsorgereferent, außerdem Pressereferent im Stab SA-Reserve Jäger 11. Überdies war er stellvertretender Leiter des Kreisverbands im Reichskolonialbund. Also habe er *mehrere Ämter [...]* zur Zufriedenheit der Partei ausgeübt und sich *voll und ganz für den Nationalsozialismus eingesetzt*.¹⁵⁰

Unter der Militärregierung wurde Kempf wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft zuerst entlassen, kehrte dann nach einer Woche an seine Arbeit zurück als *adviser* (Berater) des von der Militärregierung eingesetzten Landrats Oberregierungsrat Leo von Boxberger.¹⁵¹ Danach arbeitete er mit dem Vertreter der Militärregierung Captain M. J. Ludlow¹⁵² zusammen,

144 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 32.

145 Als *Hauptschreiber* machte Kempf Ludwig Peil aus Heskem und den Studenten Bergemann aus; HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 32RS, 33.

146 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 33RS.

147 Auf seinen Meldebogen gab er zwei Mitgliedsnummern an: Nr. 2828800, Bl. 4 f., u. Nr. 2828470, Bl. 2; letztere ist zutreffend, siehe HStAM, Best. 327/1, Nr. 113; Liste der Marburger NSDAP-Mitglieder, Pos. 663.

148 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 160.

149 HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. A 1816.

150 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 21+RS, 12. August 1947.

151 Dr. von Boxberger zeigte sich im Januar 1948 im Rückblick auf 1945 beeindruckt vom Sachverstand Kempfs: Sein *Ausscheiden* habe eine *kaum wieder auszufüllende Lücke erzeugt*; HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 102 f.

152 Ludlow gehörte dem Detachment F 1 C 2 an; HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 75.

der sich noch Mitte August 1945 für Kempf einsetzte, ehe dieser wegen seiner Tätigkeit im Parteigericht interniert wurde.¹⁵³ An ihn adressierte Kempf am 25. Juli 1945 seine 21-seitige Abhandlung mit der Überschrift *Die politische Lage Deutschlands*.¹⁵⁴ Kempf ging es hier darum, gegenüber der Militärregierung deutlich zu machen, dass das *deutsche Volk [...] in seinem Kern vom Nationalsozialismus unberührt geblieben* sei.¹⁵⁵ Die Abhandlung beginnt 1806, handelt über die Parteien, dann über Hitler und die deutsche Bevölkerung. Im dritten Abschnitt geht Kempf auf den *Krieg 1914–1918, die Inflation 1918–1923 und die Weltwirtschaftskrisis um 1930* ein.¹⁵⁶ Danach widmet er sich dem *Auftreten Hitlers*:

Seine politischen Ideen, auch sein Judenhass, sind von einem großen [...] Teil des deutschen Volkes nicht ernst genommen worden. Das deutsche Volk hatte und hat auch heute keinen Haß gegen die Juden. [...] Mag sein, daß es ihnen nach dem ersten Krieg dank ihrer größeren wirtschaftlichen Fähigkeiten besser ging als der Masse des Volkes. Dafür verloren aber viele von ihnen in der Wirtschaftskrise ihr Vermögen [...]. Der größte Teil des deutschen Volkes hielt deshalb die Agitation gegen die Juden für Wahlmache, die sich später schon geben würde. Hätte man bereits damals den Fanatismus Hitlers voll erkannt, dann wäre dieser Unterschätzungsfehler nicht gemacht worden.

Hitler bezeichnete Kempf als *Dämon*¹⁵⁷ und meinte, [e]in System wie das Hitler'sche, das auf Brutalität und raffinierter Verschlagenheit beruhte, konnte nur mit ähnlichen Mitteln bekämpft werden.¹⁵⁸ Im fünften Abschnitt seiner Abhandlung geht Kempf auf den *Krieg 1939–1945 und de[n] Untergang Hitlers* ein. Über den Widerstand bemerkt er: *Im Juli 1944 starteten deutsche Patrioten das Attentat gegen Hitler. Hieran sind viel mehr Deutsche beteiligt gewesen, als vermutet wird [...]*.¹⁵⁹ Enttäuscht zeigt sich Kempf über das Vorgehen *nach der Besetzung durch die Alliierten*. Die Deutschen hätten erwartet, dass Amtsträger bis zum Kreisleiter abwärts entmachtet, nicht dass die *letzte[n] kleine[n] Amtswalter* verfolgt würden. Die Deutschen seien nicht alle *an den nationalsozialistischen Ausschreitungen* schuldig, sie hätten von den Verbrechen an den Geisteskranken nichts gewusst, weil dies geheime Reichssache gewesen sei.¹⁶⁰ Die Ermordung der jüdischen Bevölkerung erwähnt Kempf hier nicht. Im Zusammenhang mit seinem NSDAP-Eintritt äußerte er aber: *Die politischen Parolen (z. B. in der Judenfrage) lehnte ich ab oder nahm ich nicht ernst*.¹⁶¹

Was die *Zukunft Deutschlands* anging, gibt er seiner Überzeugung Ausdruck, dass der fachlich geschulte Verwaltungsapparat erhalten bleiben müsse, die Beamten dürften daher nicht durch ehemalige KZ-Insassen ersetzt werden, denen *jede sachliche Eignung fehlt*.¹⁶²

153 Aussage der Studienrätin Johanna Bohnen, die 1945 als Dolmetscherin beim Landratsamt Marburg tätig war; HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 74.

154 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 75–86, 12. August 1947.

155 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 84. Seinen eigenen Worten fügte er noch Goethes Gedicht »An die Zukunft« hinzu; ebd., Bl. 86.

156 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 77RS.

157 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 80.

158 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 81.

159 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 81RS

160 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 82.

161 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 33.

162 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 83RS.

Kempff verteidigt in seiner Abhandlung *die deutsche Jugend*, denn *ein großer Teil habe innerlich dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber gestanden*.¹⁶³ Und er spricht sich für die ehemaligen einfachen NSDAP-Mitglieder aus. Zugleich nimmt der Beamte Stellung gegen den Kommunismus und Kollektivismus, macht sich Sorgen über die möglichen Absichten *Rußlands, der Russen, der slawischen Völker*.¹⁶⁴ Seine Abhandlung endet mit der Frage: Was soll aus Deutschland werden?¹⁶⁵

Von Ende August¹⁶⁶ bzw. von September 1945 bis Mitte November 1946 war Kempff im Lager Kornwestheim interniert. Gleich nach seiner Rückkehr übernahm Rechtsanwalt Dr. Müller-Eigner¹⁶⁷ seine Vertretung.¹⁶⁸ Er drängte die Spruchkammer Marburg-Stadt mehrmals, das Verfahren gegen seinen Mandanten beschleunigt durchzuführen.

Schon auf seinem in Kornwestheim ausgefüllten Meldebogen hatte Kempff angekündigt, er werde nachweisen, dass er seit 1943 der deutschen Widerstandsbewegung angehört, in diesem Sinn seine Kreisparteigerichtstätigkeit ausgeübt, als Beamter die gleiche politische Haltung eingenommen und gegen ihn und seine Frau 1944 beim Sondergericht Kassel ein Verfahren wegen Heimtücke *geschweht* habe und dass er vom SD (Sicherheitsdienst) überwacht wurde.

Am 1. Februar 1947 legte Kempff der Spruchkammer über seinen Anwalt seine umfangreiche Verteidigungsschrift vor.¹⁶⁹ Müller-Eigner merkte dazu an, dass sich sein Mandant schließlich *einen Nervenzusammenbruch zugezogen habe* und schlimmstenfalls den Mitläufern zuzuordnen sei. Im August 1947 wies er darauf hin, dass die Zugehörigkeit zum Parteigericht der NSDAP nur für Juristen nachteilig sei.¹⁷⁰

Unterdessen kam Ermittler Karl Müller (*1911) aufgrund der SA-Akten zu dem Schluss, dass Kempff am SA-Dienst kaum teilgenommen und versucht habe, auszutreten. Der Austritt erfolgte auf eigenen Wunsch mit Unterstützung des Landrats, möglicherweise im Zusammenhang mit Kempffs Heranziehung zum Parteigericht. Dort habe er – wie Müller vermerkte – *viele Fälle, gerade in politischer Hinsicht, niedergeschlagen. K. war im Komunalwesen [sic] gut durchgebildet und nur diese Tatsache brachte es mit sich, daß er die Vertretung als Landrat übernehmen mußte*.¹⁷¹

Kempffs Verteidigungsschrift für die Spruchkammer umfasste 27 Seiten in 20 Kapiteln sowie 31 Anlagen. Er geht hier ein auf seine Arbeit als Kreisbeamter nach dem Januar 1933 und auf seine Tätigkeit im Kreisgericht der NSDAP: 1940/41 vertrat Kempff auf Veranlassung

163 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 84.

164 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 84RS–85.

165 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 85RS.

166 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 43, 23. November 1946.

167 Dr. Helmuth Müller-Eigner (1892, München – 1957, Marburg), Rechtsanwalt und Notar; Studium in Marburg, Dezember 1918 vom Kriegseinsatz nach Marburg, Bahnhofstr. 25 (Eigner) kommend, 1921 Heirat mit Therese Eigner (*28. August 1893). Zu seiner politischen Biografie siehe auch Sarah WILDER, Alexander CRAMER u. Dirk STOLPER: Marburger Rathaus und Nationalsozialismus (Marburger Stadtschriften für Geschichte und Kultur 109), Marburg 2018, S. 348.

168 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 10, 23. November 1946.

169 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 13, 29–45RS.

170 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 18, 5. August 1947.

171 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 19, 9. April 1947.

Krawielitzkis¹⁷² zunächst den 2. ordentlichen Beisitzer Heinze,¹⁷³ 1942 den 1. Beisitzer Bingel¹⁷⁴ und dann dessen Stellvertreter Dr. Eicker.¹⁷⁵ Er versichert, er habe sich danach wiederholt bemüht, sich der Tätigkeit im Kreisparteigericht zu entziehen, sei nur *Ersatzbeisitzer* gewesen, und politisch angegriffene Beamte habe er vor nachteiligen Folgen bewahrt.¹⁷⁶ Auch habe er sich 1933 für den damaligen Kreisausschussesekretär Jakob Schrodtt eingesetzt, der trotz vorheriger Mitgliedschaft in der SPD nicht nur im Amt bleiben durfte, sondern später mit Kempfs Hilfe befördert wurde;¹⁷⁷ ebenso half er dem Angestellten Wilhelm Junker (*1894) in Marbach.¹⁷⁸

Überhaupt seien nur zwei Beamte aufgrund des nichtpolitischen Teils des NS-Berufsbeamtengesetzes in den Ruhestand versetzt worden: Kreisausschussoberssekretär Friedrich Kranz¹⁷⁹ in Marburg und Stadtparkassenrendant Ernst Wingensfeld (*1893) in Amöneburg.¹⁸⁰ Unter den hauptamtlichen Bürgermeistern sei nur Dr. Bicker in Neustadt betroffen gewesen.¹⁸¹ Kempf habe jedoch den *Abbau* der Stadtbürgermeister in Kirchhain, Rauschenberg und Wetter verhindert. Von 121 ehrenamtlichen Bürgermeistern im Kreis seien nur sechs abgesetzt worden,¹⁸² und seit dem Einmarsch der US-Armee habe er sich dafür stark gemacht, 1933 ausgebootete Amtsträger wieder in ihre früheren Posten einzusetzen.¹⁸³ Zudem habe er

172 Hans Krawielitzki war – wie anhand der NSDAP-Zentralkartei (»Master File«) ermittelt wurde – seit dem 16. Februar 1938 *Vorsitzender of Kreisgericht* [Kreisparteigericht] *Marburg/Lahn*; BArch KO, Best. Z 42, Nr. IV-1527, Bl. 6RS (13).

173 Friedrich (Fritz) Heinze (1874–1942), Lehrer, Oberlehrer, schließlich Studienrat an der Städt. Oberrealschule, 1916 zum Militärdienst nach Schmalkalden, Vorsitzender des Alldeutschen Verbands in Marburg, 1930 NSDAP-Eintritt (Nr. 259004), von 1933 an Kreisobmann des NSLB. Zu seiner politischen Biografie siehe auch WILDER, CRAMER u. STOLPER: *Rathaus* (wie Anm. 167), S. 336.

174 Zur politischen Biografie des Bankangestellten Wilhelm Bingel (1897–1966) siehe WILDER, CRAMER u. STOLPER: *Rathaus* (wie Anm. 167), S. 321 f.

175 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 34. Zahnarzt Dr. Karl Eicker (1902, Düsseldorf – 1965, Marburg), Studium in Marburg, frühzeitig zur NSDAP (Nr. 437910), 1941 nach Weimar zur Luftwaffe; März 1945 nach Marburg zurückgekehrt, wohnte er im Spiegel Lustweg 22 beim Tapetenfabrikanten Bertram Schaefer; 1948 entnazifiziert in Gruppe III der Minderbelasteten mit Bewährung. Zu seiner politischen Biografie siehe auch WILDER, CRAMER u. STOLPER: *Rathaus* (wie Anm. 167), S. 331.

176 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 34RS–35RS.

177 In der Verhandlung äußerte Schrodtt, dass seine Entlassung 1933 bevorstand: *Nur Herr Kempf hielt mich*. HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 174.

178 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 35RS, siehe auch Bl. 98 u. 150.

179 Friedrich Kranz (1885, Bebra – 1955, Marburg), Verwaltungsbeamter; der Kreiswohlfahrtsinspektor, gegen den bis 1933 ein Disziplinarverfahren wegen Veruntreuung amtlicher Gelder gelaufen war, wurde deswegen in den Ruhestand versetzt.

180 Ernst Wingensfeld erhob Vorwürfe gegen Kempf im Zusammenhang mit einer Neuorganisation bei der Kreisparkasse, bei der er zum 1. Februar 1936 aufgrund § 6 des Berufsbeamtengesetzes in den Ruhestand versetzt wurde; HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 100–101, 129+RS.

181 Siehe HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 99, Erklärung von Volkswirt Dr. Friedrich Bicker, Fulda, über seine Amtsenthebung 1933 in Neustadt.

182 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 36RS.

183 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 37. Kempf nannte die Bürgermeister Johannes Bieker in Michelbach, Heinrich Schnabel (*1880) in Fronhausen und Johannes Battenfeld in Moischt. Zu Letzterem siehe Klaus-Peter FRIEDRICH: *Das hessische Dorf Moischt im Nationalsozialismus*, Juni 2022, <https://static.werdenktwas.de/domain/63/fs/Dialog_und_Vielfalt/MoischtimNS_DARSTEL-LUNG_2022_6_7_fertig.pdf> (abgerufen 15.6.2022).

den langjährigen Kreisdeputierten Johannes Heinrich Nau aus Beltershausen geschützt, der im Kreisausschuss zunächst als Mitglied der DDP, später für *eine linksgerichtete Bauernbewegung* tätig gewesen sei. Als angeblicher Kommunist¹⁸⁴ war er 1933 *mehrere Monate im Gefängnis in Marburg*. Er sei nach dem 20. Juli 1944 nicht erneut verhaftet worden.¹⁸⁵ Mit Seufer sei Kempf sich damals einig gewesen, keine Namen nach oben zu melden, daher sei aus dem Kreis (ohne die Stadt Marburg) keiner verhaftet worden.¹⁸⁶ Auch Siebecke habe Kempf 1943 dem Landrat gegenüber als politisch unbedenklich bezeichnet, daher war er 1944 auf Kempfs Verantwortung halbtags im Landratsamt tätig.¹⁸⁷ In seiner abschließenden Stellungnahme zur NSDAP bekannte Kempf, er habe nie ein gutes Verhältnis zu ihr gehabt. Daher habe er 1937 seinen ältesten Sohn davor bewahrt, der Empfehlung seiner Schule an eine nationalsozialistische Eliteschule – die Napola Oranienstein in Diez – Folge zu leisten.¹⁸⁸

Um den Schutz politischer Gegner der NSDAP habe Kempf sich auch im Kreisparteigericht bemüht:¹⁸⁹ Er habe die Verfahren gegen die Betroffenen NSDAP-Mitglieder stets *zu ihren Gunsten* erledigt, darunter Kurt Hilgendorf (*1913), der verbreitet hatte, *Göring sei erschossen*, und daraufhin vom Finanzamt fristlos entlassen worden war; Lehrer Wilhelm Herr in Rossdorf, dem Kempf in einem Streit mit dem NSV-Kindergarten 1942 beistand; Heinrich Fischer, kaufmännischer Leiter und Betriebsobmann der Sprengstofffabrik in Allendorf, den ein entlassener Angestellter – Heinrich Laukel – denunziert hatte, weil er gegen den Hitlergruß sei.¹⁹⁰ Bei dem Vorarbeiter Thielmann, *Pg. vor 1933*, der *von einem polnischen Spitzel* wegen Defätismus denunziert worden war, habe Kempf, da der Angeschuldigte bereits einige Wochen KZ-Haft hinter sich hatte, dies *auf die lange Bank* geschoben.¹⁹¹ Auch dem Angestellten des Arbeitsamts Kirchhain Anton Ochs,¹⁹² der im Februar 1943 aus der NSDAP ausgeschlossen und im KZ Oranienburg gewesen war, weil er ein Liebesverhältnis mit einer Polin gehabt hatte, habe er geholfen.¹⁹³ Desgleichen dem Postinspektor Alexander Allie (1878–1949) in Marburg, der sich *in einer besonders schwierigen Lage befand*. Seine Tochter Elisabeth¹⁹⁴ war schwanger vom Sohn einer christlichen Münchnerin und eines von

184 Nau hatten die Rechtsextremen den Beinamen *Kommunisten-Hannes* verpasst; HHStAW, Best. 520/27, Nr. 17803, Bl. 65+RS (Spruchkammerverfahren von Martin Cloos, Moischt).

185 Lehrer Jakob Römer aus Marbach äußerte später in dem Verfahren: *Mit Herrn Nau war [Kempf] immer sehr kollegial zusammen, obzwar dieser doch kommunistisch eingestellt war nach seiner Reise nach Rußland*. HHStAW, Best. 520/27, Nr. 17803, Bl. 179RS.

186 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 37RS. Wie oben geschildert, schrieben sich dies in ihren Spruchkammerverfahren auch Seufer und Krawielitzki zugute.

187 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 38.

188 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 43RS–44.

189 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 38RS.

190 Fischer dankte Kempf für dessen Unterstützung, ebd., Bl. 63.

191 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 39RS.

192 Anton Ochs (*1898) war 1933 in die NSDAP eingetreten (Nr. 2832451).

193 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 39RS, siehe auch Bl. 64, 148, 173RS, 178. Demnach erhielt Ochs nach seiner Rückkehr sogar eine *finanzielle Beihilfe*.

194 Elisabeth Allie (*1918, Oberlistingen Kreis Kassel), Zeichnerin; sie hielt sich 1935 in Kassel, 1937/38 in Stuttgart, 1939 in Augsburg, 1941 in Stuttgart und 1943/44 in München auf, im Aug. 1944 wieder bei den Eltern in Marburg, Violastraße 12; Januar 1945 Geburt der Tochter Ines Angelika Allie, die seit 9. Juni

den Nationalsozialisten als Juden verfolgten Professors,¹⁹⁵ der im KZ Theresienstadt ein-
saß. Allie's Tochter hatte ihren Verlobten in der elterlichen Wohnung untergebracht, wurde
denunziert, woraufhin Lorenz Hermann Cosmann ins KZ verschleppt wurde.¹⁹⁶ Kempf er-
sann als Ausweg, dass Allie wegen seines Gewissenskonflikts um die *Entlassung aus der Partei*
nachsuchen sollte.¹⁹⁷

Der Kreisvollzugsbeamte Reinhold Rau (*1878) aus Biedenkopf sagte über die Zustände
im Landratsamt von 1929 an und über die Verhaftung seines Sohns Dr. Kurt Rau aus,¹⁹⁸ wel-
cher der Schwarzen Front¹⁹⁹ angehörte. Er gab folgende Erklärung ab:

*Es war Herrn Kempf bekannt, daß in dem Fremdenheim der Frau Maria Schild, Schwanallee 17,
der geheime Treffpunkt vieler Antifaschisten war, daß ich mich dort mit Johannes Nau traf, daß
dort die jüdischen Nachbarn (Rabbinerhaus) eine geheime Zufluchtsstätte hatten. Herr Kempf
wußte dies alles, aber er schwieg.*²⁰⁰

Seufer äußerte in seinem Spruchkammerverfahren, dass Kempf sein Nachfolger in der
Stellvertretung des Landrats wurde, weil er ein Amt im Parteigericht innehatte.²⁰¹ Kempf
konnte hingegen belegen, dass er seinem Vorgesetzten, dem Landrat Hans Krawielitzki,
am 20. März 1945 seine Abmeldung vom Kreisgericht (aus gesundheitlichen Gründen²⁰²)
schließlich schriftlich erklärt hatte;²⁰³ er konnte belegen, niemals *Kreisamtsleiter* des Kreisge-
richts gewesen zu sein.²⁰⁴

1945, als die Eltern heirateten, den Namen Cosmann führte; März 1946 zogen Mutter und Tochter nach
München.

195 Der Physiker Oskar Cosmann vom Dahlemer Kaiser-Wilhelm-Institut wurde 1937 von seiner Ehefrau,
der Zahnärztin Margarete Cosmann, geschieden. Er wurde in Auschwitz ermordet.

196 Lorenz Cosmann floh im August 1944 aus einem Zwangsarbeitslager für »Halbjuden« zu seiner Freun-
din nach Marburg, wo er festgenommen und im Dezember 1944 ins Arbeitserziehungslager Breitenau
gebracht und nach abermaliger Flucht in einem Außenlager des KZ Buchenwald inhaftiert wurde; in
den 1960er-Jahren zog er in die DDR. Ich danke Herrn Dr. Andreas Eichmüller vom NS-Dokumentati-
onszentrum München für diese Hinweise. Zu Cosmanns Vita siehe den Abschnitt »Häftling Cosmann
Lorenz« in <[http://www.tenhumbergreinhard.de/1933-1945-lager-1/1933-1945-lager-g/guxhagen-
kloster-breitenau.html](http://www.tenhumbergreinhard.de/1933-1945-lager-1/1933-1945-lager-g/guxhagen-
kloster-breitenau.html)> (abgerufen 15.6.2022), über seinen späteren Lebensweg informiert: Spiona-
ge. Kennwort Georg, in: Der Spiegel, Nr. 47 vom 21. November 1950, S. 8–10.

197 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 40. Lorenz Cosmann hatte Elisabeth Allie *einige tausend* Reichs-
mark übergeben, die vergraben wurden. Kempfs Rat galt insofern als unzulässig, weil *während* eines
Ausschlussverfahrens niemand aus der NSDAP austreten durfte; ebd., Bl. 148 f.

198 Dr. Kurt Rau (*1908), Jurist, 1933 Promotion an der Universität Heidelberg.

199 Die Schwarze Front, eine nationalsozialistische Kleinpartei in der Weimarer Republik, ging aus der
sozialrevolutionären Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten hervor, die sich selbst als
antiparlamentarischer Kampfbund definierte. Sie wurde angeführt von Otto Strasser (1897–1974).

200 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 132 f., 21. Februar 1948.

201 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4658, Bl. 89, 27. Januar 1948.

202 Siehe auch Dr. Rambeaus Erklärung über Kempfs schlechten Gesundheitszustand, HHStAW, Best. 520/27,
Nr. 5507, Bl. 73.

203 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 51.

204 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 52 f.

Verwaltungssekretär Heinrich Schmitt,²⁰⁵ der zwischen 1927 und 1939 in der kommunalen Abteilung tätig war, bestätigte, dass Kempf die Arbeit im Kreisparteigericht auf Anweisung von Landrat Krawielitzki, der im Kreisparteigericht den Vorsitz innehatte, habe übernehmen müssen.²⁰⁶ Der Kirchhainer Rechtsanwalt Georg Pfeiffer versicherte, dass Kempf sich Anfang 1944 beim Landrat um Entpflichtung vom Kreisparteigericht bemüht hatte.²⁰⁷

Was seine SA-Ämter anbetraf, beteuerte Kempf, *niemals an ungesetzlichen Handlungen oder Aktionen gegen politisch und rassistisch Andersdenkende [sic] teilgenommen* zu haben. Er schloss sich im Frühjahr 1933 dem für ältere Mitglieder neu geschaffenen SA-Reservesturm an, wurde 1934 zur *damals eben gegründeten SA Res.Standarte J 11 abkommandiert*, hatte für ein halbes Jahr das Amt des Geldverwalters inne, ehe dies ein Verwaltungsführer übernahm und die Reserve-Einheit Ende 1935 wieder aufgelöst wurde. Als *Verwaltungsscharführer* sei er wegen mangelnder Dienstauffassung von der SA-Führung abgemahnt worden, ehe die SA ihn 1941 auf Antrag entließ.²⁰⁸

Seine *Zugehörigkeit zur Deutschen Widerstandsbewegung* begründete Kempf damit, dass Dr. Rambeau²⁰⁹ seit 1930 sein Hausarzt war, dem 1933 als vermeintlichem Kommunisten die *Kassenpraxis entzogen* worden sei. Kempf war sich demnach mit ihm *in der Ablehnung des Hitlerregimes* einig. Im Herbst 1943 habe ihm Rambeau offenbart, dass sich eine deutsche Widerstandsbewegung gebildet habe, und er habe Kempf gefragt, ob sie auf ihn zählen könne.²¹⁰

Nachdem Kempf und seine Ehefrau Gertrud Zweifel an der Geldwertstabilität unter dem Nationalsozialismus geäußert hatten, vernahm Kriminalsekretär Matthäi Letztere in Marburg; das in Kassel eingeleitete *Sondergerichtsverfahren* führte zu nichts.²¹¹ Seine Überwachung durch den SD belegte Kempf überdies mit einer Mitteilung von Inspektor Block vom Arbeitsamt,²¹² der ihm im April 1945 offenbart habe, dass SS-Obersturmführer Müller,

205 Heinrich Schmitt (1902, Sindelsfeld – 1986, Marburg), Verwaltungssekretär; kath., Januar 1933 Umzug von Kirchhain nach Marburg, später Kriegsteilnahme, Mai 1945 Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft, August 1946 bei der Entnazifizierung der Gruppe IV (Mitläufer) zugeordnet.

206 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 7, 5. November 1946.

207 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 54.

208 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 41. Sturmführer Steih vom Sturm 3/J 11 ermahnte Scharführer Kempf am 31. Dezember 1937 zur Teilnahme am SA-Dienst, andernfalls er ihm empfehlen müsse, ein *ehrenvolles Ausscheiden aus der SA. zu beantragen*; ebd., Bl. 66. Nachdem Kempf am 8. September 1941 den Antrag gestellt hatte, erfolgte die Entlassung durch Standartenführer Lok am 16. Oktober 1941; ebd., Bl. 67.

209 Zur politischen Biografie des Arztes und Homöopathen Dr. Victor Rambeau (1897–1962) siehe WILDER, CRAMER u. STOLPER: Rathaus (wie Anm. 167), S. 352 f.

210 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 41RS.

211 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 42, 157 f. Kempf gibt als Aktenzeichen »24/d 1944« an. Die Überlieferung des Sondergerichts Kassel ist durch Kriegseinwirkungen im Zweiten Weltkrieg weitgehend verloren gegangen.

212 Konrad Block (1899–1983), Angestellter des Arbeitsamts, SPD-Mitglied, Gewerkschafter, 1937 NSDAP-Eintritt, 1945 – Juni 1946 im Internierungslager Darmstadt, 20. Februar 1947 von Spruchkammer Marburg-Land den Entlasteten zugeordnet.

der Leiter des SD in Marburg, im Jahr 1943 in einer Unterredung mit dem Leiter des Arbeitsamts Dr. Donnerhack²¹³ erklärt habe:

*Sehen Sie sich nur den Landrat Krawielitzki an. Was hat der für Leute um sich. Da ist z. B. der Verwaltungsdirektor Kempf. Von dem weiß ich positiv, daß er Äußerungen getan hat, die beweisen, daß er auf der anderen Seite steht.*²¹⁴

Von der Kammer erwartete Kempf, dass sie sein *ehrlisches Ringen* würdigen und ihm am *Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten* gestatten werde.²¹⁵ Dazu fühlte er sich nun wieder in der Lage, nachdem er sich noch Anfang 1945, schwer erkrankt, zur klinischen Behandlung nach Frankfurt am Main begeben hatte.²¹⁶ Der einflussreiche Präsident des Deutschen Landkreistages Heinrich Treibert (1898–1974), dem Kempf *seit unserer Jugend bekannt* war, unterstützte dieses Ansinnen; er empfahl in Kempf einen *anerkannten tüchtigen Verwaltungsbeamten*.²¹⁷

Jene, denen Kempf zwischen 1933 und 1945 hatte behilflich sein können, dankten ihm nun für diese Unterstützung. Das Anlagenverzeichnis mit 31 Dokumenten²¹⁸ listete etliche Bescheinigungen von Demokraten auf, die nun einen guten Ruf hatten, darunter Heinrich Waldschmidt aus Cappel (SPD), Johannes Erb (SPD-Mitglied seit 1890), Wilhelm Linker, ehemaliger Bürgermeister von Neustadt, Johannes Gnau, Mitglied der Liberal-Demokratischen Partei (LDP), Kreisausschussmitglied und Beisitzer der Spruchkammer Marburg-Land, und der mittlerweile pensionierte Regierungsoberbauinspektor Karl Nödel.²¹⁹ Auch Dr. Rambeau versicherte, dass Kempf *seine Parteizugehörigkeit nur gebraucht hat, um die Gegner des dritten Reiches gegen die Verfolgungen der Nazis zu schützen*.²²⁰ Er hielt ihm zugute, dass er 1933 ihm, seinem Hausarzt, treu geblieben sei, als er wenige Patienten hatte.²²¹

Kreisbauernschaftsvorsteher Johannes Heinrich Nau erklärte am 15. April 1945, er habe seinerzeit dem Landrat vorgeschlagen, den Demokraten Kempf zum Leiter der kommunalen Abteilung zu machen. Seinen NSDAP-Beitritt 1933 sah er Kempf nach: Dass er im Amt blieb, *erwies sich für uns alle während der Zeit des Nazismus als ein Segen [...]. Herr Kempf hat viele Leute vor dem Zuchthaus oder dem Konzentrationslager gerettet [...]*.²²² Der in der LDP politisch engagierte Lehrer Jakob Römer (1888–1978) hielt Kempf zugute, dass

213 Dr. Herbert Donnerhack (*1905, Berlin), Jurist; 1933 Promotion an der Philipps-Universität, 1954 Berufsrichter am Hessischen Landessozialgericht, nach der Pensionierung ehrenamtlicher Vorsitzender im Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen.

214 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 42RS, siehe auch Erklärung Blocks ebd., Bl. 71, 3. Dezember 1947.

215 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 44

216 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 43.

217 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 17, 21. Juli 1947.

218 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 45–45RS.

219 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 46–50.

220 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 70.

221 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 179RS.

222 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 57. Kempf ließ 1944 einen Artikel aus der Illustrierten *Roter Stern* von ca. 1929 mit dem Bild »Deutsche Bauerndelegation vor ihrer Abreise in die Sowjet-Union«, auf

er gleich 1945 den Wiederaufbau demokratischer Einrichtungen unterstützte.²²³ Kreisinspektor Schrodt bescheinigte ihm, dass er mit ihm *politische Unterhaltungen* geführt habe, und *hierbei hat er sich aufs schärfste gegen die Hitler'sche Innen- und Außenpolitik ausgesprochen und insbesondere den Krieg und das Vorgehen gegen die Juden als Wahnsinn und Verbrechen bezeichnet*.²²⁴ Kreisinspektor Ludwig Will,²²⁵ Kempfs engster Mitarbeiter, konnte dies bestätigen: Kempf habe den Zweiten Weltkrieg als *Wahnsinn und fürchterliches Hasardspiel* bezeichnet.²²⁶

Dr. Wilhelm Bach schrieb in seiner Stellungnahme für den Landrat vom 16. Juni 1945, Kempf sei unter den Gegnern des Nationalsozialismus bekannt gewesen als *die Stütze aller Gegner des Naziregimes im Kreisgebiet Marburg*, gleichzeitig war er *Krawelitzky* [sic] und dem Regime als Verwaltungsfachmann *unentbehrlich*. Bach kennzeichnete ihn als [k]lare[n], *eindeutig freiheitlich demokratisch ausgerichtet[e] Charakter [und] [...] ein[en] Gegner des Nazismus: Dessen Sturz hat er jahrelang herbeigesehnt und an seinem Untergang im Stillen seit langem intensiv mitgearbeitet*.²²⁷ In der öffentlichen Verhandlung äußerte Bach, Kempf *war nie ein überzeugter Nationalsozialist [...]. Über Krawilitzky* [sic] *habe er einmal geäußert: »Da setzen sie uns nun ein solches Würstchen hin als Landrat und auf uns liegt die ganze Last!*«²²⁸

Ludwig Seufer verfasste im Januar 1947 ein *Politisches Zeugnis* für Kempf, den er für linksorientiert hielt: Sie hätten gemeinsam Nau geholfen und sich 1933 für SPD-Mitglieder eingesetzt. Kempf habe die Verfolgung von Verdächtigen nach dem Anschlag vom 20. Juli 1944 vereitelt, habe polnische Arbeiterinnen unterstützt, habe Siebecke eingestellt und die Beschäftigung von August Eckel²²⁹ als Lehrer ermöglicht. Mit Seufer zusammen verneinte Kempf im Disziplinarverfahren gegen Stadtinspektor Heinrich Reith²³⁰ dessen politische Bedeutung, und 1944 hätten sie gemeinsam den Einsatz jüdischer Menschen

dem Nau zu sehen war, aus den Akten verschwinden; ebd., Bl. 37, 57RS und 74, Aussage der Studienrätin Johanna Bohnen (*1908), die 1945 als *Dolmetscherin beim Landratsamt Marburg* tätig war.

223 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 106.

224 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 56. Schrodt hatte sich am 1. Mai 1937 der NSDAP angeschlossen.

225 Ludwig Will (1898, Hassenhausen – 1950, Wehrda bei Marburg), Verwaltungsbeamter; verheiratet mit Elisabeth Koch (*1906), zwei Kinder; 1912–1929 Angestellter im Landratsamt, 1925 zum VDA (1940/41 Beiträge einkassiert), 1933 zur NSDAP (Nr. 2228889) und zum RDB, später auch zur NSV und zum RKB; von 1934 an als Kreisausschussobersekretär mit den Haushalts- und Rechnungssachen der Kreisverwaltung befasst, 1937 Kreisinspektor; 25. September 1946 als Mitläufer entnazifiziert und mit Geldsühne von RM 500 belegt.

226 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 95–97.

227 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507., Bl. 90+RS. Auf ganz ähnliche Weise äußerte sich Bach über Seufer, s. o., S. 229.

228 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 175.

229 Zur politischen Biografie des Lehrers und späteren Marburger Landrats August Eckel (1896, Willersdorf – 1978, Marburg) siehe WILDER, CRAMER u. STOLPER: Rathaus (wie Anm. 167), S. 331.

230 Heinrich Reith (1889, Kirchhain – 1963, Marburg), Verwaltungsbeamter; 1916 Heirat mit Anna Tony geb. Frank (*1889, Wanfried), ein Sohn, 1940 geschieden; Stadtinspektor in Kirchhain, 3. April 1945 von der US-amerikanischen Militärregierung als Bürgermeister eingesetzt, März 1946 einstimmig gewählt, Mai 1947 Heirat mit Anna Lorenz (1922–1965), 2 Kinder; im Juni 1948 bei Bürgermeisterwahl unterlegen, 1951 Umzug nach Marburg; Dieter PELDA: Chronik der Stadt Kirchhain 1945–2001 mit Beiträgen zu ihrer Geschichte, Kirchhain 2002, S. 539.

aus Ungarn beim Straßenbau und bei der Holzabfuhr abgelehnt. 1945 habe er dann zusammen mit Arthur Ringleb (1895–1980), dem Direktor des Werks der Dynamit Aktien Gesellschaft (DAG) in Allendorf, die Sprengung desselben verhindert.²³¹

Dass das Gerede darüber, was mit den Deportierten geschehen war, ihm Sorgen bereitete, ist einem dreiseitigen Stimmungsbericht Kempfs für den Kreisleiter zu entnehmen. In dem am 12. September 1944 verfassten, defätistisch anmutenden Bericht heißt es:

*An allgemeinen politischen Fragen werden im Volke z. Zt. wieder stärker erörtert: die Frage, ob dieser Krieg unvermeidlich war und die Judenfrage, letztere auch in dem Sinne, was aus den seinerzeit nach dem Osten zur Arbeitsleistung verlegten deutschen Juden geworden ist. Hierüber scheinen abenteuerliche Gerüchte umzulaufen. Möglicherweise hat auch die Hereinnahme ungarischer Juden zur Arbeitsleistung zum Wiederaufleben diese Fragen beigetragen. Es wäre empfehlenswert, wenn die Propaganda durch Veröffentlichung der Wahrheit diesen Gerüchtebildungen entgegenträte.*²³²

Die öffentliche Verhandlung unter Vorsitz von Regierungsrat Dr. Schilling²³³ wurde für den 23. Februar 1948 angesetzt. Als öffentlicher Kläger war Johannes Hilberger²³⁴ tätig, als Beisitzer fungierten Dietrich Scherer und Heinrich Peter (SPD), Oskar Weyer (CDU) und Otto Dula (LDP).²³⁵

Die Spruchkammer würdigte, dass Kempf beim Eintritt in die NSDAP sich vorgenommen habe, deren Programm Widerstand zu leisten, und dass er dieser *ethischen und sittlichen Verpflichtung treu geblieben* sei. Dabei habe er *sowohl in seinen dienstlichen als auch in seinem privaten Bereich die Gewaltmethoden und Ungerechtigkeiten des Nationalsozialismus aufs wirksamste bekämpft*, habe am *Schicksal wehrloser Opfer [...] stets eine warme und ritterliche Teilnahme gezeigt und leistete gerade hier als lauterer und aufrichtiger Charakter aller Rechtsbeugung von seiten des Nationalsozialismus Widerstand*.²³⁶ Für ihn sprach überdies, dass er nur drei alte

231 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 59, 10. Januar 1947.

232 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 87.

233 Dr. Wilhelm Schilling (1910, Hagen – 1965, Marburg), Geschichtsstudium in Bonn, 1938 Promotion aufgrund einer Dissertation über Paul de Lagarde; als kath. Gegner des Nationalsozialismus, dem Habilitation verwehrt war, begann er Jura zu studieren, 1941 im besetzten Polen stationiert, 1943 für wehruntüchtig befunden, August 1944 Inhaftierung, am Jan. 1945 zum Tod verurteilt, 5. April 1945 durch US-Amerikaner befreit, 1946 Assistent an der Universität Marburg, von Mai 1946 bis 1949 Vorsitz in der Spruchkammer Marburg, CDU-Mitglied, Jan. 1948 in Stockheim Heirat mit der Ärztin Sidonie Fassl geb. Pozzi (1914–2004), zwei Söhne; 1952–1958 Bürgermeister von Marburg als Vertreter des Oberbürgermeisters Georg Gaßmann, Januar 1965 geschieden.

234 Johannes Hilberger (1900, Marburg – 1976, Darmstadt), Maschinenbauingenieur; 1931/32 Gasthörer an der Philipps-Universität, 1931–1935 selbstständig, dann in der Industrie bei Askania in Dresden, 1938–1945 bei der Krefft AG in Gevelsberg, danach bei den Stadtwerken Marburg, 1946–1948 öffentlicher Kläger der Spruchkammer Marburg-Stadt.

235 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 109.

236 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 143, 166.

Kämpfer der Hitler-Bewegung eingestellt habe: Aumüller,²³⁷ Weisbrod²³⁸ und einen Mann namens Sauer,²³⁹ welcher der Luftschutznachtwache angehörte.²⁴⁰

Die Spruchkammer nahm ausführlich Stellung zu den entlastenden Momenten in Kempfs Tätigkeit im Parteigericht, darunter auch zu dem Nachtrag zu seiner Verteidigungsschrift, den Kempf am 10. Januar 1948 vorgelegt hatte. Demnach wirkte er an dem Verfahren gegen den Halsdorfer Bauern Adolf Westermann²⁴¹ und seine Frau Elise²⁴² mit, die von ihrem Hof Eier und andere Lebensmittel an *Frau Professor Reisser*²⁴³ [sic] frei verkauft hatten. Kempf kannte die damals fast 70-jährige Frau Reissert persönlich und habe erreicht, dass *der Verkauf an eine Jüdin nicht strafverschärfend behandelt wurde*. Während Westermann, der zugleich Ortsbauernführer war, nur mit einem Verweis davonkam, habe Kempf Julie Reissert vor den Folgen ihres Eierhandels bewahrt und verhindert, dass *die Jüdin selbst in das Verfahren [...] hineingezogen wurde*.²⁴⁴ Tatsächlich war Adolf Westermann 1941 von einem Ordnungsstrafverfahren wegen Verstoßes gegen die Verbrauchsregelungsverordnung betroffen gewesen, und das Ernährungsamt beim Oberbürgermeister von Marburg hatte Adolf und Elise Westermann Ende Februar 1941 eine Geldstrafe über RM 100 auferlegt, denn ihnen sei bekannt gewesen, dass Frau Reissert Jüdin war. Während Elise Westermann die Strafe zahlte, legte ihr Ehemann mit Hilfe des Marburger Anwalts Hans Herrmann Einspruch ein. Dessen Strafbescheid hob das Amtsgericht Marburg dann im Mai 1941 auf: Es gebe keine Bestimmung, nach welcher der Eierverkauf *an eine Familie, in der die Frau Jüdin ist, irgend welchen Beschränkungen unterworfen sei*, außerdem war nicht der Bauer, sondern allein dessen Ehefrau

237 Karl Aumüller (1909, Marburg – 1943, Paliki bei Smolensk), 1929/30 Medizinstudent, frühzeitig NSDAP-Mitglied (Nr. 454929), 1930 nach Mornshausen, 1934 nach Marburg, 1935 von Lohra nach Wenkbach, Kriegstod als Hauptmann der Wehrmacht.

238 Heinrich Weisbrod (*1912, Friedelhausen), Finanzbeamter; 1. April 1930 NSDAP-Eintritt (Nr. 218095), Zellenleiter, und SA-Eintritt, Sturm 15/J 11, 1937 Truppführer, zur NSV, 1938 zum RDB; 1932 zog er nach Wenkbach, vom 1. Oktober 1933 an Angestellter der Marburger Kreisverwaltung (mit Gehalt ab August), 1937 Wechsel zur Reichsfinanzverwaltung, 1938 Steuerassistent, von 1940 an Kriegseinsatz, dann bis Nov. 1948 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, 1949 Nutznießer der »Heimkehrer-Amnestie«, von 1952 an wieder im Finanzamt tätig.

239 Vermutlich Karl Sauer (1912, Ockershausen – 1945 vermisst und für tot erklärt), Friseur, Eisenbahner; frühzeitig NSDAP-Mitglied (Nr. 622744), 1934 zeitweise in Arolsen, 1935/36 zeitweise in Frankfurt, dann wieder bei der Mutter, Hohe Leuchte 3, 1941 Heirat mit Katharina Dersch und Umzug nach Caldern Nr. 14, 2 Kinder, später in Marburg, Rotenberg 26.

240 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 144. Später sagt Will aus, dass Kempf *einmal zwei alte Kämpfer eingestellt* habe, von denen einer *an das Finanzamt abgegeben* wurde; wie Kempf hinzufügte, *mußten* [sic] *eingestellt werden*; ebd., 174RS–175.

241 Adolf Westermann (*1899, Hundshausen Kreis Fritzlar), Landwirt, Erbhofbauer; 1931 NSDAP- und SA-Eintritt.

242 Elise Westermann geb. Wiegand (*1897, Halsdorf), Erbhofbäuerin; 1932 NSDAP-Eintritt.

243 Julie Reissert geb. Levy (1871–1953), wie schon ihre Eltern evangelisch, entstammte einer Berliner jüdischen Familie, seit 1889 Ehefrau des Chemikers Arnold Reissert (1860, Powayen/Ostpreußen – 1945, Marburg), Regierungsrat a. D., der von 1888 an als Privatdozent in Berlin und von 1902 an als Professor der Universität Marburg tätig war.

244 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 149 f. Der damalige Landrat hielt sich vor dem Spruchgericht Bielefeld ebenfalls zugute, 1942 und 1944 zwei Anzeigen *gegen die Jüdin* Julie Reissert nicht weitergeleitet zu haben; BArch KO, Best. Z 42, Nr. IV-1527, Bl. 114–116, Pos. 46, auch Bl. 80RS.

damit befasst.²⁴⁵ Die Aussage von *Julie Sara Reissert* zeugt übrigens von den langjährigen, über das Geschäftliche hinausgehenden guten Beziehungen zwischen der Professorengeatin und dem Halsdorfer Bauernpaar.²⁴⁶ Professor Reissert musste eine Ordnungsstrafe von RM 500 entrichten, außerdem wurden aus der Reissert'schen Speisevorratskammer auch solche Nahrungsmittel polizeilich beschlagnahmt, die rechtmäßig auf Karten erworben worden waren.

Die Marburger Spruchkammer stellte fest, dass Kempf *energischen Widerstand* leistete *gegen alle das Recht vergewaltigende[n] nationalsozialistische[n] Anordnungen*, attestierte ihm sogar eine *nachgewiesenermaßen antinationalsozialistische Einstellung*.²⁴⁷ Daher habe er auch den *teufliche[n] Sinn der sogenannten Gitteraktion* sabotiert und sei *auf humanste Weise* für Siebecke eingetreten.²⁴⁸

Aber schon ein Jahrzehnt früher sei er *einer der ersten* gewesen, *die offenen Widerstand gegen die Einführung einiger nationalsozialistischer Grundideen wagte*[n].²⁴⁹ Und später habe er *die Methoden und Praktiken des Zwanges, der Gewalt, der Verneinung der Gerechtigkeit und Menschlichkeit bis an die Grenzen des Möglichen bekämpft*.²⁵⁰ Schon aufgrund seiner *Charaktereigenschaften konnte er keine Sympathie für das dritte Reich und seine Ideologie hegen. So verurteilte er denn auch als Christ alle Maßnahmen, die einen Verstoß gegen die Menschlichkeit bedeuteten, vor allem die Behandlung der Juden [...]*.²⁵¹ Kempf hatte über sein *Verhältnis zur Kirche* erklärt, er gehöre nach wie vor der evangelisch-reformierten Kirche an, alle seine Kinder seien getauft, zwei von ihnen 1943 konfirmiert. Der Marburger Pfarrer Dr. Karl Bernhard Ritter (1890–1968) hatte ebenso für ihn Partei ergriffen wie Katharina Bewersdorff²⁵² von der Caritas und katholischen Aktion, die Kempf für dessen Unterstützung gegen Gestapomaßnahmen dankte: Er habe *im Rahmen des Möglichen Widerstand* geleistet.²⁵³

Trotz allem könne Kempf nach Auffassung der Spruchkammer nicht als entlastet gelten. Unter dem Landrat Krawielitzki sei er kein allzu großes Risiko eingegangen, da diesem der *Einblick in das Tun* von Kempf verwehrt war.²⁵⁴

Der öffentliche Kläger beantragte schließlich Kempfs Einreihung in die Gruppe IV der Mitläufer und eine Geldsühne von RM 1000.²⁵⁵ Die Spruchkammer Marburg-Stadt folgte weitgehend diesem Antrag und ordnete Kempf im Februar 1948 der *Gruppe IV der*

245 HStAM, Best. 275 Marburg, Nr. 7759, 25. Februar 1941 u. 2. Mai 1941.

246 HStAM, Best. 275 Marburg, Nr. 7759, Bl. 5, 18. Februar 1941.

247 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 152 f.

248 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 153. Bei den Zeugenbefragungen in der Verhandlung ging es auch um die Frage, was zur Verhaftung von Kempf geführt hatte; dieser glaubte, dass Siebecke dahintersteckte; ebd., Bl. 173.

249 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 166.

250 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 168.

251 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 166 f.

252 Katharina Bewersdorff (1895, Berlin-Schöneberg – 1966, Wehrda bei Marburg), Schwester, Buchhalterin; 1941 Verwaltungsangestellte in der Landesheilanstalt Marburg, in den 1950er-Jahren als Rentnerin in Marburg.

253 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 43, 72, 135.

254 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 169 f.

255 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 180RS.

Verantwortlichen (als Mitläufer) zu, außerdem sollte er eine Geldsühne von RM 500 entrichten.²⁵⁶ Dieser Spruch wurde am 9. Juni 1948 rechtskräftig.

Albert Wagner

Nach Ludwig Seufer und Wilhelm Kempf, die unter Landrat Krawielitzki als dessen Stellvertreter arbeiteten, war Albert Wagner der drittichtigste Beamte in der Kreisverwaltung.²⁵⁷ Im Unterschied zu Seufer und Kempf sollte er gleich zwei Spruchkammerverfahren durchlaufen.²⁵⁸

Albert Wagner kam 1901 in Straßebersbach²⁵⁹ im damaligen Dillkreis zu Welt. Im Kindesalter zog er 1913 nach Kirchhain, wo er 1926 als Angestellter der Kreisverwaltung die kommunale Prüfung für den mittleren, 1928 für den gehobenen Beamtenstand bestand. Nach dem Anschluss des Kreises Kirchhain an den Kreis Marburg war er von 1932/33 an im Landratsamt Marburg tätig. Ein halbes Jahr nach seinem eigenen Eintritt in die NSDAP hielt Landrat Ernst Schwebel seinen Kreissekretär Wagner für *in politischer Hinsicht unbedingt zuverlässig*.²⁶⁰ Er trat die Stelle an, die nach der Versetzung des Kreissekretärs Paul Dulz aufgrund § 5 des NS-Berufsbeamtengesetzes²⁶¹ freigeworden war.²⁶² 1934 bis 1938 besuchte Wagner einen Lehrgang der Verwaltungsakademie in Marburg bis zu der nach achtsemestrigem Studium bestandenen Diplomprüfung.²⁶³ Am 1. Januar 1939 wurde er zum Regierungsinspektor auf Lebenszeit befördert.²⁶⁴ Im Mai darauf übertrug der stellvertretende Kasseler Regierungspräsident Edwin Flach (1886–1939) Wagner die Vertretung des immer wieder erkrankten Kreisoberinspektors Seufer.²⁶⁵

Im August 1927 heiratete Wagner in Kirchhain Marie Weishaupt (*1891), deren Schwestern ein Handelsgeschäft in der Neuen Gasse 2 besaßen.²⁶⁶ Das Paar hatte zwei Söhne, die 1929 und 1935 geboren wurden. In seinem Lebenslauf vom 2. Januar 1934 bekannte der Verwaltungsbeamte: *Politisch habe ich stets rechts gestanden. Über seinen Werdegang in der SA erklärte Wagner, er sei im Juli 1933 Anwärter, im Februar 1934 SA-Mann geworden. Im Juni erfolgte*

256 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 5507, Bl. 137. Verfahren 1041/47, Streitwert: RM 9520.

257 HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. A 1816.

258 Das Spruchkammerverfahren lief unter dem Aktenzeichen Marburg-Land 63202/47, für das zweite Verfahren vor der Spruch- und Berufungskammer für den Bezirk Marburg/Lahn wurde unter Marburg-Stadt auch das Aktenzeichen 1388/48 (Nr. auf dem Aktendeckel) verwendet; HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515.

259 Heute Ortsteil von Dietzhölztal.

260 HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. 3453, 24. Oktober 1933.

261 Demnach musste sich jeder Beamte *die Versetzung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn, auch in ein solches von geringerem Rang und planmäßigem Dienstehalten [...] gefallen lassen, wenn es das dienstliche Bedürfnis erfordert*; <https://de.wikisource.org/wiki/Gesetz_zur_Wiederherstellung_des_Berufsbeamtentums> (abgerufen 15.6.2022).

262 HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. 3453.

263 HStAM, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 9, 27 f.

264 HHStAW, Best. 527, Nr. II 16571 (Personalakte).

265 HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. 3453.

266 HStAM, Best. 404, Nr. 3024. Sie wohnten in der Bahnhofstraße 212.

die Vereidigung in der SA und die Teilnahme am SA-Brigadeaufmarsch [...] in Marburg, ehe er 1936 zum SA-Sturmmann aufstieg.²⁶⁷ Bei den Ermittlungen vor dem Spruchkammerverfahren ergaben sich als weitere Belastungen die Mitgliedschaft im RDB seit 1933, in der NSV, im VDA, im Reichsluftschutz- und im Reichskolonialbund seit 1937. Im Mai 1937 ist Wagner in die NSDAP eingetreten.²⁶⁸

In einem Fragebogen vom Juni 1947 erklärte Wagner, er sei 1934 von der SA zur Feuerwehr gewechselt bzw. *von da ab dem SA-Dienst meistens ferngeblieben*.²⁶⁹ Dies widersprach aber dem von ihm eingereichten Dokumenten vom 9. März 1935, wonach er Ende 1934 unbefristet beurlaubt war, dann ein Bruchleiden hatte und daher seine Bitte um Ausscheiden aus der SA vorbrachte: *Jeden Dienst habe ich mitgemacht [...]. Den Dienst habe ich gerne mitgemacht [...]*.²⁷⁰ 1935 oder 1936 erfolgte seine Überweisung zum Nachrichtensturm 3 der SA-Formation R. J. 11 [Reserve-Jäger 11] in Kirchhain.²⁷¹

Wagner blieb über den Regimewechsel hinweg bis Mitte August 1945 im Amt und bezog sein Gehalt weiter.²⁷² Auf Anordnung der Militärregierung wurde er erst entlassen, nachdem bekannt geworden war, dass er bei der Hinrichtung eines Polen mitbeteiligt gewesen war. Er musste 19 Monate in der Internierung zubringen.

Beschlagnahmt wurde im November 1945 nicht nur die Nähmaschine²⁷³ und sein Kraftwagen, für den er ein Jahr später entschädigt wurde,²⁷⁴ sondern auch sein Haus in Kirchhain, Am Ziegelgarten 542 (heute Ziegelgartenstraße 17). Zunächst nutzten die US-amerikanischen Besatzungstruppen das Gebäude. Nachdem sie es geräumt hatten, quartierte die Stadtverwaltung hier andere Obdachsuchende ein.

Aussagen politischer Gegner des Nationalsozialismus belasteten ihn. Für Jakob Stei und Heinrich Weber, 1945 führende Mitglieder der Kirchhainer SPD, war er ein überzeugter Nationalsozialist, da er sich in seiner Eigenschaft als Regierungsinspektor in der Ausführung seines Amtes der Nazimethoden bediente und sehr brutal in seinen Anordnungen war.²⁷⁵ Sebastian Bodenbender aus Betziesdorf, der NSDAP-Mitglied von 1932 bis August 1935 gewesen war, als er die Partei verlassen habe, erklärte, man habe ihn danach verfolgt: Wagner habe ihm einen Sturmführer und Zellenleiter aus Dreihausen in die Wohnung gesetzt, *der uns, so Bodenbender, im nationalsozialistischen Geist und Idee erziehen sollte*.²⁷⁶

267 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 12; siehe auch Bl. 22, Sturm 4/R.Jäg. 11, in dem Wagner am 15. März 1935 als Angehöriger der SA-Reserve galt. Im Spruch vom 29. Oktober 1948 heißt es, der SA-Eintritt sei am 1. Juni 1933 erfolgt.

268 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, 13. Juni 1947, Arbeitsblatt für Wagner (Az. Marburg-Land 63202/47).

269 HStAM, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 27 f., 17. Juni 1947.

270 HStAM, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 21.

271 HStAM, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 19.

272 HStAM, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 24 u. 57.

273 Später heißt es, die beschlagnahmte Nähmaschine sei einer Frau Mayerfeld übergeben worden. Zur Familie Mayerfeld aus Kirchhain, die in Berlin im Versteck überlebte, siehe Barbara HÄNDLER-LACHMANN u. Ulrich SCHÜTT: »unbekannt verzogen« oder »weggemacht«. Schicksale der Juden im alten Landkreis Marburg 1933–1945, Marburg 1992, S. 85.

274 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 23.

275 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 52, 28. März 1946, Investigationsbericht.

276 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 58, 5. September 1946.

Dem Kirchhainer Bürgermeister Heinrich Reith, der Wagner seit der Schulzeit kannte, galt dieser als *ein ausgesprochener Nazi*, und er begründete dies mit Wagners Tätigkeit als Untersuchungsführer – von einer Untersuchung war Reith selbst betroffen: Es sei ihm bekannt, dass Wagner

*Gestapo Manieren an den Tag legte, indem er die beschuldigten Leute nachts aus den Betten holen ließ und sie stundenlang verhörte. Ich vermute sogar, daß Herr Wagner Vertrauensmann der Gestapo gewesen ist. In seinem Wesen, das sadistisch war, stand er in nichts seinen Vorgesetzten nach.*²⁷⁷

Wagner wurde zunächst in Zuffenhausen bei Stuttgart interniert, im Juni 1946 sollte er entlassen werden. Er schrieb es seinem Kirchhainer Gegenspieler Reith zu, dass es nicht dazu kam. Vielmehr musste er bis März 1947 im Gefängnis in Dachau einsitzen,²⁷⁸ wo ihm sogar die Auslieferung nach Polen drohte. Doch schließlich sei er *von der interalliierten Kommission vorgeladen* und ihm angeblich eröffnet worden, er habe *nichts mit der* [ihm vorgeworfenen] *Sache zu tun.*²⁷⁹

Nach seiner Rückkehr aus dem Internierungslager wohnte Wagner bei seinen Verwandten in der Bahnhofstraße 212. Er betätigte sich im Geschäft der Schwägerinnen, *in dem* [er] *kleinere Hilfsarbeiten verrichtete.*²⁸⁰

Wagners Äußerungen waren beim Rückblick auf das Jahr 1945 von Selbstmitleid geprägt. So sei er *auf eine böswillige Verleumdung hin inhaftiert* worden. Auch behauptete er, seine *völlige Schuldlosigkeit* sei *von der Besatzungsmacht einwandfrei klargelegt* worden: *Aus politischen Gründen bin ich nicht festgenommen gewesen.*²⁸¹ Wieder nach Hause zurückgekehrt, habe er obendrein feststellen müssen, dass man ihm *alles fortgenommen* habe.²⁸²

Er machte sich bei jenen, die zwischenzeitlich in sein Haus einquartiert worden waren, offenbar gleich auf unliebsame Weise bemerkbar. Der Bewohner Willy Nölp, früher Aktivist des Reichsbanners, jetzt SPD-Mitglied, beschwerte sich im Mai 1947 beim öffentlichen Kläger Hans Arnold über Wagners *ganze[s] Auftreten*, das *womöglich noch anmaßender und brutaler als während der Nazizeit* sei.²⁸³ Auch der Chemiker Alfred Sager klagte über das Verhältnis zu seinem Vermieter: Seit Frühjahr 1947 mache er ihm und seiner Frau durch Schikanen das Leben schwer; ihr gegenüber habe Wagner zuletzt gedroht, *falls er im Herbst nicht in seinem Hause sei, wäre er fähig, alles kurz und klein zu schlagen!*²⁸⁴

277 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 52.

278 Seinen Meldebogen im Verfahren mit dem Aktenzeichen der Spruchkammer Marburg-Land 63202/47 füllte er am 20. März 1947 am *Einlieferungsort* Kirchhain aus.

279 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, 27. Oktober 1948.

280 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 27, 17. Juli 1947, schriftliche Antwort auf Fragen der Spruchkammer Marburg-Land.

281 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515.

282 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, 27. Oktober 1948.

283 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 37, 28. Mai 1947.

284 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, 31. Oktober 1947, Bl. 40 f., zum weiteren Verlauf siehe Bl. 59 f. Die 1. Zivilkammer des Landgerichts Marburg urteilte am 25. Oktober 1948, dass Wagners gegen Sager und Nölp gerichtete Maßnahmen keine »Schikanen«, sondern berechtigt gewesen seien, 27. Oktober 1948.

Am Ende eines ersten *Investigationsberichts* vom Juli 1947 ergaben sich für den öffentlichen Kläger *starke Belastungen*.²⁸⁵ In den folgenden Monaten verdichteten sie sich noch. Seitens des politischen Ausschusses in Kirchhain warf dessen Mitglied Reinhold Baumbach²⁸⁶ Wagner vor, sich bei Vernehmungen Methoden der Gestapo bedient zu haben.²⁸⁷ In einer Auskunft vom Betriebsrat des Landratsamts Marburg hieß es über Wagners Ruf, er habe sich *als überzeugter Nationalsozialist aufgeführt. Charakterlich ist er als ein Streber anzusehen, dem alle Mittel zur Erreichung seiner Ziele recht waren (Zeuge Regierungsobersekretär Brandis). [...] nach der Machtergreifung der NSDAP, habe er es verstanden, [...] sich das unbedingte Vertrauen des damaligen Landrates und Kreisleiters Krawielitzki dadurch zu erwerben, daß er ihm in allen Angelegenheiten stets ein williger Sachbearbeiter war [...].* Als solcher habe er *sehr viel mit der Gestapo zusammengearbeitet*.²⁸⁸ Regierungsssekretär Wallborn²⁸⁹ warf Wagner ein *Doppelspiel* vor, denn er habe ihn und andere ausgehorcht und das dabei Erfahrene benutzt, *um sich in ein gutes Licht zu setzen und um gegen oben zu glänzen*.²⁹⁰ Heinrich Schmitt aus der kommunalen Abteilung hielt den Regierungsinspektor für überdurchschnittlich strebsam veranlagt und erklärte, dass Wagner *als II. Beamter der staatl. Abteilung mit dem damaligen Landrat und Kreisleiter Krawelitzkie [sic] aufs Engste zusammengearbeitet hat*. Er hatte *Vollmacht zur Zeichnung »in Vertretung des Landrats«* und *habe alle Aufgaben in echt nationalsozialistischem Sinne ausgeführt*.²⁹¹

Der in Köln durch Bombenangriff geschädigte, nach Kirchhain gekommene Steuerberater Max Roth berichtete, Wagner habe ihn und seine Frau aus dem von ihnen bewohnten Haus in Rauschenberg herausdrängen wollen, in das er als Bediensteter der Fabrik in Allendorf eingewiesen worden war: *Er ging in brutalster Weise gegen uns vor und setzte uns mitsamt den Möbeln [...] auf die Straße. [...] Seine Haltung war im höchsten Grade unsozial, hart und ungerecht*.²⁹² Nur der Angestellte Johannes Vestweber (*1895), der Wagner seit 1919 dienstlich und dann auch privat kannte, fand Verständnis für Wagners Charakter und seine Härte. Als Christ

285 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Arbeitsblatt für Wagner (Az. Marburg-Land 63202/47), Stempel: 11. Juli 1947.

286 Reinhold Baumbach (*1899, Frankfurt/M.), Installateur; Mitglied der KPD, verheiratet mit Anna geb. Keppler (*1908) aus Ernsthäusen, eine Tochter; nach Verurteilung durch das Marburger Schöffengericht wegen »Beleidigung des Führer[s] im öffentlichen Lokal« und eines SS-Manns in Treysa November 1934 – Mai 1935 im Gerichtsgefängnis Marburg inhaftiert; StadtA MR, Best. Marburg 4 D, Nr. 880.

287 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 5, 16. August 1947.

288 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 9, 18. August 1947.

289 Robert Wallborn (1902, Großburschla – 1977 Marburg), Verwaltungsbeamter (Regierungsobersekretär), verheiratet mit Käthe geb. Härtel (*1912, Wehrstedt), eine Tochter; 1936 von Wehrstedt nach Marburg, 1938 ohne Familie nach Prüm, 1942 begaben sich seine Angehörigen nach Wehrstedt, 1945 gesamte Familie wieder in Marburg, Weidenhäuser Str. 91; bei der Entnazifizierung der Gruppe IV (Mitläufer) zugeordnet.

290 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 8, 8. August 1947.

291 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 6, 12. August 1947.

292 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 42, 30. Oktober 1947. Später wurde Roth vom Sondergericht Kassel aufgrund des Heimtückegesetzes zu einer Haftstrafe verurteilt. Wagner erklärte dazu, es habe sich dabei um eine »Polizeisache«, eine »reine Wohnungsangelegenheit« gehandelt, die mit Roths Verhaftung nicht um Zusammenhang stand. Siehe auch seine Aussage als 1. Zeuge der öffentlichen Verhandlung, 27. Oktober 1948.

habe er vor 1933 der Christlich Sozialen Partei nahe gestanden:²⁹³ *Er kannte nur Arbeit* und sei politisch unbedarft gewesen.²⁹⁴

Weitere Anhaltspunkte ergaben sich aus anderen Verfahren. So berichtete der Landwirt Heinrich Hohl (*1900) aus Erksdorf, der nach 1945 als Hitler-Gegner Bürgermeister wurde, über einen Streit im Jahr 1943, als Wagner ihm in Gegenwart des Ortsgruppenleiters Hett aus Speckswinkel²⁹⁵ mit *Verhaftung gedroht* habe.²⁹⁶ Wie Hohl dem Ermittler bei der Spruchkammer Marburg-Land Günther Leopold darlegte, stritt er mit Hett und Wagner über die Zahl der ihm zustehenden ausländischen Arbeiter – er verfügte über *2 Serben als Hilfe*, hatte aber *früher 3 Arbeiter* beschäftigt. Wagner drohte ihm schließlich drakonische Konsequenzen an: *Seien Sie ruhig, sonst verhafte ich Sie auf der Stelle und lasse Sie wegbringen.*²⁹⁷

Der Erste öffentliche Kläger der Spruchkammer Marburg-Land Curt Demmrich²⁹⁸ bat die Zeitung Marburger Presse Ende Oktober 1947 darum, eine Ankündigung zu veröffentlichen, dass diejenigen, die zum Spruchkammerverfahren von Wagner Aussagen machen wollen, sich schriftlich oder mündlich an ihn wenden sollten.²⁹⁹ Friedemund Habermann, der öffentliche Kläger in der Zweigstelle Kirchhain der Spruchkammer Marburg-Land,³⁰⁰ protokollierte dann die Aussage des 67-jährigen Schuhmachers Johannes Dörr aus Niederwald, der im April 1941 verhaftet worden war. Demnach habe Wagner dessen Ehefrau, die sich für die Freilassung ihres Manns einsetzte, gedroht, er werde (auch) sie verhaften lassen.³⁰¹

Am 22. September 1947 beauftragte Wagner den Marburger Rechtsanwalt Dr. Lutz Göbel³⁰² mit seiner Vertretung.³⁰³ Er war außerdem ständig selbst bemüht, mit häufigen

293 Gemeint ist wohl der Christlich-Soziale Volksdienst (CSVD), eine von 1929 bis 1933 bestehende protestantisch-konservative Partei.

294 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 7, 7. August 1947.

295 Johannes Hett (*1895), Waldhüter, siehe HHStAW, Best. 527, Nr. V 1664.

296 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 67, Hinweis von Herrn Bender aus dem Verfahren Marburg-Land 1536/46.

297 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 66. In der späteren öffentlichen Verhandlung erklärte Heinrich Hohl als 3. Zeuge, er habe Wagners Drohung nicht als solche aufgefasst, nachdem Wagner daran erinnert hatte, dass Hohl selbst im Allendorfer Werk arbeitete, wo er schon viel verdiente.

298 Curt Demmrich (1888, Dölau [heute Ortsteil von Greiz/Thüringen] – 1950, Wiesbaden), Kaufmann; Erster öffentlicher Kläger der Spruchkammer Marburg-Land, SPD-Mitglied, Mai 1949 in Ingelheim Heirat mit Rosa Maria geb. Weitzel (*1896), Juni 1949 Umzug von Allendorf nach Wiesbaden, 1950 nach Schlaganfall verstorben.

299 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 30, 30. Oktober 1947.

300 Friedemund Habermann (*1910), Ingenieur; Kriegseinsatz in der Wehrmacht, Heirat mit Annemarie geb. Dohrmann, 1942 in Posen Geburt der Tochter Eva Marie, nach Ankunft in Neustadt/Hessen Mitglied der CDU, 1947/48 öffentlicher Kläger in der Zweigstelle Kirchhain der Spruchkammer Marburg-Land, 1949 Erster öffentlicher Kläger bei der Berufungskammer Marburg.

301 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 45, 2. Dezember 1947.

302 Dr. Lutz Göbel (*1911, Hofgeismar), Rechtsanwalt; 1912 mit den Eltern nach Marburg, Studium in Marburg, Oktober 1932 – März 1933 in Berlin, November 1937 – Juli 1937 Referendar in Kassel, später Kriegsteilnahme, Juni 1945 Rückkehr aus Kriegsgefangenschaft, Dezember Heirat, 1947 gemeinsame Anwaltskanzlei mit Richard Heyn (1909, Posen – 1972, Vinaròs in Spanien), später mit Dr. Hans Biechtler (*1910, Biedenkopf).

303 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 49, 22. September 1947 (Prozessvollmacht).

Schreiben an die Spruchkammer auf sein Verfahren Einfluss zu nehmen. So bat er ebenfalls im September den öffentlichen Kläger Hans Arnold darum, das Arbeitsblatt, mit dem die Stadt Kirchhain eine Beurteilung über Wagner abgeben sollte, nicht durch Bürgermeister Reith, sondern dessen Stellvertreter ausfüllen zu lassen. Reith trete nämlich, wie Wagner monierte, *als persönlicher Gegner gegen mich auf, sei befangen und nicht in der Lage [...], ein amtliches Gutachten über mich abzugeben zumal ich beobachte, daß er jede Sachlichkeit mir gegenüber vermissen läßt.*³⁰⁴

Bürgermeister Reith erteilte die Auskunft selbst, warf Wagner Großmannssucht und Überheblichkeit vor – und dass er kleine Leute ins Gefängnis abführen ließ: *Er war eben der ›kleine Landrat‹, wie ihn Landrat von Boxberger mir gegenüber [...] im Mai 1945 bezeichnete.* Reith hielt Wagner für *einen Faschisten, der in der Naziideologie vollkommen verstrickt war.* Über Reiths 2 Dienststrafverfahren, die Wagner als Untersuchungsführer – wie Reith glaubte – zu seinen Ungunsten betrieben hatte, äußerte sich Reith ausführlich und legte u. a. dar, er sei im Dienstzimmer gewesen, als Wagner seinen *schweren Fall* der Gestapo telefonisch meldete und berichtet habe, dass Reith mit dem Schutzhäftling Wilhelm Wagner gesellschaftlich verkehre.³⁰⁵ Der Kreisinspektor hielt diesen Schneidermeister Wagner für politisch unzuverlässig.³⁰⁶ Später trat er als Zeuge auf und schilderte Albert Wagner als *einen wenig beliebten Beamten, der sehr streng seinen Dienst ausführte.* Oft sei er *von den Leuten gefragt* [worden], *ob ich ein Verwandter vom ›Landratswagner‹ sei, mit dem sie viel Zusammenstöße gehabt hätten.*³⁰⁷

Bürgermeister Reith beklagte sich wiederholt über die Nachstellungen durch Albert Wagner, besonders aufgrund dessen Schreiben an die Gestapo in Kassel vom 25. Januar 1944.³⁰⁸ In diesem Bericht des Kreisinspektors an *Kriminalkommissar Wilemzig* [sic]³⁰⁹ listete Wagner als Untersuchungsführer die Denunziationen der am 18. Dezember 1940 geschiedenen Ehefrau Tony Reith geb. Frank über Reiths zahlreiche abfälligen Äußerungen in Bezug auf Hitler detailliert auf und gab an, sie sei bereit, dies zu beedigen. Reith stritt die Anschuldigungen rundweg ab, doch Wagner stellte fest, Reith habe *durch sein gesamtes Verhalten bewiesen, daß ihm der nationalsozialistische Staat völlig gleichgültig ist.* [...] *Bei der Schwere der Angriffe, die Frau Reith gegen ihren geschiedenen Ehemann richtet, wird man Reith auch staatspolizeilicherseits nicht unbeaufsichtigt lassen können.* Wagner bat um Anweisung, wie mit dem Beamten umzugehen sei, der damals als Stadtinspektor nach Bebra abgeordnet war; in seiner mündlichen

304 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 89, 25. September 1947. Am 14. März 1948 erinnerte Wagner nochmal daran.

305 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 3, 18. Juli 1947.

306 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 54.

307 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 69, 12. März 1948, Investigitionsbericht vom Ermittler Günther Leopold.

308 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 56, 15. Dezember 1947.

309 Zu Georg Wilemzig siehe Gunnar RICHTER: Die Geheime Staatspolizeistelle Kassel 1933–1945, in: ZHG 106, 2001, S. 229–270, hier S. 265, 270, und DERS.: Das Arbeitserziehungslager Breitenau (1940–1945). Ein Beitrag zum nationalsozialistischen Lagersystem. Straflager, Haftstätte und KZ-Durchgangslager der Gestapostelle Kassel für Gefangene aus Hessen und Thüringen, Kassel 2009, S. 45 f. (<<https://d-nb.info/972184406/34>>), sowie <https://marjorie-wiki.de/wiki/Georg_Wilemzig> (abgerufen 15.6.2022).

Unterredung mit Wilimzig habe dieser dem Kreisinspektor gegenüber die Meinung vertreten, dass *Reith als Beamter nicht mehr tragbar sei*.³¹⁰

Ein Vorgang, der aus den Spruchkammerunterlagen Krawielitzkis hervorgeht, wirft ein bezeichnendes Licht auf das gegen Reith gerichtete Dienststrafverfahren. Demnach war Krawielitzki am 27. November 1942 um ein politisches Führungszeugnis über den Stadtinspektor gebeten worden.³¹¹ Er stellte nach acht Monaten fest, dieser sei *ein politisch völlig wertloser Volksgenosse, der sich in den letzten 10 Jahren um die Belange des neuen nationalsozialistischen Staates in keiner Weise gekümmert hat*. Es sei ihm zuzutrauen, dass *staatsabträgliche Handlungen und Bemerkungen [...] seiner politischen Gesinnung entsprechen würden*. Vor der nationalen Erhebung gehörte Reith eine gewisse Zeit dem Reichsbanner an, das damals seiner politischen Einstellung voll und ganz entsprach. Seitdem übe er Zurückhaltung, die aber kein Beweis für eine politische Umstellung sei. Reith dürfe, so hieß es, *niemals mehr in einer führenden Stellung als Beamter beschäftigt werden*. Diese Beurteilung der NSDAP sandte deren Kreisleiter in Marburg am 22. Juni 1943 an den Untersuchungsführer im Dienststrafverfahren gegen Reith.³¹² Wagner ließ für diesen Zweck am 25. Januar 1944 eine Abschrift anfertigen. Am 23. November 1947 schickte Bürgermeister Reith diese Abschrift als belastendes Dokument an die Spruchkammer Darmstadt-Lager, damit sie in Krawielitzkis Spruchkammerverfahren verwendet werde.³¹³

In seiner Stellungnahme erklärte Reith, er habe die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen aus Notwehr abstreiten müssen, andernfalls wäre er *sofort nach Breitenau gekommen*. Über den Kreisinspektor äußerte er sich im September 1947 verächtlich: *Wagner bringe als einer der übelsten Vertreter des Naziregim[e]s [...] nicht den Mut auf wie so unendlich viele von den ehemals so starken Männern, sich zu seinen Taten zu bekennen*.³¹⁴

Mehrere Vorwürfe richteten sich gegen Wagners mitunter brutales Auftreten in der Öffentlichkeit. Heinrich Eucker (*1902) aus Himmelsberg erinnerte an eine Begebenheit im Herbst 1943, als der Kreisinspektor plötzlich zu ihm auf den Hof kam. Einen der polnischen Arbeiter, der gerade im Stroh lag, habe er gerügt, weil er das P-Abzeichen nicht trug.³¹⁵ Wagner schrie ihn an, *ob er nicht wüßte, wen er vor sich hätte?* Dann schlug er den Arbeiter *mehrmals ins Gesicht*, ebenso wie dessen Landsmann, der sich angesichts dieses Spektakels mit dem Finger an die Stirn getippt hatte. Eucker war sein Bedauern über diese Entgleisung noch Jahre später anzumerken:

Ich konnte gegen diesen Akt der Willkür nichts unternehmen, da mir Wagner vorher schon vorgeworfen hatte, daß ich zu milde gegen die Fremdarbeiter bin, und außerdem drohte er mir, daß er mich vors Parteigericht bringen wollte, weil ich eine abfällige Äußerung über den Landrat gemacht haben wollte.³¹⁶

310 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 53–55, 25. Januar 1944, Zitat Bl. 53.

311 BArch KO, Best. Z 42, Nr. IV-1527, Bl. 90, handschriftliche Unterstreichungen und Anstreichung links.

312 BArch KO, Best. Z 42, Nr. IV-1527, Bl. 90.

313 BArch KO, Best. Z 42, Nr. IV-1527, Bl. 89. Krawielitzki war nach seiner Flucht aus Marburg in der britischen Besatzungszone interniert und hielt sich nie im Internierungslager Darmstadt auf.

314 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 46, 27. September 1947.

315 Arbeitskräfte aus Polen mussten ein solches Abzeichen tragen und waren ihre Bewegungsfreiheit einschränkenden Bestimmungen unterworfen.

316 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 62, 8. März 1948.

Eucker benannte als Zeugin u. a. Maria Goldstein in Himmelsberg.³¹⁷

Dass Wagner auch gegenüber seinen *Volksgenossen* handgreiflich werden konnte, bestätigte der Kellner Heinrich Pausch (*1927) in Kirchhain. Er berichtete, dass Wagner *in der Ausübung seines Amtes sehr forsch bis zur körperlichen Züchtigung vorgegangen* sei, und schilderte einen Vorfall vom Frühjahr 1944, als Pausch im Bahnhof-Hotel (dem Hotel Zipfel) arbeitete: Pausch wurde seinerzeit von Polizei zum Rathaus gebracht, beschuldigt, mutwillig Fliegeralarm ausgelöst zu haben, und als er dies abstritt, habe ihn Wagner dreimal heftig ins Gesicht geschlagen.³¹⁸ Und laut Aussage von Veronika Hühn (*1904) aus Anzefahr hatte Wagner, als er im März 1944 mit seinem Wagen durch das Dorf fuhr, ihren damals 5-jährigen Sohn zur Strafe eigenhändig *geohrfeigt und geschlagen, daß der Junge 2 Tage als Folge das Bett hüten mußte*; sie habe Wagner damals nicht angezeigt, denn der Kreisinspektor sei als *Mann mit langem Arm bekannt* gewesen, *der mit großer Frechheit sein Recht zu wahren wüßte*.³¹⁹ Ein weiteres Beispiel nannte der ehemalige Ermittler der Spruchkammer Marburg-Land, Hans Kewald.³²⁰ Er berichtete darüber, dass der Motorradfahrer Andreas Roth Wagner vorgeworfen hatte, ihn geohrfeigt zu haben. Wagner redete sich später damit heraus, dass er den zu schnell fahrenden Roth mit seinem PKW verfolgt habe, und als er ihn in Wohra einholte, nachdem er eine Frau angefahren hatte, habe er *bloß den Roth gehörig angefahren, aber nicht geschlagen*. Als *Dezernent des Straßemwesens* [...] *hatte ich mich um solche Fälle ja zu kümmern, rechtfertigte er sein Vorgehen*.³²¹

Gewöhnlich ging Wagner mit seinen Landsleuten allerdings weniger rücksichtslos um. Laut Aussage von Buchdrucker Konrad Erlemann habe ihn Wagner im März 1945 damit beauftragt, für ein Plakat mit der Aufschrift: *Wer plündert wird erschossen. Der Landrat zu sorgen*. Nachdem er es in Kirchhain ausgehängt hatte, habe ihn Wagner angeschrien, *die Unterschrift wäre zu klein, da doch der >Landrat< das Wichtigste sei*.³²²

Wagner gelang es, den belastenden Aussagen 35 Leumundszeugnisse – *Gutachten bzw. eidesstattliche Erklärungen* – ihm Gewogener entgegenzustellen.³²³ Darunter waren ein

317 Deren Vater Isidor Goldstein erklärte in der späteren Verhandlung am 27. und 29. Oktober 1948 als 20. Zeuge und *Jude*, seine Tochter habe damals bei dem Bauern gewohnt und habe ihm (Isidor Goldstein) von dem Vorfall mit dem Polen nicht berichtet. Im Übrigen dankte er Wagner, dass er, nachdem *die SS [ihn] einmal geholt* hatte, ihn *wieder aus dem Gefängnis 'rausgeholt* habe: *Mich hat auch 'mal die Gestapo geholt nach Marburg zum Landratsamt. Da war der berühmte Malecki dabei. Aber ich bin nicht geschlagen worden. [...] Ich kann nur Gutes sagen*.

318 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 77, 19. März 1948.

319 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 64, 8. März 1948. Der Junge hatte *ein kleines Holzstückchen vor den vorbeifahrenden Wagen* geworfen, ohne ihn jedoch zu beschädigen; Wagner hielt an und folgte dem Weglaufenden bis in die Küche des Hühn'schen Hauses.

320 Hans Kewald (1910–1980?), Angestellter, Buchdrucker; von 1946 an als »Klägergehilfe« Angehöriger der Spruchkammer Marburg-Land, später Kommunalpolitiker in Amöneburg.

321 Kewald, für den sich der Vorfall als *eine strafrechtliche* und nicht als *politische Sache* darstellte, äußerte dies während der Befragung des Zeugen Reith; HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, 27./29. Oktober 1948 (GRS–10).

322 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 84, 17. März 1948.

323 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Bl. 89, 14. März 1948.

Schreiben der Witwe von Johannes Heinrich Nau aus Beltershausen, eine *Erklärung der jüdin Frau Sara Mendel*³²⁴ und von Isidor Heinrich Goldstein.³²⁵

Das Verfahren endete am 13. April 1948 mit dem Spruch der Spruchkammer Marburg-Land unter dem Vorsitz des Kirchhainer Rechtsanwalts Hans Martzloff (1908–1975), einem Mitglied der LDP. Die Kammer stellte Wagner im schriftlichen Verfahren – also *ohne* vorausgegangene öffentliche Verhandlung – einen Sühnebescheid zu, der ihn als Mitläufer auswies. Zudem sollte er eine Geldsühne von RM 300 und Gebühren in Höhe von RM 69 entrichten.³²⁶ Wagner zahlte den Betrag gleich am 20. April 1948 ein.

Dieser Entscheid hatte allerdings keinen Bestand. Denn der Kirchhainer Bürgermeister Reith trat noch einmal als Belastungszeuge auf. Über den Spruch vom 13. April empört, wandte er sich an das Ministerium für politische Befreiung. Er fragte, *ob wir überhaupt noch in einem Rechtsstaat leben*. Habe Wagner seine Stellung doch *lediglich [...] ausgenutzt [...], um die Hitlerregierung an der Macht zu halten*. Reith listete sodann neun Belastungspunkte auf. Er warf Wagner vor, dass er 1) *die letzten Juden aus Kirchhain hat abtransportieren lassen*, 2) *Kriegsgefangene und auch Deutschstämmige geohrfeigt hat*, 3) *Vertrauensmann der Gestapo war* und 4) *als Vertreter des Landrats und Kreisleiters bei der Erhängung eines Polen mitgewirkt hat*. Zudem habe er sich *dauernd uk³²⁷ stellen* [lassen], *um seinem heißgeliebten Führer durch seine Brutalität gegenüber den Vg.³²⁸ noch besser dienen zu können*. Die übrigen Punkte betrafen Vorfälle, bei denen Reith großteils selbst mit betroffen war.

Der Spruch vom 13. April habe, so Reith, viele entrüstet, zumal Wagner weiterhin unpassend dreist auftrete. Reith erklärte den Unmut folgendermaßen:

Die Kreisbevölkerung hat Wagner als bösen Geist noch lebhaft in Erinnerung. Und genau so brutal, wie Wagner damals war, als er noch »die Macht und die Mittel« hatte, ist er noch heute. Es ist daher völlig unverständlich und weite Kreise der Bevölkerung sind empört darüber, wie eine Spruchkammer eine dermaßen belastete Person als Mitläufer im schriftl. Verfahren einreihen kann.

324 Zu Sara Mendel geb. Löwenstein (1876–1954) aus Rauischholzhausen siehe JUNGE: Niemand (wie Anm. 41), S. 161–165, und zuletzt Klaus-Peter FRIEDRICH: Zum Lebensweg des SA-Führers Philipp Fus im Marburger Land. Über Nutznießer und Leidtragende der nationalsozialistischen Judenverfolgung, in: HessJbLG 72, 2022, S. 99–144, hier S. 140.

325 Isidor Goldstein (1884, Zalesice Kreis Radom – 1962, Himmelsberg [heute Ortsteil von Kirchhain]), Landarbeiter, kam während des Ersten Weltkriegs nach Himmelsberg, 1919 vom Judentum zum Katholizismus konvertiert, seitdem führte er den Zusatznamen Heinrich, 1920 heiratete er die Himmelsbergerin Maria Bechthold (*1899), das Paar hatte sieben Kinder, darunter Albert Goldstein, der 1960–1972 letzter Bürgermeister von Himmelsberg war; ich danke Harald Dörr, Stadtallendorf, für Hinweise. Dass er 1937 *die Abschiebung des staatenlosen Juden Goldstein* verhinderte habe, hielt der damalige Landrat sich vor dem Spruchgericht Bielefeld ebenfalls zugute; BArch KO, Best. Z 42, Nr. IV-1527, Bl. 114–116, Pos. 40. Am 19. Juli 1939 hieß es, gegen Goldstein solle *erst vorgegangen werden, wenn er für seine Familie nicht mehr sorgt*, und laut einem Aktenvermerk vom 5. April 1941 wurde ihm *der Aufenthalt stillschweigend gestattet*; HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. 4822.

326 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 96, 13. April 1948.

327 Jene Deutsche, die »uk« (= unabhkömmlich) gestellt waren, wurden nicht zur Wehrmacht eingezogen.

328 »Vg.« bezeichnet die Volksgenossen im Gegensatz zu den bei der NSDAP aktiven »Pg.« (= Parteigenossen).

Reith beantragte, den Wagner ausgestellten Sühnebescheid zu überprüfen und *das Wiederaufnahmeverfahren bei einer [anderen] Spruchkammer verhandeln zu lassen, die Gewähr dafür bietet, daß Wagner seine gerechte Sühne empfängt.*³²⁹

Auf den Antrag von Bürgermeister Reith hin wurde der erste Spruch im Ministerium für politische Befreiung einer strengen Prüfung unterzogen und am 31. August aufgehoben. Wie Dr. Alex Matschke (*1900, Essen) ausführte, würdige der Spruch vom April *nicht hinreichend* die gegen Wagner *vorgebrachten Beschuldigungen*. Wagner sei jedoch *mit besonderer Sorgfalt zu prüfen*: Dies sei nun *nachzuholen, und zwar zwecks sicherer Aufklärung durch mündliche Verhandlung*. Zudem müsse im Sühnebescheid die Einstufung begründet werden. Daher ordnete Matschke die Neuverhandlung des Falls vor der Spruchkammer Marburg-Stadt an.³³⁰

In seiner Klageschrift verlangte der Erste öffentliche Kläger bei der Spruchkammer Marburg-Stadt, Kraus, zunächst die Einreihung Wagners in die Gruppe II der Belasteten. Er orientierte sich dabei an den von Reith genannten Anschuldigungen: Wagner sei Bearbeiter der Kreispolizeiangelenheiten gewesen, der als solcher mit der Gestapo als deren *Vertrauensmann* zusammenarbeitete, er habe sein Amt als Untersuchungsführer missbraucht, um durch Drohungen und *ungerechte Maßnahmen* die Gewaltherrschaft der NSDAP zu fördern, er habe *die letzten Juden aus Kirchhain abtransportieren lassen*, sich der Misshandlung von polnischen Kriegsgefangenen schuldig gemacht und *an der Erhängung eines Polen mitgewirkt.*³³¹

Bei der Neubetrachtung des Falls vor der Spruch- und Berufungskammer Marburg am 27. und 29. Oktober 1948 unterstützten Wagner die Marburger Rechtsanwälte Lutz Göbel und Dr. Hans Biechtler. Es kamen neun Belastungszeugen zu Wort.³³² In der Zeugenliste waren die Namen von insgesamt 43 Personen aufgeführt.³³³

Der Zeuge Reith bekannte, er habe Wagner ursprünglich geschätzt – bis der Kreisinspektor die Anschuldigungen von Reiths geschiedener Ehefrau untersuchte. Reith glaubte, er habe es (dem bereits erwähnten) Amtsgerichtsrat Massengeil und dem Waldecker Kreisleiter Breitstadt³³⁴ zu verdanken, dass er nicht verhaftet wurde, Letzterer habe ihm sogar *bestellen lassen, ich könnte feiern, ich käme nicht fort*. Dagegen hatte Reith in Bezug auf den Kreisinspektor *das Empfinden*, dass er ihn *unbedingt zur Strecke bringen wollte.*³³⁵

Wagner stellte in seiner Aussage eingangs auf sein Verhältnis zu Reith ab. Er habe mit ihm erst 1945 Schwierigkeiten bekommen: *Aber dann schoß Reith! Politisch war ich nicht zu belasten, deshalb wurde ich als Kriegsverbrecher hingestellt.*³³⁶

329 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 97, 18. April 1948.

330 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 102, 31. August 1948. So kam es zum zweiten Spruchkammerverfahren, für das unter Marburg-Stadt auch das Aktenzeichen 1388/48 vergeben wurde.

331 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Bl. 105, 9. September 1948.

332 Brandis, Johannes Dörr, Eucker, Heinrich Hohl, Handelsvertreter Ludwig Lecher (*1882), Reith, Max Roth, Sager und Wallborn.

333 Vier hatten sich entschuldigt, zwei fehlten unentschuldigt. Auf die Zeugen Dörr und Seufer verzichtete die Kammer.

334 Karl Breitstadt (*1897) wurde 1929 Mitglied der NSDAP, war dann deren Ortsgruppenleiter in Kirchhain und 1936–1945 Kreisleiter in Waldeck; zu seiner politischen Biografie siehe MENK: Waldeck (wie Anm. 94), S. 278 f.

335 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, Aussage Reiths als 21. Zeuge, 27./29. Oktober 1948.

336 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, 27. Oktober 1948.

Über seine Rolle bei der öffentlichen Hinrichtung des polnischen Zivilarbeiters Bronisław Pecka³³⁷ am 26. Oktober 1942 hatte Wagner in einer eidesstattlichen Erklärung zwischenzeitlich versichert, dass er damit rein gar nichts zu tun gehabt habe.³³⁸ Ohnehin sei (angeblich) das Geschehen *durch die Anklagebehörde bei dem Obersten Militärgericht in Dachau wie auch durch eine interalli[i]erte Kriegsverbrecherkommission in Dachau restlos geklärt* worden, wobei er *als unschuldig befunden worden* sei. Auch habe die Spruchkammer Marburg-Land den Fall schon *restlos geklärt*.³³⁹ Wagner sagte nun:

Ich war zugegen bei der Erhängung des Polen. Die Staatspolizeistelle hatte angeordnet, daß die Polen wegen einer Abzeichenkontrolle zusammenzuführen wären. Zu dritt wurden wir dazu vom Landratsamt hinbeordert.³⁴⁰ Der Kommissar Wiegand [sic]³⁴¹ brachte den Polen mit. Er [Pecka?] war gar nicht bei uns im Kreis.³⁴² Er [Peckas Hinrichtung] sollte nur ein abschreckendes Beispiel sein. Dort, wo er gearbeitet und jemanden bedroht hatte, sollte die Bestrafung sein. Wir haben erst kurz vorher erfahren, was geschehen sollte. Wir haben uns bei der Hinrichtung des Polen geekelt und sind fortgegangen.

Der Kreisinspektor begründete seine Anwesenheit damit, dass er als *geeigneter Vertreter des Landrats dabei sein* musste, generell aber *nichts mit Ausländersachen zu tun* hatte.³⁴³

Dazu als Zeuge befragt, erklärte der damalige Gendarmeriemeister Karl Hofacker,³⁴⁴ Seufer und Wagner hätten sich dafür eingesetzt, dass *die Polen ihren Urlaub bekamen*, und Letzterer habe *die Ausländer immer gut behandelt*. Einem Polen habe er eine Ohrfeige gegeben, nachdem dieser eine Uhr gestohlen hatte (und von einem anderen Polen verraten worden war, als Hofacker versprach, von einer Anzeige Abstand zu nehmen). Der Gendarmeriemeister warb um Verständnis für die strenge Behandlung der ausländischen Arbeitskräfte: *Wir haben nie die Sachen mit den Ausländern an die Staatspolizei gemeldet. Wenn wirklich ein Ausländer 'mal eins hinter die Ohren gekriegt hat, dann hat er es bestimmt verdient, und dann ist er vor schlimmerer*

337 Siehe dazu FRIEDRICH: Moischt (wie Anm. 183), S. 66 f.

338 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515, 22. Oktober 1948.

339 HHStAW, Best. 520/14 Nr. 72515. Wagner bezog sich später auch auf die Zeugen Seufer, Kiem, Klawitter, Vestweber und den Gendarmeriemeister Paul Behrend (*1881) aus Cölbe.

340 Wagner konnte dies durch ein Schreiben belegen. Wagner begleiteten Kiem und Vestweber, siehe über das Geschehen am 26. Oktober 1942 aufgrund von Akten polnischer Verfolgungsbehörden, die nach 1945 gegen Kasseler Gestapo-Angehörige ermittelten, RICHTER: Arbeitserziehungslager (wie Anm. 309), S. 400–404.

341 Erich Wiegand (1913, Usseln [heute Ortsteil von Willingen] – 1964, Kassel), Kriminalkommissar, 1942 Heirat in Kassel; siehe auch den Beitrag <https://marjorie-wiki.de/wiki/Erich_Wiegand> (abgerufen 15.6.2022): 1932 NSDAP- und SS-Eintritt (35. SS-Standarte), 1943 in Belgien eingesetzt, von 1954 an für die *Organisation Gehlen*, dann den Bundesnachrichtendienst tätig. Ein Verfahren gegen ihn bei der Staatsanwaltschaft Kassel wegen Beihilfe zum Mord an Pecka wurde im März 1952 eingestellt. Weitere Wiegand betreffende Strafprozessakten wegen Beihilfe zum Mord in: HStAM, Best. M 177, Nr. 426, 427, 428 u. 429; HStAM, Best. 274 Kassel, Nr. 1174/1–6.

342 Pecka wurde nach dem Streit mit dem Bauern Lauer in das Lager Breitenau verschleppt.

343 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, 27. Oktober 1948. Sachbearbeiter für Ausländerangelegenheiten war Adam Kiem.

344 Karl Hofacker (*1885), Gendarmeriemeister in Kirchhain, 1933 NSDAP-Eintritt.

Strafe dadurch bewahrt worden! Hofacker rechtfertigte dies auch mit dem Druck von oben: *Es war schon ein Bericht an den Bürgermeister vom Landrat gekommen, daß wir die Polen zu gut behandelt hätten.*³⁴⁵

Unter den Zeugen war mit dem Studenten Andreas Zawiasa (*1900) ein früherer polnischer Kriegsgefangener, der sich seit 1941 in Kirchhain aufhielt. Er wusste zu berichten, dass es seiner Bekannten, der in Wagners Haushalt arbeitenden *Russin* (Ukrainerin) Nadja Fenitsch, gut erging. Es habe ihr sehr leid getan, als das Arbeitsamt sie zu einer anderen Stelle versetzte. Einer seiner *Kollegen* habe sich an Wagner gewandt und Urlaub bekommen. Denn dessen Einstellung gegenüber Ausländern sei *durchaus menschlich und verständlich* gewesen. Er habe sich *sehr für die Belange der Ausländer eingesetzt*. [...] *Wir Polen hatten gerade in Kirchhain ziemlich viel Freiheit*. Zawiasa habe das *P-Abzeichen* [...] *nur selten getragen*, sei zur Kirche und ins Kino gegangen.³⁴⁶

Der Zeuge Peter Mengel (*1894), Vermessungsingenieur aus Marburg und ein Freund von Siebecke, lernte Wagner 1944 kennen, als er im Landratsamt tätig war. Dieser erschien ihm *völlig überarbeitet, ein typischer Berufsbeamter* [...] *von [...] subalternen Denkungsweise*. Ausländern gegenüber habe er sich vorbildlich verhalten.³⁴⁷ Wagner selbst erklärte, wenn er sich den Ausländern gegenüber übermäßig hart und ungerecht verhalten hätte, *dann hätten mich ja die Polen und die ander[e]n Ausländer gesteigt!* [...] *denn ich war ja noch bis August 1945 im Amt und bin des nachts allein durch den Kreis gegangen!*³⁴⁸

Bei den Aussagen der Zeugen ging es wiederholt um Wagners Haltung in Bezug auf die NS-Judenverfolgung. Die Äußerungen darüber erscheinen mal mehr, mal weniger aussagekräftig – und nicht immer glaubwürdig. Die Witwe Katharina Brand, die zwanzig Jahre in Wagners Haushalt tätig gewesen war, gab an, sie habe *nie gehört*, dass Wagner *irgend etwas gegen die Juden unternommen hätte*. Als Näherin habe sie *bei den Kirchhainer Judenfamilien gearbeitet, so z. B. bei Wertheim, Bachenheimer und Stern*.³⁴⁹ Sie habe deren Gespräche mitbekommen in der Zeit, *als sie auswanderten und aus dem Grunde viel zum Landratsamt nach Marburg mußten*. *Da erzählten sie, daß sie dort immer von einem Zimmer ins andere gejagt würden. Der einzige, der ihnen immer geholfen hätte, sei Wagner gewesen.*³⁵⁰

345 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Aussage Hofackers als 15. Zeuge, 27./29. Oktober 1948. Über die Lage der *Fremdarbeiter* teilte Hermann Bauer in Krawielitzkis Spruchkammerverfahren mit, dass im Landkreis Marburg sogar *zwei polnische Staatsangehörige ohne gerichtliches Urteil aus Abschreckungsgründen aufgehängt* worden seien; BArch KO, Best. Z 42, Nr. IV-1527, Bl. 13, 10. September 1947.

346 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Aussage Zawiasas als 19. Zeuge, 27./29. Oktober 1948.

347 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Aussage Mengels als 2. Zeuge, 27. Oktober 1948.

348 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Wagner zur Aussage Hofackers, 27./29. Oktober 1948.

349 Siehe den Abschnitt Kirchhain in HÄNDLER-LACHMANN u. SCHÜTT: »unbekannt verzogen« (wie Anm. 273), S. 72–106.

350 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Aussage Brands als 8. Zeugin, 27. Oktober 1948. Lehrer Grebing machte als 12. Zeuge deutlich, dass Wagner hier wohl mehr aus einem Pflichtbewusstsein heraus handelte: *Bei ihm wurde man nicht 'rumgeschickt im Gebäude* [...]. *Er war eigentlich immer im Dienst*; ebd. Im Übrigen schrieb sich auch Krawielitzki zu, er sei in *allen Judenangelegenheiten tolerant* gewesen und *stets korrekt und höflich mit dem Marburger Rabbiner* umgegangen; BArch KO, Best. Z 42, Nr. IV-1527, Bl. 114–116. Dabei ließ er die antreibende Rolle der Kreisleitung bei der NS-Judenverfolgung freilich unerwähnt; so erfüllte es den damaligen Kreisleiter 1938 mit Genugtuung, dass *der Einfluß des Juden in der Ernährungswirtschaft im Kreise Marburg endgültig beseitigt ist* und es gelungen sei, *den Viehjuden zu vertreiben*, siehe ebd. Bl. 47.

In der öffentlichen Verhandlung erklärte der Zeuge Vestweber, Wagner habe

die Juden immer anständig behandelt. Ich entsinne mich, daß er einmal eine gestohlene Uhr einem Juden zurück in dessen Wohnung brachte, obgleich sie eigentlich zur Devisenstelle abgeliefert werden mußte.³⁵¹ Er hat sich überhaupt immer hilfsbereit für alle eingesetzt.

Auch die *Staatsangestellte* im Landratsamt Lina Engel³⁵² schätzte Wagner und sah es ihm nach, dass er *auch 'mal ein bißchen laut* wurde. Leichthin erwähnte sie den vermeintlich segenreichen Einsatz des Kreisinspektors für Jettchen Levi:

Ich entsinne mich noch gut des Vorfalls mit der Frau Levi aus Roth, die an die Gestapo einen Brief geschrieben hatte. Sie hatte dadurch Schwierigkeiten. Da hat der Betroffene Wagner mir einen Brief diktiert, so daß sie wieder bleiben durfte. [...] Der Betroffene ist nicht nur für diese Jüdin eingetreten, sondern auch für andere Juden.³⁵³

Wagner fügte hinzu: *Die Jüdin Levi hatte sich bei der Gestapo beschwert und glaubte, dort Hilfe zu bekommen. Aber das Gegenteil trat ein – sie sollte verhaftet werden. Da bin ich für sie eingetreten und habe gesagt, daß sie den Brief auf meine Weisung hin geschrieben hat.*

Doch davon, dass Jettchen Levi *bleiben durfte* und dass sie niemals verhaftet wurde, kann keine Rede sein – vielmehr inhaftierten die Nationalsozialisten sie im Lager Breitenau. Jettchen Rosenblatt, die 1887 in Binsförth im Kreis Melsungen zur Welt kam, heiratete 1911 in Neumorschen Hermann Zwi Levi. Das Paar hatte mehrere Kinder und Enkel, die sich unter dem Nationalsozialismus nur zum Teil nach Übersee retten konnten. Mindestens zwei Töchter wurden 1941 von Roth nach Riga in den Tod deportiert. Jettchen Levi wurde im Mai 1941 auf Betreiben der Kreisverwaltung zunächst nach Roth umgesiedelt. Am 26. Juni 1941 wandte sich die Gestapo Kassel an den Landrat, er solle Levi wegen ihrer dauernden Eingaben zwecks Haftentlassung ihres Mannes festnehmen und in die sogenannte Landesarbeitsanstalt Breitenau einweisen lassen. Eine Woche später wies der Landrat den Gendarmerieposten in Niederwalgern dazu an. Jettchen Levis Festnahme und Einlieferung in das Gerichtsgefängnis erfolgte am 6. Juli, tags darauf ihre Überführung nach Breitenau,³⁵⁴ wo sie bis Ende des Monats bleiben musste. Am 8. Dezember 1941 wurde auch sie in das Getto von Riga deportiert. Ähnlich erging es anderen jüdischen Frauen, die sich um die Freilassung ihrer verschleppten Ehemänner bemühten.³⁵⁵

Wagner entlastete u. a. der ehemalige Postschaffner Georg Deucker (*1882) aus Rauischholzhausen. Er habe sich mit Wagner nach dessen Rückkehr aus der Internierung darüber unterhalten, *wie er damals bei uns für die Juden eingetreten ist. [...] Es ist Tatsache, daß einer im Dorf*

351 Es handelte sich um einen der Wertgegenstände, die bei den Plünderungen während der Pogrome im November 1938 gestohlen worden waren, s. u., S. 261.

352 Lina Engel (1907, Marburg – 2002, Usingen), zunächst als Dienstmädchen, dann als Angestellte im Landratsamt Marburg tätig.

353 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Aussage Lina Engels als 13. Zeugin, 27./29. Oktober 1948.

354 HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. 4822, 26. Juni 1941. Ich danke Dr. Anne Wenz-Haubfleisch (Marburg) für diesen Hinweis.

355 HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. 4822.

*damals gesagt hat: >Das kostet ihn Kopf und Kragen! Den bringen wir dahin, wo er hingehört!<*³⁵⁶ Wagner fügte dem hinzu, dass den Juden in Rauischholzhausen *seinerzeit [...] die Fensterscheiben eingeworfen wurden [...] und diese sich um Hilfe an mich wandten. Da habe ich auf der Straße eine >öffentliche Verhandlung< gemacht und den Nachbarn erklärt, daß ich sie beim nächsten Mal verhaften lassen würde, wenn derartiges den Juden noch einmal angetan würde.*³⁵⁷ Auch der Zeuge Deucker erinnerte sich daran.³⁵⁸

Gendarmeriemeister Hofacker sagte aus, dass Wagner [b]ei Verhaftung der Juden 1938/39 [...] *sich darum gekümmert habe, dass sie ihre Sachen bekamen (Unterkleidung usw.) und dass Kranke ärztlich behandelt und gegebenenfalls frei gelassen wurden. Der Kreisinspektor sei abends persönlich im [Kirchhainer] Amtsgericht erschienen, [habe] aus eigener Initiative die kranken Juden ärztlich untersuchen lassen und nach Rücksprache mit dem Arzt mehrere von ihnen wieder nach Hause geschickt.*³⁵⁹

Zeuge Philipp Köster war voll des Lobes für Wagner. Er habe den unfähigen Kreisbrandinspektor Burk³⁶⁰ 1941 entlassen und Köster berufen, der damals noch kein NSDAP-Mitglied gewesen sei, sondern sich angeblich *erst 1.8.1942 zur Partei gemeldet habe.*³⁶¹ Er erinnerte sich an ein Erlebnis im Jahr 1945: *Als die Amis schon da waren, war ich zugegen, als sich ein junger Jude bei dem Betroffenen bedankt hat, daß er sich bei der Deportation der Juden für diese Menschen so sehr eingesetzt hätte.* Hier ist freilich davon auszugehen, dass diese Erinnerung ungenau und ihr Kontext jedenfalls verzerrt ist. Denn *bei der Deportation* hat Wagner sich *für diese Menschen* gewiss nicht eingesetzt. Dies hätte großes Aufsehen erregt und wäre noch an anderer Stelle aktenkundig geworden.³⁶²

In der Verhandlung sagte der frühere nationalsozialistische Bürgermeister von Kirchhain Metzler³⁶³ aus, Reith habe ihn und Emil Noll um Hilfe gebeten, weil er seine Verhaftung befürchtet habe. Metzler sei sich daraufhin mit dem Landrat einig gewesen, dass *nichts gegen Reith unternommen wird.* Zum Verfahren sei es nur gekommen, weil Hermann Laupenmühlen (*1889), mit dessen Frau der Beschuldigte Reith damals zusammenlebte, Metzler *einen Brief*

356 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Aussage Deuckers als 14. Zeuge, 27./29. Oktober 1948.

357 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, 27./29. Oktober 1948.

358 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Aussage Deuckers als 14. Zeuge, 27./29. Oktober 1948. Eine solche öffentliche Verhandlung wird in der umfassenden Darstellung über die NS-Zeit in Rauischholzhausen nicht erwähnt, siehe JUNGE: Niemand (wie Anm. 41).

359 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Aussage Hofackers als 15. Zeuge, 27./29. Oktober 1948.

360 Johann Peter (Hans) Burk (*1897), Schuhmacher in Wehrshausen bei Marburg, 1933 nationalsozialistischer Abgeordneter im Marburger Kreistag, SA-Obersturmführer, am 1. April 1934 als Kreisfeuerwehrführer mit der Führung des neu gebildeten Kreisfeuerwehrverbands Marburg-Land beauftragt, später Hauptabteilungsleiter der DAF in Marburg, 1941 nach Frankenberg verzogen.

361 Zu Philipp Köster (*1896), Kreisfeuerwehrführer aus Wetter, siehe Hubert KLEINERT: Die NS-Vergangenheit ehemaliger politischer Funktionsträger im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Bericht an den Kreisausschuss/Kreistag Marburg-Biedenkopf, Marburg 2013, S. 50, <https://www.marburg-biedenkopf.de/Hubert_Kleinert-_Studie_zur_NS-Vergangenheit_ehem._politischer_Funktions...pdf> (abgerufen 15.6.2022). Demnach trat Köster schon am 1. Juli 1941 in die NSDAP (Nr. 8843984) ein; später Mitglied der FDP.

362 1945 befanden sich in Wetter als US-Soldaten Walter Bachenheimer (*1922) und Fred Baum (*1923), die 1937/38 aus Deutschland geflohen waren; ich danke Anna Junge für diesen Hinweis.

363 Zu Heinrich Metzler (1891–1968) siehe PELDA: Chronik (wie Anm. 230), S. 538.

schrieb und mit einem Disziplinarverfahren drohte. Es ging auch eine dicke Beschwerde beim Landratsamt ein. Wagner ergänzte, das Verfahren sei in Kassel eingestellt worden, weil Reith alles abstritt.

Nach der Befragung der Zeugen beantragte der öffentliche Kläger Friedemann Habermann die Einreihung des Kreisinspektors in die Gruppe IV der Verantwortlichen bzw. Mitläufer und überließ die Festsetzung der Sühne *der Kammer*. Diese ordnete ihn am 29. Oktober 1948 der *Gruppe IV der Verantwortlichen* zu und erlegte ihm eine Geldsühne von DM 50 auf; außerdem sollte er die Kosten des zweiten Verfahrens übernehmen.³⁶⁴ Die Spruchkammer Marburg-Stadt mit den Beisitzern Jakob Seibert, Marbach, Dietrich Birkenstock, Cappel (beide SPD), Andreas Hemer, Leidenhofen (LDP) und Wilhelm Ochse, Wehrda (CDU) begründete unter ihrem Vorsitzenden Kurt Freiherr von Massenbach³⁶⁵ ihren Entscheid auf zehn engzeilig betippten Seiten.³⁶⁶ Sie nahm dabei jeweils Stellung zu den Anschuldigungen des Hauptbelastungszeugen Reith. Demnach habe 1) die *Deportierung der Juden einheitlich und termingemäß auf Weisung von oben erfolgen* müssen, wobei Wagner keinen Ermessensspielraum gehabt habe. Eine *judenfeindliche Einstellung* erkannte die Spruchkammer bei ihm nicht, sondern stellte sie geradezu in Abrede, denn sie *hätte auch dem sonstigen Verhalten des Betroffenen gegenüber den Juden direkt widersprochen*. 2) habe Wagner zwar *Ohrfeigen an zwei Polen ausgeteilt* – aber nur zu deren Gutem, denn der eine habe sich zuvor etwas zuschulden kommen lassen (Diebstahl einer Uhr bei der Lehrerin in Himmelberg, was Wagner nicht weitergemeldet habe) und sei von Wagner in Himmelberg rauchend beim Dreschen angetroffen worden, während der andere Geohrfeigte dem Kreisinspektor dann einen Vogel gezeigt habe. Die Spruchkammer erachtete dies nicht als Misshandlung, sondern bloß als *reine Erziehungsmaßnahme*. *Deutschstämmige* habe Wagner nach Auffassung der Spruchkammer nicht geohrfeigt. 3) sei er auch nicht *Vertrauensmann der Gestapo* gewesen, sondern nur *Mitarbeiter der Kreispolizeiangelegenheiten*. 4) kam die Spruchkammer zu der Feststellung, es entspreche *in keiner Weise den Tatsachen*, dass *der Betroffene als Vertreter des Landrats und Kreisleiters bei der Erhängung eines Polen mitgewirkt hat*. Wie Kreisverwaltungsdirektor Bromm³⁶⁷ ermittelt habe, der den Vorfall auf Bitten des Ehepaars Wagner untersuchte, sei der Kreisinspektor *lediglich in amtlichem Auftrage hingeschickt* worden, also *als Vertreter des Landrats anwesend* gewesen. Dies

³⁶⁴ Es wurde ein Streitwert von DM 4200 zugrundegelegt. Die Kosten in Höhe von DM 463 überstiegen die geforderte Sühneleistung um ein Vielfaches.

³⁶⁵ Kurt Freiherr von Massenbach (1881, St. Johann [heute Ortsteil von Saarbrücken] – 1955, Marburg), Berufsoffizier; 1910–1939 verheiratet mit Therese Friedrichs (1887, Verden – 1980), 2 Kinder; 1914–1918 Kriegsteilnahme, 1920 Teilnahme an Kämpfen im Ruhrgebiet, dann Abschied von der Reichswehr, 1922–1926 Leiter einer Verdener Bankfiliale, 1923 Ehrenritter des Johanniterordens, 1926 nach Entlassung ein Jahr lang in verschied. Berufen tätig, von 1927 an staatlicher Lottereeinnehmer in Marburg, 1944/45 nach Denunziation inhaftiert (Vorwurf der Wehrkraftzersetzung, des Abhörens ausländischer Sender); 1945 Heirat in Verden mit Luise Brinkmann (1907–1977), ein Sohn; von Oktober 1945 an Standesbeamter in Marburg, war er auch als Vorsitzender bei der Spruchkammer Marburg-Stadt tätig.

³⁶⁶ HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Spruch der Spruch- und Berufungskammer für den Bezirk Marburg/Lahn im Fall 63202/47, 29. Oktober 1948.

³⁶⁷ Richard Bromm (1908–1964, Marburg), Geschäftsführer, Verwaltungsbeamter; Juni 1945 Rückkehr aus der Gefangenschaft, Mitglied der CDU, 1946/47 Vorsitzender der Spruchkammer Marburg-Land, als Kreisverwaltungsdirektor Nachfolger von Wilhelm Kempf.

habe Bromm auch dem Obersten Militärgericht in Augsburg mitgeteilt, woraufhin Wagner entlassen wurde.

Dem Zeugen Reith k Reidete die Spruchkammer an, dass er durch die Beziehung zu Emilie Laupenmühlen seine 1940 geschiedene Ehe zerstört habe. Doch trotz der schweren Anschuldigungen von Reiths früherer Ehefrau habe Wagner die Sache verschleppt, um Reith vor den schwer wiegenden Folgen zu bewahren. Schließlich habe er die Anschuldigungen der Gestapo amtlich melden müssen, aber [l]etzten Endes sei dem Zeugen Reith überhaupt nichts geschehen.

In Bezug auf weitere Vorwürfe, die eine reine Wohnungsangelegenheit und privatrechtliche Fragen betroffen hätten, sei Wagner ebenso entlastet.

Die Begründung der Spruchkammer bezog sich mehrmals auf eine ausführliche Gegenüberstellung der Anschuldigungen Reiths mit gegenteiligen Aussagen anderer Zeugen, die Wagner am 22. Oktober 1948 zur eigenen Entlastung vorgelegt hatte. Darin listete der Kreisinspektor u. a. Aussagen zu seinen Gunsten des Jude[n] Goldstein, von Frau Jüdin Mendel und von Judenlehrer Steinhauer³⁶⁸ auf.³⁶⁹ Goldstein dankte Wagner, dass er ihn und andere Juden aus dem Gefängnis befreit und vor Kz-Lager bewahrt habe, Sara Mendel erklärte, Wagner habe ihren Mann Hermann aus den Händen der Gestapo befreit, während Steinhauer dem Kreisinspektor bescheinigte, dass er eine bei Plünderungsaktion abhanden gekommene bzw. gestohlene goldene Uhr nebst gold[e]ner Kette statt an die Devisenstelle wie ausdrücklich befohlen dem jüd. Eigentümer ausgehändigt habe. Der Aussage Kösters, Juden hätten sich 1945 beim Kreisinspektor für ihr Überleben bedankt, fügte Wagner hinzu, diesem seien [n]och mehrere solcher Fälle [...] bekannt. Witwe Nau aus Beltershausen war unter jenen, die Wagner Anerkennung zollten, weil er Gegnern des Nationalsozialismus geholfen habe; dank ihm konnte sie ihren Mann im Gefängnis besuchen, ehe Wagner dann seine Entlassung ermöglicht habe.³⁷⁰

In Bezug auf Wagners Gesamthaltung stellte die Spruchkammer fest, Landrat Krawielitzki habe ihm viel Arbeit überlassen, und Wagner habe, da der Landrat viele Jahre zugleich NSDAP-Kreisleiter war, auch als politisch wahrgenommene Entscheidungen mit vertreten müssen. Dabei wird Wagner attestiert, dass er sein Amt mit Geschick und Verantwortungsbewußtsein führte, daß er half, wo er helfen konnte. Er habe sich als evangelischer Christ erwiesen und seine Fürsorge auch den verfolgten jüdischen Glaubensgenossen zuteil werden lassen. Für [b]emerkenswert hielt man sein Verhalten [...] bei der 1. allgemeinen Verhaftung der Juden, als Wagner abends persönlich im Amtsgericht erschienen sei und aus eigener Initiative die kranken Juden ärztlich [habe] untersuchen lassen und nach Rücksprache mit dem Arzt mehrere von ihnen wieder nach Hause geschickt habe. Auch auf das Wohl der Kriegsgefangenen und sonstigen Ausländer sei der Kreisinspektor bedacht gewesen, sodass es diesen (angeblich) möglich gewesen sei, ein relativ freies Leben zu führen. Er erreichte, daß vielen von ihnen Weihnachtsurlaub gewährt wurde.

Unstrittig ist, dass Wagner sich für einzelne einsetzte. Hier hätte aber die Einschränkung erfolgen müssen, dass dies nur die (Zwangs-)Arbeitskräfte und nur die Jahreswende

368 Ludwig Steinhauer (1876–1970), Lehrer; Schriftführer der Ortsgruppe Kirchhain-Rauschenberg-Schweinsberg des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten, 1938 Vorbereitungen zur Ausreise in die USA, Januar 1939 Flucht in die Schweiz, lebte danach in Zürich.

369 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, 22. Oktober 1948, Punkt 5, 7 u. 17.

370 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Punkt 8.

1940/41 betraf. Und unter Berufung auf den Zeugen Köster hielt die Spruchkammer fest, dass der Kreisinspektor NSDAP-Mitglieder nicht bevorzugt habe. Beschönigend erscheint indes die Behauptung, dass Wagner sich als Vorgesetzter im Dienst stets loyal verhalten habe und dass seine Untergebenen ihn *als Nationalsozialisten keineswegs gefürchtet oder Angst vor ihm empfunden* hätten.³⁷¹ Von Hülsen erschien der Kammer als glaubwürdiger Zeuge, wenn er in seinen Gesprächen mit Wagner bei diesem *keine Spur von Nationalsozialismus festgestellt* haben wollte. Auch sonst kam die Spruchkammer zu fragwürdigen Schlüssen: Wagner habe sich seit 1934 durch seinen Einsatz bei der Feuerwehr dem SA-Dienst entzogen und sei am 1. Mai 1937 *per automatische Überführung* und angeblich *ohne sein Zutun* zur NSDAP-Mitgliedschaft gekommen. Ihr Fazit lautete:

Die sorgfältig durchgeführte Verhandlung hatte das eindeutige Endergebnis, daß über die Persönlichkeit des Betroffenen keine beweiskräftigen Belastungen vorliegen, die das formale Maß übersteigen. [...] Die gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen konnten der Beweisführung nicht standhalten und wurden durch eine Fülle mündlicher und schriftlich vorliegender Äußerungen widerlegt. Aus diesem [sic] geht hervor, daß der Betroffene innerlich nicht von dem Wesen des Nationalsozialismus erfüllt [...] war [...] [und dass er] also nicht mehr als nominell am Nationalsozialismus teilgenommen hat.

Schließlich machte die Kammer sogar zu Wagners Gunsten geltend, dass er *seit 1945 schweren materiellen Schaden erlitt und 19 Monate schuldlos in einem Lager interniert war*.³⁷² Auch hier schloss man sich der Argumentation Wagners ohne Weiteres an.

An Einsicht mangelte es dem zum Mitläufer Erklärten bis zum Schluss, hielt er sich doch für *völlig schuldlos*, und er pflegte zu behaupten, er sei *volle 19 Monate schuldlos interniert gewesen*.³⁷³ Er empfand sich als Opfer von Verleumdungen: Eine üble Denunziation habe im August 1945 dazu geführt, dass er *»zu Unrecht«* aus [s] *einem Amt heraus verhaftet [wurde] und dadurch »zu Unrecht«* [s] *ein Amt verloren habe*. Und 1948 habe Bürgermeister Reith, in Wagners Augen ein *Denunziant gegen besseres Wissen, Anschuldigungen glatt erfunden und erlogen*. Er rechnete fest mit seiner Rehabilitierung. Ende 1949 wandte sich Wagner an den Vollstreckungsinspektor im Bereich der Berufungskammer mit der Forderung: [D] *a ich in jeder Hinsicht für völlig schuldlos befunden bin, darf ich wohl annehmen, eines Tages wieder im Staatsdienst verwandt zu werden*.³⁷⁴

Wagner wehrte sich jahrelang dagegen, die Kosten zu tragen, die ihm aufgrund des 2. Verfahrens auferlegt wurden. Um die völlige Niederschlagung seiner Zahlungsverpflichtungen zu erreichen, gerierte er sich einmal mehr als *Opfer einer Denunziation, das zu unrecht angeschuldigt war*, und stellte mit entsprechend zusammengestellten Zitaten aus der Spruchbegründung des 2. Verfahrens die wirklichen Verhältnisse auf den Kopf: Er sei jemand gewesen, der *half, wo er helfen konnte, der seine Hilfeleistung [...] allen unter dem Naziregime leidenden*

371 Vgl. etwa die Aussage Wallborns vom 8. August 1947 über Wagners *Doppelspiel*, s. o., S. 249.

372 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Spruch der Spruch- und Berufungskammer für den Bezirk Marburg/Lahn im Fall 63202/47, 29. Oktober 1948.

373 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, seine Schreiben vom 9. Januar 1949, 27. März 1949 und 5. Mai 1950.

374 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Schreiben vom 12. November 1949.

und bedrängten Menschen hat zuteil werden lassen, der in seiner Rolle als Christ und Beschützer kirchlicher Interessen aufging. Und mit gleicher Fürsorge habe er sich den verfolgten jüd. Glaubensgenossen gewidmet, sei ihnen – ungeachtet der Gefahren, die ihm selbst daraus entstanden – mit Rat und Tat zu Seite gestanden. Er strich heraus, dass dank seiner Bemühungen um das Wohl der Kriegsgefangenen und sonstigen Ausländer diese ein relativ freies Leben [...] führen konnten. Ja, es sei angeblich – wie er zweimal betonte – kein Fall nachweisbar [...], in dem jemand durch [seiner] Handlungsweise Schaden erlitt. Wagner erachtete sich als voll rehabilitiert, jammerte dann noch über seine seelisch erlittenen Schäden, die völlig zu unrecht erlittene Haft und den Verlust von Beruf und Einkommen.³⁷⁵

Er erdreistete sich sogar, in einer (Milchmädchen-)Berechnung aufzuzeigen, dass ihm der Erlass der Kosten seines zweiten Spruchkammerverfahrens zustehe, da durch sein Handeln angeblich eine große Zahl von politisch, rassisch und religiös Verfolgten vor Verhaftung bewahrt worden sei – folglich entstünden dem Staat nun keine Kosten für deren Wiedergutmachungsansprüche!³⁷⁶

Regierungsdirektor Hans Joachim Oppenheimer (*1912, Frankfurt/M.), der Anfang der 1950er-Jahre mit der Abwicklung des Ministeriums für politische Befreiung befasst war, gewährte Wagner dann eine Ermäßigung des Restbetrags von DM 185 auf DM 40, die bis zur Wiedereinstellung gestundet werden sollte – weil Wagners Verfahren ohne sein Verschulden wieder aufgenommen worden sei.³⁷⁷

Drei beamtete Schreibtischtäter im Vergleich

In den Spruchkammerverfahren ging es aufseiten der Verantwortlichen darum, für im Dritten Reich getroffene Entscheidungen Verständnis zu wecken. Denn gewisse Handlungen galten nach dem Ende des NS-Regimes als heikel oder wurden gar mit einem Mal als nationalsozialistisches Unrecht angesehen und von den Organen der Militärregierung verfolgt.

Die Haltung der drei hier betrachteten beamteten Schreibtischtäter in Bezug auf ihre Tätigkeit unter dem Nationalsozialismus ist durchaus nicht einheitlich, sondern weist bemerkenswerte Unterschiede auf. In den Aussagen der Zeuginnen und Zeugen ging es wiederholt um die Haltung der Verwaltungsbeamten gegenüber der nichtdeutschen und der jüdischen Bevölkerung. Doch manche derjenigen, die aufgrund ihrer Entscheidungen Ende der 1930er- und zu Beginn der 1940er-Jahre Schaden davontrugen, lebten nun nicht mehr.

Auf der einen Seite ist der unverbesserlich selbstgerechte Albert Wagner. In seiner Erinnerung scheint es keinen Platz gegeben zu haben für Momente, die ihn belasteten. Etwa daran, dass Anfang Juni 1942 sich der Kassenleiter der NSDAP im Kreis Marburg, Dörr,³⁷⁸ an Wagner wandte, damit er die jüdische Familie Drucker in Marburg um ihr Hab und Gut

375 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Schreiben vom 5. Mai 1950 an das Abwicklungsamt des Ministeriums für politische Befreiung.

376 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515.

377 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, 22. August 1950.

378 Heinrich Dörr (1910, Willershausen – 1994, Lohra), Büroangestellter; von 1938 an Kreiskassenleiter, später Kreiseschäftsführer der NSDAP.

bringe. Der NSDAP-Funktionär bat ihn telefonisch, *sich für eine baldige Umlegung der Juden einzusetzen*, da ihr Haus dem Leidenhöfer Milchhändler Philipp Fus, einem altgedienten Nationalsozialisten, zufallen sollte.³⁷⁹ Der Kreisinspektor lud Meier Drucker eilig auf das Landratsamt vor, und als dieser nicht gleich erschien, drohte er Drucker damit, ihn der Gestapo zu melden. Nachdem Wagner eine Verkehrswertberechnung veranlasst hatte,³⁸⁰ kam beim Verkauf am 1. September ein noch einmal gedrückter Preis von RM 4000 ins Spiel, der vom Käufer an die Reichsvereinigung der Juden zu überweisen war. Am Ende stellte Wagner mit Genugtuung fest, dass in seinen Augen *die ganze Angelegenheit ihre Erledigung gefunden habe*.³⁸¹ Unterdessen war die Familie Drucker in das Endstadium der nationalsozialistischen Judenverfolgung geraten: Der bei den Eheleuten verbliebene 29-jährige Sohn Max war mit der zweiten Deportation jüdischer Deutscher aus Marburg am 31. Mai 1942 ins Generalgouvernement abtransportiert und am 15. August im Konzentrationslager Lublin-Majdanek umgebracht worden.³⁸² Dessen betagte Eltern Meier und Jeanette Drucker starben nach ihrer Verschleppung am 6. September nach Theresienstadt am 29. September 1942 in einer Gaskammer des Vernichtungslagers Treblinka.

Mit Blick auf die Deportation der jüdischen Bevölkerung hielt Reith seinem Kontrahenten übrigens durchaus vor, nichts unternommen zu haben, um sie *vor dem Abtransport* [zu] retten. Nach dieser Äußerung musste er sich aber vom Spruchkammervorsitzenden *belehren lassen, daß* [außer bei Mischehen] *keine Möglichkeit zur Verhinderung gegeben war, da dieser Befehl ja von oben runter angeordnet war und auch sonst überall im Reich durchgeführt werden mußte*. Auf Reiths Widerspruch, Wagner habe *nicht jeden Befehl [...] ausführen müssen*, entgegnete der Vorsitzende mit der Feststellung, Wagner habe als *Einzelner nicht versuchen können*,

den Befehl bezgl. des Abtransports der Juden zu inhibieren. Wenn er sich wirklich geweigert hätte, dann hätte es einen Aufschub von vielleicht nur 6 Stunden bedeutet, dann aber hätte es der Nächste getan. Damit wäre für den Betroffenen nichts, gar nichts gewonnen, aber alles verloren gewesen.

Wagner selbst fügte hinzu, er *habe nur die Berichtigungen der Einwohnerkartei [...] [und] keine Befehle unterschrieben. Es kamen nur die eigenen jüdischen Vertrauensleute der Gestapo für diese Arbeiten in Frage. Die Polizei sollte sich ausdrücklich heraushalten*.³⁸³

Der aktenkundige Schriftverkehr über die Massendeportationen aus Marburg wurde im Spruchkammerverfahren *nicht* herangezogen, um Wagners Verantwortung zu klären. Im von ihm unterzeichneten Schreiben des Landrats vom 2. Juni 1942 an diejenigen Gemeinden, in denen jüdische Menschen von der Deportation betroffen waren, heißt es, die Bürgermeister hätten dem Landratsamt zu bestätigen, dass die zurückgelassenen Vermögenswerte

379 HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. 3998, Bl. 1; siehe auch FRIEDRICH: Lebensweg (wie Anm. 324), S. 116–119.

380 HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. 3998, Bl. 9 f.

381 HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. 3998, [Bl. 2].

382 Siehe Monica KINGREEN: Die zweite Massendeportation aus Marburg und Umgebung am 31. Mai 1942, in: FRIEDRICH: Ausgrenzung (wie Anm. 117), S. 397–416, hier S. 404, 415; WAGNER: Marburg (wie Anm. 117), S. 22, gibt fälschlich Sobibór als Todesort an.

383 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, 27./29. Oktober 1948.

sichergestellt und die Schlüssel der verlassenen Wohnungen in Verwahrung genommen wurden. Bis sich das Finanzamt bei ihm melde, müsse der Bürgermeister dafür sorgen, dass *die Wohnung von außen nicht zerstört, vor allem keine Fensterscheiben eingeworfen werden, denn hierdurch wird, so Wagner, nicht der Jude, sondern das Reich geschädigt*. Bei der polizeilichen Abmeldung in den Melderegistern dürfe zudem keinesfalls *der Zielort oder ein Vermerk »evakuiert nach dem Osten«, sondern lediglich »unbekannt verzogen«* eingetragen werden.³⁸⁴

Rund ein Vierteljahr später wies eine von Wagner unterschriebene Verfügung vom 28. August die betroffenen Bürgermeister an, mit der Geheimen Staatspolizei eng zusammenzuarbeiten. Wagner setzte sich damit dafür ein, die letzten Jüdinnen und Juden aus dem Landkreis ohne Aufsehen zu deportieren. Sie müssten sich also *wahrscheinlich schon am 6.9.1942 auf dem Hauptbahnhof in Marburg einfinden*. [...] *In den polizeilichen Abmelderegistern ist bei der Abmeldung einzutragen »ausgewandert«*. [...] *Da der eine oder andere Jude bettlägerig und daher nicht wegefähig ist, muss dieser an die Bahn gefahren werden*. Für die *Bereitstellung eines geeigneten Fahrzeugs* sei zu sorgen, *die Kosten hierfür [trügen] die Juden*. Der Abtransport müsse sich *reibungslos vollziehen und Schwierigkeiten unterbunden werden*.³⁸⁵

Zur gleichen Zeit informierte Wagner den Kreiskommandanten der Gendarmerie Klawitter darüber, dass 36 Personen abtransportiert würden und wies ihn an, für die Fahrt von Marburg nach Kassel einen Gendarmeriebeamten abzustellen. Der Vorsteher des Marburger Finanzamts erhielt von Wagner ebenfalls eine Abschrift des Schreibens zur Kenntnisnahme sowie ein namentliches *Verzeichnis der aus dem Kreisgebiet zu evakuierenden Juden*, da auch er Vorkehrungen treffen sollte.³⁸⁶

Am 30. August 1942 wandte sich Wagner dann noch einmal an die Bürgermeister der sechs Gemeinden, in denen jüdische Menschen von der Deportation betroffen waren. Diese sollten sich am 6. September 1942 *bereits um 9 Uhr auf dem Hauptbahnhof in Marburg, Wartesaal III. Klasse einfinden*. Bis zum 2. September 1942 solle ihm berichtet werden, dass die Bürgermeister *das Erforderliche [...] veranlasst [...] und sich irgendwelche Schwierigkeiten nicht ergeben* hätten. Ferner sei ihm am 6. September 1942 zu berichten, dass *die Juden dort abgemeldet sind*.³⁸⁷ Auf Grundlage der Wagner'schen Verfügung wurden die letzten Jüdinnen und Juden aus Kirchhain, Lohra, Momberg, Rauschholzhausen, Roth und Wetter nach Theresienstadt deportiert, unter ihnen der an einer Lähmung leidende Ludwig Abt (1904–1943) aus Kirchhain.³⁸⁸

Als in der öffentlichen Verhandlung von Jettchen Levi und *anderen Juden* die Rede war, für die Wagner angeblich *eingetreten* sei, nutzten weder der Vorsitzende noch die Beisitzer die Gelegenheit, um nachzufragen, wie es Levi und ihrer Familie danach erging – oder um nachzuhaken, wer mit den *anderen Juden* gemeint sei.³⁸⁹ 1948 stellte der offenbar voreinge-

384 HStAM, Best. 330 Kirchhain, Nr. 2269, siehe auch SPANNENBERGER: Führungspersonal (wie Anm. 4), S. 67.

385 HStAM, Best. 180 Marburg Nr. 4830, Bl. 9f., siehe auch SPANNENBERGER: Führungspersonal (wie Anm. 4), S. 67f. u. Abbildung des Originals S. 170f.

386 HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. 4830, Bl. 10, siehe auch SPANNENBERGER: Führungspersonal (wie Anm. 4), S. 68 u. Abbildung des Originals S. 171.

387 HStAM, Best. 180 Marburg Nr. 4830, 30. August 1942, siehe auch SPANNENBERGER: Führungspersonal (wie Anm. 4), S. 68 u. Abbildung des Durchschlags S. 172.

388 Vgl. HÄNDLER-LACHMANN u. SCHÜTT: »unbekannt verzogen« (wie Anm. 273), S. 72.

389 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Aussage Lina Engels als 13. Zeugin, 27./29. Oktober 1948.

nommene Spruchkammervorsitzende Kurt von Massenbach mit Blick auf Wagners *Mitwirkung bei der Erhängung eines Polen* vielmehr fest, dass *man aus der Tatsache, daß der Betroffene dabei war, keine politische Belastung für ihn herleiten könnte*. Ein Zeuge fasste die Einstellung von Wagners Zeitgenossen in einem Paradox treffend zusammen, als er über den Kreisinspektor feststellte: *Wenn er wirklich ein Nationalsozialist war, dann war er aber ein anständiger Kerl*.³⁹⁰

Noch zwei Jahrzehnte später ist der behördliche Umgang mit Wagners Belastungen aus der NS-Zeit bezeichnend. Als die vorgesetzte Dienststelle 1965 sich um Klärung bemühte, ob Wagner die Ernennung zum Regierungsamtmann trotz Überschreitens des 63. Lebensjahrs ausnahmsweise ermöglicht werden solle, kam man darauf zurück, dass die Beschuldigungen, die Reith 1948 gegen Wagner erhob, angeblich *nicht haltbar waren*. Der Beamte, den Landrat Schwebel im Oktober 1933 für politisch *unbedingt zuverlässig* gehalten hatte, schnitt in der Beurteilung drei Jahrzehnte später weiterhin gut ab: Er sei *sehr initiativ, zuweilen etwas übereifrig*. [...] *Im Verhalten zu Vorgesetzten ist Wagner korrekt und sehr anpassungsfähig*. [...] [so dass er] *die Voraussetzungen für die Ernennung zum Regierungsamtmann erfüllt*.³⁹¹

Trotz der hier zutage tretenden gutachterlichen Sorgfalt kam niemand auf den Gedanken, ob es nicht gerade diese mit Übereifrigkeit gepaarte Korrektheit war, die für die Opfer des Deportationsgeschehens tödliche Folgen gezeitigt hatte.

Tatsächlich konnte Wagner angesichts der Zustände zu Beginn der 1950er-Jahre seine 1945 unterbrochene Beamtenkarriere wieder aufnehmen. Der Regierungsinspektor war dann im Landratsamt Hofgeismar tätig, wurde 1955 zum Regierungsoberinspektor befördert und trat 1966 als Regierungsamtmann in den Ruhestand. Sein Familienwohnsitz blieb Kirchhain. Albert Wagner starb im Jahr 1986 in Wetter.

Eingehender, selbstkritischer als Wagner blickten offenbar Kempf und Seufer zurück. Letzterer war ein Jahrzehnt älter, und auch dies wird mitgespielt haben, als er sich entschloss, 1945 um seine Zurruehesetzung nachzusuchen. Freilich war Seufer ähnlich wie Wagner äußerst penibel, wenn es um die Umsetzung der nationalsozialistischen Judenverfolgung ging. Aus der Vorbereitungsphase der ersten Massendepotatation aus dem Kreis gibt es ein vertrauliches und mit Eilvermerk gekennzeichnetes Schreiben des Landrats an den Bürgermeister von Kirchhain vom 18. November 1941, das Seufer unterschrieben hat. Darin führt Krawielitzkis Stellvertreter aus:

Bis zum 28. November 1941 ersuche ich, mir bestimmt alle Juden, welche noch in der dortigen Gemeinde wohnen, namentlich anzugeben. Ein Verzeichnis in der [sic] die Namen einzutragen sind, füge ich bei. Die Kinder, die dort noch wohnhaft sind, dürfen unter keinen Umständen vergessen werden. Von dem mir vorzulegenden Verzeichnis ist eine Abschrift für die dortigen Akten zu fertigen und ständig auf dem laufenden zu halten. Jede Veränderung durch Zu- oder Abgang ist mir umgehend zu melden. Es darf daher nicht wie bisher vorkommen, dass mein Verzeichnis etwa mehr oder weniger Juden enthält, als tatsächlich dort wohnhaft sind. Juden Kinder, welche in Frankfurt zur Schule oder in der Lehre sind, sind in Spalte Bemerkung mit + zu versehen. Die

390 HHStAW, Best. 520/14, Nr. 72515, Aussage Mengels als 2. Zeuge, 27. Oktober 1948.

391 HStAM, Best. 180 Marburg, Nr. 3453, u. HHStAW, Best. 527, Nr. II 16571.

*Kontrolle hat staatspolitische Bedeutung. Der Termin ist unter allen Umständen einzuhalten [...].*³⁹²

Auch an dem zweiten Massentransport, der am 31. Mai 1942 nach Lublin-Majdanek und in das Vernichtungslager Sobibór ging, war Seufer mitbeteiligt. Nachdem ihm der Bürgermeister von Kirchhain am 1. Juni 1942 berichtet hatte, dass einen Tag zuvor Johanna Strauß, das Ehepaar Adolf und Betty Wertheim mit ihren Kindern Martin und Karola und auch Sannchen Wertheim Kirchhain *verlassen* hätten,³⁹³ hielt Seufer zwei Tage später in einem beschönigenden Aktenvermerk fest, die *Familien Wertheim und Strauß* seien lediglich *unbekannt verzogen*, und die Geheime Staatspolizei habe davon *Nachricht erhalten*.³⁹⁴

Wenig mitfühlend war auch Seufers Haltung in Bezug auf die Nöte, welche der NS-Rassismus zu Folge hatte. Als der Landarbeiter Wilhelm Österle aus Michelbach sich im Februar 1941 darum bemühte, seine Beziehung zur Polin Helene Fronschak (Frąszak?) zu legitimieren, da sie von ihm schwanger war, ließ er den Bittsteller mit Schadenfreude abblitzen. Während Österle und Fronschak im Landratsamt verhaftet wurden, rief er ihnen triumphierend zu: *Jetzt werdet ihr einen Kopf kürzer gemacht*.³⁹⁵ Seufer blieb über zwölf Jahre im Marburger Vorort Wehrshausen, erst 1958 kehrte er in die Stadt zurück, wo er 1976 starb.

Auch über Wilhelm Kempfs Rolle bei der NS-Judenverfolgung gewinnt man bei näherem Hinsehen einen anderen Eindruck als ihn seine Spruchkammerunterlagen vermitteln. So geht aus dem Entscheid der Spruchkammer Marburg-Land gegen Bürgermeister Johannes Preiß³⁹⁶ (1907–2008) aus dem Marburger Dorf Moischt hervor, dass ihm vorgeworfen wurde, der Drangsalierung und Schikanierung derjenigen Vorschub geleistet zu haben, die zu ihren jüdischen Bekannten hielten. Im Oktober 1947 verteidigte Preiß sein Handeln mehr als zwölf Jahre zuvor gegenüber der Spruchkammer wie folgt:

*Nach 1933 kamen Leute zu mir gelaufen und zeigten Dorfeinwohner bei mir an, dass diese noch mit Juden handelten, um ihnen eins auszuwischen. Ich ging diesen Denunziationen nicht nach, und da beschwerten sich diese Leute bei der Kreisleitung und die Kreisleitung wandte sich an das Landratsamt. Ich wurde von Herrn Kempf vorgeladen, und bei ihm war noch ein Herr von der Kreisleitung in Kassel. Sie forderten mich auf, dafür zu sorgen, dass der Handel mit Juden unterbliebe.*³⁹⁷

Die Spruchkammer nahm diese Aufforderung Kempfs, die wohl kaum einmalig vorgebracht wurde, bei ihrem Entscheid vom Februar 1948 nicht zur Kenntnis.

392 HStAM, Best. 330 Kirchhain, Nr. 2268, Bl. 112; siehe auch SPANNENBERGER: Führungspersonal (wie Anm. 4), S. 67 f. u. Abbildung des Originals S. 169.

393 Die Ersteren wurden nach Lublin-Majdanek und in das Vernichtungslager Sobibór deportiert und ermordet, Letztere zog am 4. Juni 1942 zu ihrer Tochter Jenny Spier nach Rauischholzhausen; sie starb am 19. Mai 1943 im Alter von 82 Jahren in Theresienstadt; JUNGE: Niemand (wie Anm. 41), S. 121.

394 Siehe SPANNENBERGER: Führungspersonal (wie Anm. 4), S. 66.

395 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 4679, Eidesstattliche Erklärung von Wilhelm Österle, 8. Mai 1947; siehe auch SPANNENBERGER: Führungspersonal (wie Anm. 4), S. 80.

396 Zur politischen Biografie von Johannes Preiß siehe FRIEDRICH: Moischt (wie Anm. 183).

397 HHStAW, Best. 520/27, Nr. 13199, Bl. 62, 9. Oktober 1947.

Wilhelm Kempf fand offenbar keine Wiederverwendung in der Verwaltung des Bundeslands Hessen. Er lebte mit seiner Frau und den vier Kindern weiterhin in Marburg, 1959 konnte er sein eigenes Haus in der Marburger Wilhelm-Busch-Straße beziehen. Gestorben ist Wilhelm Kempf im Jahr 1981.

Abschließend ist noch auf den langjährigen Chef der drei Verwaltungsbeamten zurückzukommen. Das Verfahren vor der 10. Spruchkammer des Spruchgerichts Bielefeld, das zu Krawielitzkis *Bereinigung* eingeleitet wurde, spielte sich etwa zur gleichen Zeit ab. Auch hier kam die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung – und Krawielitzkis Wissen darum – wiederholt zur Sprache. Am 9. Oktober 1942 habe er als Kreisleiter Kenntnis von der *Endlösung* erhalten, lautete der Vorwurf.³⁹⁸ Also *wußte* er, dass der *Abtransport der Juden nur die Einleitung zu ihrer endgültigen Vernichtung war*.³⁹⁹ Der Elektrotechniker Heinrich Peter (*1898) sagte im September 1947: *Es war in den letzten Kriegsjahren durch Soldaten bekannt, daß die Juden massenweise umgebracht wurden*.⁴⁰⁰ Der Zeitungsverleger Hermann Bauer leitete seine Aussage mit einer zuspitzenden Beschreibung Krawielitzkis ein, in dem er *immer den typischen Nationalsozialisten gesehen habe: Verkrachte Existenz, nicht intelligent, aber kein Verbrechertyp, auch in seiner Amtsführung nicht radikal. Bei der SA sogar als Laumann verschrien, aber doch gefährlich genug, um jeden reinzulegen, dessen Gesinnung ihm antinationalsozialistisch erschien*. Über die *Judenverfolgung* berichtete Bauer: *Es war bekannt, daß während des Krieges die Juden in Deutschland zusammengezogen und nach dem Osten abtransportiert wurden. Wer sich dafür interessierte, wußte, daß die Juden dort systematisch vernichtet wurden*.⁴⁰¹

Krawielitzki spielte den Ahnungslosen und legte es sich 1947 folgendermaßen zurecht:

Nach 1938 ist ein Großteil der jüdischen Bevölkerung abgewandert, der Rest ist [...] im Jahre 1942 nach Theresienstadt evakuiert worden. Das Geheimschreiben über ›Vorbereitende Maßnahmen zur Endlösung der europäischen Judenfrage‹ [...] kenne ich nicht. [...] Bezüglich Theresienstadt hatte ich von meinem Oberinspektor [d. h. Kreisoberinspektor Seufer] erfahren, daß die Juden dort in ein Lager, ein Asyl kommen sollten.⁴⁰²

Wer erklären will, warum die Spruchkammern gegen solcherart legendenhafte Strategien der Selbstentlastung kaum einschritten, darf nicht nur das zweifelhafte Gebaren um die Ausstellung entlastender Leumundszeugnisse betrachten. Einzubeziehen wäre vielmehr auch das Personal der Spruchkammern selbst und dessen politischer Hintergrund.

398 Siehe die vertraulichen Informationen der Kanzlei der NSDAP für Gau- und Kreisleiter, Beitrag 881: *Vorbereitende Maßnahmen zur Endlösung der europäischen Judenfrage*. Gerüchte über die Lage der Juden im Osten, in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*. Bd. 6: *Deutsches Reich und Protektorat Böhmen und Mähren Oktober 1941 – März 1943*, bearb. von Susanne HEIM, Dok. 176, S.490 f.

399 BArch KO, Best. Z 42, Nr. IV-1527, Bl. 73RS.

400 BArch KO, Best. Z 42, Nr. IV-1527, Bl. 11, 8. September 1947.

401 BArch KO, Best. Z 42, Nr. IV-1527, Bl. 13, 10. September 1947.

402 BArch KO, Best. Z 42, Nr. IV-1527, Bl. 49, 27. November 1947.